

zivilschutz magazin



Mit dem Eisbruch begann das Verderben

Heute: Die Überschwemmungskatastrophe in Köln von 1784

In Köln, als einer Stadt am Strom, haben die Hochwasser des Rheins bereits Tradition. Ihre Höhe hat man hier oft mit sogenannten Hochwassermarken festgehalten, die auch heute noch gut sichtbar sind. So befindet sich an der alten Kölner Schifferkirche St. Maria in Lyskirchen links über dem Hauptportal eine Markierung mit der Bezeichnung „Rheinhoehe 28. Febr. 1784“.

Diese schlichte Markierung erinnert an die größte und verheerendste Flutkatastrophe, die je die Stadt betroffen hat und durch die auch die auf der gegenüberliegenden rechten Rheinseite befindlichen Orte Deutz und Mülheim schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Der Pegel von Köln, seit Jahrhunderten der Hauptpegel am Rhein, ab Juli 1342 zuverlässig registriert, verzeichnet nur ein vergleichbar katastrophales Hochwasser im Jahre 1374 mit einer Pegelhöhe von 12,30 m. Das Hochwasser von 1784 erreichte mit 12,55 m aber eine Rekordhöhe.

Die Katastrophe bahnte sich während des Monats Februar 1784 an, als in den ersten zehn Tagen starker Schneefall herrschte, der danach in Dauerregen überging. Seit dem 21. Februar schwollen die Fluten des zugefrorenen Flusses stetig an, so daß die Gefahr eines Aufbrechens der Eisdecke immer bedrohlicher wurde.

In einem zeitgenössischen Bericht wird der Eintritt der Katastrophe beschrieben: „Die dießjährige Kälte, desgleichen kein hundertjähriger Greise geföhlet, schloß endlich den schon lange mit Eisschollen beladenen und über die maaßen aufgeschwollenen Rheinstrom. Vielen war diese Eisbrücke nur zum Schrecken; den meisten aber diente sie zur Lust.

Menschen und Vieh trutzten dem stolzen Flusse und traten seine ohnmächtigen Fluthen mit Füßen; man sah täglich mehr als tausend Menschen, die jauchzend und springend eine Pilgerfahrt nach Deutz hielten; den Bäckern und Britzelweibern waren diese Pilger die angenehmsten Gäste; die Lust währte sieben und vierzig Tage.

Den 21. Hornung (Februar) brach die Kälte sich vollends, so, daß die Eisbalken, die vorher 16 Schuhe dick, bis auf zween Schuhe dünn geworden waren, man besorgete nun alle Augenblicke den Aufbruch. Der Rhein stand ohnerachtet des mit



Regen abwechselnden Sonnenscheines noch etliche Tage. Endlich, den 27. Hornung (ein Tag, dessen Andenken auch der spätesten Nachwelt zum Schrecken seyn wird) folgte der Aufbruch, und verhängte über die Häupter der Kölner und ihrer armen Nachbarn das grausamste Schicksal.“

Ein Augenzeuge schildert das Ausmaß der Katastrophe: „Wie Pfeile stürzten die Eismassen über die Trümmer hinweg in die offene Stadt und legten in kurzer Zeit über 50 Gebäude nieder. Da die Fluth so plötzlich hereindrang, war es unmöglich, an die Bergung der Waaren zu denken. Außerhalb der Stadt wurden der auf dem Werfte und im Rheinbette selbst angebrachte Eisbrecher, ferner 5 Schiffskränen, einige Rheinmühlen, die Fähre und außer vielen kleinen Fahrzeugen und Kähnen 16 Holländer und noch mehr oberrheinische Schiffe mastlos und ohne Takelwerk, im Ganzen an die 70 Fahrzeuge, losgerissen und theilweise gänzlich zerschmettert.

Die Zahl der Verunglückten war groß und nicht genau zu bestimmen. Der Eisgang dauerte so mehrere Stunden lang in größter Heftigkeit fort. Das Klagegeschrei der Nothleidenden und Rettungslosen erschütterte selbst die empfindlichsten Seelen, und auch der Hartherzigste konnte sich bei diesem Anblick der Zerstörung der Thränen nicht erwehren . . .“

Ein weiterer Augenzeuge konnte sich aus einer anderen Perspektive ein Bild verschaffen: „Mich trieb theils eine Neugierde, theils Furcht und Angst auf einen der höchsten Thürme der Stadt: Gott! welch ein Schauspiel öffnete sich hier meinen Augen? Ich sah ein ganzes, ganzes Meer, und Berge von Eisschollen, zwischen Köln und Bensberg schier nichts als Luft und Wasser. Deutz, Mülheim, Rodenkirchen und die dem Strome nächst gelegenen Oerter ließen nichts von sich sehen als die Spitzen der Thürme und die Dächer der Häuser.“

Am schlimmsten wurde der Ort Mülheim unterhalb von Köln von den Eis- und Wassermassen heimgesucht. Der tiefer gelegene Ort wurde bis an die Dächer der Häuser überflutet. 161 Häuser wurden total zerstört und weitere 100 beschädigt. 21 Menschen mußten in den Fluten ihr Leben lassen, etwa 1 800 wurden obdachlos.

Nach 24 Stunden Überschwemmung hielt ein Zeitgenosse das Ende der Katastrophe fest: „Jedoch der Allerhöchste hat das Jammeren, Weinen und Wehklagen der Einwohner erhöret, und zwischen 12 und 1 Uhr mittags, unter einem erschrecklichen Krachen und Brausen den Haupt-Rheinstrom losbrechen laßen, wodurch das Wasser den Abfluß bekommen . . .“

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

November
11/83

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

- „Um 1.49 Uhr zitterte der Boden“ 9
Stärkstes Erdbeben seit 32 Jahren verursacht in Belgien schwere Schäden.
- „Zivilschutz ist Angelegenheit der Partnerschaft zwischen Staat und Bürger“ 10
Das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik: Plädoyer für eine Politik des Friedens in Freiheit.
- „Mehr Aussteller, mehr Schaufläche, mehr Sicherheit“ 11
Auf dem Stuttgarter Killesberg fand die „Sicherheit '83“ statt.
- „Planerische Vorbereitungen sichern den reibungslosen Betrieb im Hilfskrankenhaus“ 16
Eine Vollübung im Hilfskrankenhaus Weißenborn/Landkreis Neu-Ulm.
- „Der Bund kämpft mit 33 Mio. DM gegen Ök Katastrophen“ 18
27 Projekte zu Bekämpfung von Öl an den deutschen Küsten.
- „Das Zivilverteidigungsprogramm der UdSSR“ 23
Nach Schätzungen ist für rund die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung das Schutzraumproblem gelöst.
- „Mit Fahrzeugen und Gerät nach Bordj-Cedria“ 25
THW unterstützte den VDK bei der Pflege eines Soldatenfriedhofes in Tunesien.
- „GZS: Brandschutzübung zeigte Mängel auf“ 31
- „Der Warndienst und das IV. Genfer Abkommen“ 43
- „350 Rotkreuzler probten den Ernstfall“ 45
- „Großübung von ASB und Feuerwehr“ 48
- „Johanniter organisierten Hilfsaktionen für die Türkei“ 49
- „30 Jahre Malteser-Hilfsdienst“ 51
- „Feuerwehr-Jahrbuch 1983/84 liegt vor“ 54
- „DLRG: Prof. John zum neuen Präsidenten gewählt“ 57
- „Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Safety first im Bergungsdienst.

Feuerlöschboot „Alfons Frings“ übergeben

Ende Oktober hat der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor in Neuss das Feuerlöschboot „Alfons Frings“ an die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Neuss übergeben.

Das Feuerlöschboot „Alfons Frings“ ist das vierte einer Reihe von sechs Schiffsneubauten, die das Land in Auftrag gegeben hat und die im Laufe des nächsten Jahres fertiggestellt werden. Das erste Boot fährt bereits seit Juli 1981 im Dienst der Bonner Feuerwehr, das zweite seit Anfang 1982 in Wesel und das dritte seit April 1983 in Emmerich. Die schnellen und mit modernsten technischen Mitteln ausgerüsteten Boote ersetzen sieben kleine, ehemals vom Land beschafften Boote, die zur Abwehr der Gefahren auf den nordrhein-westfälischen Wasserstraßen nicht mehr ausreichen.

Darüber hinaus stehen für die Gefahrenabwehr drei große Feuerlöschboote, die ebenfalls in voller Höhe aus Landesmitteln finanziert worden sind, sowie die von einigen Gemeinden und Werkfeuerwehren beschafften Löschboote zur Verfügung.

Löschboote werden für vielerlei Aufgaben eingesetzt. Einige Beispiele aus der Aufgabenpalette: Löschen von Schiffsbränden, Auspumpen von Schiffen bei Leckagen, Löschen von Bränden im Uferbereich, Löschwasserversorgung bei Brandbekämpfung zu Lande (so beim Tanklagerbrand im Duisburger Hafen), Ausbreiten von Schaumteppichen auf der Wasseroberfläche (bei ausgelaufenen brennbaren oder bereits brennenden Flüssigkeiten), Retten von Menschen und Sachgütern auch im Bereich brennender Flüssigkeiten auf der Wasseroberfläche, Aufnehmen oder Bekämpfen von Mineralöl, Chemikalien



u. a. auf den Wasserstraßen, Ausleuchten von Unfallstellen.

Das rund 1,7 Millionen Mark teure Feuerlöschboot „Alfons Frings“ hat eine Wasserverdrängung von 25 Tonnen. Es ist 19,70 Meter lang, 4,80 Meter breit und hat einen Tiefgang von 1,15 Metern. Zwei Dieselmotoren von je 487 kW (650 PS) verleihen ihm eine Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h.

Die weiteren zwei Löschboote werden im Laufe des nächsten Jahres fertiggestellt.

Staatsminister Dr. Jenninger: „Zivilschutz ist eine Friedensaufgabe“

Mit der Versicherung, die „herausragenden Leistungen“, den „Dienst für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl“ hoch einzuschätzen, kam Staatsminister Dr. Philipp Jenninger in das Katastrophenschutzzentrum Schwäbisch-Hall zur Übergabe von sechs Fahrzeugen an die Katastrophenschutz-Organisationen des Kreises. „Zivilschutz ist zunächst und in erster Linie eine zutiefst humanitäre Aufgabe, die vor allem den Schutz und die Erhaltung menschlichen Lebens zum Ziel hat“, erklärte Dr. Jenninger in seiner Ansprache.

Bund und das Land Baden-Württemberg haben dem Katastrophenschutz ein Löschfahrzeug LF 16 TS (für die Freiwillige Feuerwehr), zwei ABC-Erkundungswagen (für den ABC-Zug in der Freiwilligen Feuerwehr), einen Führungswagen (für die TEL Landkreis Schwäbisch-Hall) sowie eine Feldküche, bestehend aus einem Lastwagen und einem Feldkochherd auf einem Anhänger (für das DRK) und schließlich einen Krankentransportwagen (für das DRK) zugewiesen. Land-

rat Dr. Roland Biser erklärte, daß damit nun 41 Fahrzeuge – davon 39 vom Bund gestellt – für den Zivil- und Katastrophenschutz zur Verfügung stehen.

Der BVS-Landesstellenleiter von Baden-Württemberg, Wolfgang Raach, zeigte sich in seinen kurzen Ausführungen bestürzt über Meinungen jener, die im Zivil- und Katastrophenschutz eine Kriegsvorbereitung sehen. Auch Dr. Jenninger betonte: „Menschliches Leben zu schützen... ist eine zutiefst friedliche, ist eine Friedensaufgabe und alles andere als ein aggressiver Akt der Kriegsvorbereitung.“ Er forderte auf, „selbstbewußte Werbeträger für die Idee des Zivilschutzes“ zu werden, damit der „Zivilschutz endlich aus seinem Schattendasein“ befreit werde: „Wir wollen den Zivilschutz nicht in den Mittelpunkt rücken. Er soll aber in der Öffentlichkeit den Stellenwert erhalten, der ihm wegen seiner Bedeutung zukommt.“

700 Millionen Mark stelle der Bund – so der Staatsminister – in diesem Jahr für den Zivilschutz zur Verfügung. In der mittelfristigen Finanzplanung sei eine kontinuierliche Steigerung dieser Mittel auch in den nächsten Jahren vorgesehen. Schwerpunkte seien Ausstattung, Ausbildung und Verbesserung der Zusammenarbeit.

Zum neuen Zivilschutzgesetz, an dem der Bundesminister des Innern arbeitet, erklärte Dr. Jenninger, daß ein Prinzip stärker in den Mittelpunkt gerückt und zum Grundelement des Zivilschutzes erhoben werden soll, nämlich „daß Zivilschutz eine Angelegenheit der Partnerschaft zwischen Staat und Bürger ist“.

Anschließend sah sich der Staatsminister (Foto, Mitte) die neuen Fahrzeuge an und ließ sich das neue Löschfahrzeug von Stadtbrandmeister Emele (links) erklären; rechts Landrat Dr. Biser.

(Foto: Koziol, HT)

Mehr Sicherheit bei Lagerung und Transport gefährlicher Güter

Auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland ereignen sich jährlich zwischen 1300 und 1750 Unfälle bei Transporten mit gefährlichen Stoffen. Dabei laufen in 250 bis 350 Fällen gefährliche Flüssigkeiten aus; bei 50 bis 100 Unfällen gerät die Transportflüssigkeit in Brand und bei 3 bis 4 Unfällen ereignen sich Explosionen mit teilweise schweren Folgen. Die Sachschäden an Fahrzeugen und Umwelt betragen durchschnittlich 10000 bis 50000 DM pro Unfall. Infolge solcher Unfälle gab es 1979 in der Bundesrepublik Deutschland im Gefahrguttransport etwa 460 Leichtverletzte, 300 Schwerverletzte und 43 Tote.

Dies sind Teilergebnisse eines Forschungsvorhabens zum Risiko bei Straßentransport und Lagerung gefährlicher Stoffe, das der Bundesminister für Forschung und Technologie in Abstimmung mit dem Bundesminister für Verkehr beim Technischen Überwachungsverein Rheinland in Köln in Auftrag gegeben hat.

Ein wichtiges Ziel der Untersuchung bestand darin, eine Methode zu entwickeln, die es erlaubt, in einem systematischen Ansatz die Gesamtheit der mit Lagerung und Transport gefährlicher Güter verbundenen Risiken zu erfassen. Dabei war es erforderlich, zunächst die durch verschiedene Ursachen bedingten Teilrisiken zu bestimmen und in ihrer Verhältnismäßigkeit zu untersuchen.

Die Tauglichkeit des hierzu entwickelten Systemmodells wurde anhand einer retrospektiven Analyse von Unfällen und statistischen Schadenserfahrungen dargestellt. Dadurch können auch die möglichen Schadensereignisse beschrieben und bewertet werden, über die nur wenig praktische Erfahrungen vorliegen. Angesichts des Gefahrenpotentials und der großen Zahl von Transporten gefährlicher Güter durch unser dichtbesiedeltes Land ist ein ausschließliches Lernen aus Schadenserfahrungen nicht vertretbar. Vielmehr müssen mögliche Gefahren vorausschauend analysiert und alle vorhandenen Ansätze für eine bestmögliche Schadensvorsorge systematisch untersucht und vergleichend bewertet werden.

Hervorstechendes Ergebnis ist ein Katalog von technischen Verbesserungsmaßnahmen für Tanklastzüge, die geeignet sind, das in der Praxis bestehende Sicherheitsniveau weiter anzuheben. Die Studie hat auch dazu geführt, daß weitere Untersuchungen bei namhaften Herstellern und Betreibern von Tanklastzügen

mit Unterstützung des BMFT durchgeführt wurden. Sie haben zum Ziel, einen neuen, den sogenannten Sicherheitstanklastzug, zu konzipieren und zu entwickeln. Diese Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sind Teil der Fördermaßnahmen des BMFT auf den Gebieten der Sicherheit, Brand- und Katastrophenbekämpfung. Sie sollen dazu beitragen, den Fortschritt in Wissenschaft und Technik auch in den Dienst des Schutzes der Bevölkerung vor möglichen Gefahren moderner Technik zu stellen.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse ist unter dem Titel „Die Auswirkungen des Sicherheitsrisikos von Lagerung und Transport gefährlicher Stoffe auf die Entwicklung verbesserter Transporttechnologien – Phase I – Grundlagenuntersuchung“ im Verlag TÜV-Rheinland, Am Grauen Stein, 5000 Köln 51, erschienen.

Schnelle Hilfe im Notfall: 54 zentrale Leitstellen für NRW

Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt des Landes Nordrhein-Westfalen wird künftig über eine gemeinsame Leitstelle für die Feuerwehren, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz verfügen. Bei 31 Kreisen und 23 kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen ergibt das insgesamt 54 zentrale Leitstellen. Bis Ende dieses Jahres werden davon 48 in Betrieb sein. Eine Leitstelle wird 1984, die fünf letzten werden voraussichtlich 1985 in Betrieb gehen. Der Feuerwehrruf 112 wird dann in Nordrhein-Westfalen außer von den Leitstellen nur noch von den ständig besetzten Feuerwachen entgegengenommen, die über hauptamtliches, feuerwehrtechnisch ausgebildetes Einsatzpersonal von mindestens drei Mann je Schicht verfügen.

Bereits im Jahre 1975 hatte das Land Nordrhein-Westfalen gefordert, die gesetzlich vorgeschriebenen Leitstellen für die Bereiche Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz in jeweils einer gemeinsamen Leitstelle zusammenzufassen. Nachdem die genannten drei Aufgabenbereiche bereits seit einigen Jahren einen hervorragenden technischen Ausbildungsstand und ein hohes Ausbildungslevel haben, kam es in der Folgezeit darauf an, die Zeitspanne vom Notruf bis zum Eintreffen der Hilfe bei Feuer, Unfall oder Notfall durch Verbesserung der Meldewege herabzusetzen. Die bundeseinheitliche Kurzrufnummer 112 „Feuer/Notfall“ sollte durch Zusam-

menführung der Meldewege innerhalb eines Kreises auf eine zentrale Stelle geschaltet werden.

Die Zentralisierung der Stellen, die Notrufe entgegennehmen, gewährleistet trotz erheblicher Personaleinsparungen eine bessere Alarmierung der Einsatzkräfte sowie eine höhere Auslastung des für die Bereiche Feuerschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst besonders ausgebildeten Leitstellenpersonals. Darüber hinaus besteht nach dem Leitstellenprogramm, das generell eine großräumige Einsatzführung sicherstellt, die Möglichkeit, daß der jeweilige Einsatzleiter – falls erforderlich – vor Ort durch besondere zentrale Einsatzhilfen unterstützt werden kann.

Die erheblichen finanziellen Aufwendungen des Landes NRW zur Verbesserung der Meldewege und der Alarmierungsmöglichkeiten der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes sind voll gerechtfertigt. Innenminister Dr. Herbert Schnoor: „Mit der Verkürzung der Zeitspanne vom Notruf bis zum Eintreffen der Feuerwehren und des Rettungsdienstes am Einsatz- oder Notfallort können wir wesentlich dazu beitragen, sowohl die Zahl der Todesfälle wie auch Folgeschäden bei Bränden und Verletzungen zu vermindern.“

Bundesverdienstkreuz für Ministerialdirigent Hans Maier-Bode

Für seine besonderen Verdienste um die Gründung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen hat der Bundespräsident dem Ministerialdirigenten Hans Maier-Bode das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Innenminister Dr. Herbert Schnoor überreichte am 18. November 1983 im Innenministerium die Auszeichnung.

Hans Maier-Bode wurde nach mehrjähriger Tätigkeit bei der Bezirksregierung Düsseldorf 1963 in das Innenministerium berufen und mit der Leitung des Referats für das Hygiene- und Gesundheitsrecht betraut. 1970 übernahm er in der Kommunalabteilung Aufgaben im Rahmen der kommunalen Neugliederung. Im Jahre 1971 wurde ihm die Leitung der Gruppe „Personalangelegenheiten, Aus- und Fortbildung“ übertragen. Hier sind besonders seine Leistungen bei der Gründung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen hervorzuheben. Bereits an der Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen sowie an der Vorbereitung

des Lehrbetriebs hatte er maßgeblichen Anteil.

Maier-Bode war der entscheidende Vermittler zwischen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und den Vertretern der Praxis, er hat maßgebend dazu beigetragen, daß sich beide Seiten in vertrauensvoller Zusammenarbeit der gemeinsamen Aufgabe stellten, die Ausbildung der Nachwuchsbeamten des gehobenen, nichttechnischen Verwaltungsdienstes zu verbessern.

Daneben hält Maier-Bode seit 20 Jahren Vorlesungen an der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in den Fächern „Allgemeine Staatslehre“ und „Verwaltungsorganisation“ in Amtsarzt-Lehrgängen. Aufgrund der Wertschätzung seiner Lehrtätigkeit wurde er in den Prüfungsausschuß für Amtsärzte und in den Beirat für die Weiterbildung und Fortbildung von Amtsärzten im öffentlichen Gesundheitsdienst berufen.

Seit dem 1. März 1982 leitet Hans Maier-Bode die Abteilung V des nordrhein-westfälischen Innenministeriums und ist zuständig für die Bereiche „Feuerschutz, Katastrophenschutz, Zivilschutz und zivile Verteidigung“.

Staatsminister Möllemann im Katastrophenschutzzentrum Düsseldorf

Jürgen W. Möllemann, Staatsminister im Auswärtigen Amt, besuchte das Katastrophenschutzzentrum der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf und sprach seine Anerkennung aus. „Ein vorbildliches Zentrum für schnelle Hilfe. Alles unter einem Dach.“

Auf 18000 Quadratmetern sind über hundert Fahrzeuge sowie Geräte, eine Ausbildungsanlage, das Zivilschutzamt und Katastrophenschutz-Organisationen sowie die BVS-Dienststelle untergebracht. Fachdezernent Dieter Licht erklärte, daß rund 3000 Helfer in Einheiten bereitstehen. Im Katastrophenschutzzentrum an der Posener Straße laufen alle Fäden zusammen. Kauf, Umbau und Einrichtungen des Zentrums kosteten bisher über fünf Millionen Mark.

Staatsminister Möllemann, der zugleich Landesvorsitzender der F.D.P. in Nordrhein-Westfalen ist (auf dem Foto rechts, mit Fachdezernent Licht und Zivilschutzamtsleiter Mäurers), nahm auch am Symposium des „Liberalen Forums e.V.“ teil, einer Einrichtung der politischen Bildung. Alle Landesverbände der Katastrophenschutz-Organisationen hatten hohe Repräsentanten entsandt. Unter den Teilnehmern waren u. a. der stv. F.D.P.-Landesvorsitzende Rudolf Wickel, der hauptamtlich im Zivilschutz tätig und seit 1964 ehrenamtlicher Helfer des BVS ist, sowie weitere Politiker der F.D.P., die durch berufliches oder ehrenamtliches Engagement Sachkenner sind.

Möllemann dankte den Organisationen für ihren Einsatz: „Diese Helfer reden nicht lange, sie arbeiten kritisch mit und packen zu, wo immer es erforderlich ist.“ Der Staatsminister forderte die Politiker auf, zu überlegen, wie mit dem zur Verfügung stehenden Geld mehr erreicht werden kann. Die Vertreter der Hilfsorganisationen lobten das Katastrophenschutzgesetz des Landes und gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß das kommende Zivilschutzgesetz auch zu ihrer Zufriedenheit ausfalle. Kritisiert allerdings wurde die Haltung des nordrhein-westfälischen Gesundheitsmini-

sters Prof. Friedhelm Fahrtmann, der die ehrenamtlichen Helfer am Rettungsdienst nur beteiligen wolle, wenn sie im 24-Stunden-Dienst tätig werden könnten. Lieber würden Rettungswachen geschlossen und lange Anfahrtszeiten in Kauf genommen, bevor einem Teilzeiteinsatz der Ehrenamtlichen zugestimmt würde.

Einmütig forderte man die Wiedereinführung des Sirensignals „Katastrophenalarm“. Es sei vom Bund vor einigen Jahren ohne Abstimmung mit den betroffenen Organisationen gestrichen worden.

Auch „Dauerbrenner“ wurden erörtert. So zum Beispiel der friedensmäßige Einsatz des THW, die Verwendung der Helfer, die statt Wehrdienst mindestens zehn Jahre im Katastrophenschutz tätig waren, die ärztliche Versorgung bei radioaktiven und chemischen Störfällen und die Information in Schulen über Katastrophen- und Zivilschutz. Einigkeit herrschte darin, daß allen öffentlichen und privaten Bauherren die Schaffung eines baulichen Grundschutzes für Bewohner und Besucher vorgeschrieben werden müsse.

Bemängelt wurde, daß im Gegensatz zur Regelung in Nordrhein-Westfalen der Bund die Beschaffung von Fahrzeugen und Gerät unzureichend mit den Organisationen, denen diese Ausstattung letztlich zur Verfügung gestellt werden soll, abstimmen würde. Vorhandenes Geld könne besser genutzt werden, so die Organisationsvertreter.

Die Besucher des Symposiums dankten für die Möglichkeit des Gedankenaustauschs. Der Geschäftsführer des „Liberalen Forums“, Hofmann, sagte in Abstimmung mit den anwesenden Politikern zu, bereits in den nächsten Wochen initiativ zu werden und den Teilnehmerkreis hierüber zu informieren.

Positive Haltung zum Gesetzentwurf des BVRS

Antworten auf einen Gesetzentwurf, der in Ulm vorgelegt und zur Stellungnahme an alle Fraktionen im Bundestag versandt wurde, an den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, die Ministerpräsidenten der Bundesländer, den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund, den Deutschen Landkreistag erhielt nun der Berufsverband der Rettungssanitäter (BVRS).

Im Gesetzentwurf fordert der BVRS die gesetzliche Regelung der Ausbildung der Rettungssanitäter. Die organisierten



Rettungssanitäter sind der Auffassung, daß mit einer 13-Wochen-Maximal-Ausbildung wie bisher keine Mitmenschen in Lebensgefahr zu versorgen sind. Deshalb wollen sie eine bundeseinheitliche Regelung anstreben. In einem Faltblatt des BVRS heißt es: „Der Rettungssanitäter braucht einen anständigen Lehrberuf mit Lehrzeit und Examen, denn was für Pfleger und Schwestern im Krankenhaus gilt, darf dem Sanitäter draußen nicht vorenthalten werden.“

Der Berufsverband der Rettungssanitäter versteht sich als ein überparteilicher und unabhängiger Zusammenschluß auf Bundesebene. Mitglieder sind Sanitäter, Pfleger, Schwestern, Ärzte, Experten der Notfallmedizin und engagierte Mitbürger. Inzwischen hat der BVRS rund 3000 Mitglieder.

Nachdem der Gesetzentwurf an die Adressaten verschickt worden war, meldeten sich mit positiver Haltung zum Entwurf unter anderem der Bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, Hilfsorganisationen und der Chef des Bundeskanzleramtes. Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen befürwortet ebenfalls die „gesetzliche Einführung eines Berufsbildes Rettungssanitäter“. Er schreibt: „Wegen der hohen Anforderungen, die an das theoretische Wissen und an das praktische Können bei einer lebensrettenden Versorgung Schwerkranker und Unfallverletzter gestellt werden, wird von mir die 520-Stunden-Ausbildung als nicht ausreichend angesehen.“

Der BVRS erwartet, daß die Bundes- und Länderregierungen und Kostenträger „umgehend dem vom Berufsverband der Rettungssanitäter vorgelegten Gesetzentwurf zustimmen“.

Aktuelle Termine

Eine Fachveranstaltung mit dem Titel „Brandschutz und Feuersicherheit im Verbrauchermarkt und Warenhaus“ führt das „Haus der Technik“, Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen in Essen, durch. Die Leitung hat Brand-Ing. Isterling, öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Industriebrandschutz, Bad Urach. Termin: 24. und 26. Januar 1984.

Folgende Themen sind vorgesehen: Rauchzeichen sind Warnzeichen, Feuererkennung und Brandmeldung durch moderne Elektronik, sichere Fluchtwege, sichere Gebäuderäumung, Sprinkleranlagen in Waren- und Geschäftshäusern,

was kann brennen und was nicht?, gefährliche Kunststoffe, Vergasung, Folgeschäden usw.

Diese Veranstaltung dient auch der Fortbildung von Sicherheitsfachkräften nach §5 des Arbeitssicherheitsgesetzes, zu deren Erfüllung der Arbeitgeber verpflichtet ist. Auf Wunsch wird eine entsprechende Teilnahmebescheinigung ausgestellt.

Das ausführliche Programm kann angefordert werden vom „Haus der Technik“ e.V., Hollestraße 1, 4300 Essen 1, Telefon (0201) 1803-1.

Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung in Neuherberg bei München veranstaltet für Führungskräfte der Feuerwehren vom 20. bis 23. März 1984 ein Seminar „Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz“. Das Seminar ist die Weiterentwicklung des bereits seit mehreren Jahren stattfindenden Strahlenschutz-Seminars im Hinblick auf den Komplex des Gefahrgutunfalls.

Referenten aus dem In- und Ausland aus dem Bereich der Feuerwehren, der Polizei und der Rettungsdienste sowie Fachleute aus der chemischen Industrie werden über aktuelle Probleme des Gefahrgutunfalls und über Erfahrungen bei Einsätzen berichten. Außerdem bietet das Seminar Teilnehmern früherer Strahlenschutz-Lehrgänge eine Wiederholung wesentlicher Lehrinhalte und aktuelle Informationen. Dem Seminar angeschlossen ist eine Firmenausstellung über Atemschutzgeräte, Schutzkleidung, Gas- und Zündgrenzenmeßgeräte, Strahlenschutzsondiergeräte und sonstige Strahlenschutzsondierausstattung sowie besonderer Geräte für den Einsatz mit chemischen Gefahrgütern.

Die Teilnahme am Seminar ist kostenfrei; Teilnehmermeldungen und Anmeldungen von gewünschten Vorträgen sowie Rückfragen zum Seminar sind zu richten an Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH, GSF-Feuerwehr, Ingolstädter Landstraße 1, 8042 Neuherberg, Telefon (089) 3187-2233.

Die Landesstelle für Betriebsschutz e.V., Stuttgart, hat für den 21. März 1984 ein Seminar „Betrieblicher Katastrophenschutz, Teil I“ vorgesehen. Dabei geht es um die Vermittlung des Basiswissens sowie die planerischen und organisatorischen Grundlagen.

Informationen: Landesstelle für Betriebsschutz e.V., Hohenheimer Straße 41c, 7000 Stuttgart 1, Telefon (0711) 233425.

Bildschirmtext – ein neues Medium der Öffentlichkeitsarbeit

Neue elektronische Medien und Kommunikationswege eröffnen dem Benutzer wie dem Anbieter interessante Perspektiven: Video, Kabelfernsehen, Satellitenfernsehen, Bildschirmtext – die modernste Technik macht's möglich, per Knopfdruck Unterhaltung und Information ins heimische Wohnzimmer zu holen.

Aus der Sicht derjenigen, die Informationen (und natürlich auch Dienstleistungen und Waren) anbieten, ist der Bildschirmtext – amtliches Kürzel: Btx – besonders vielversprechend. Die Erprobungsphase dieses Mediums, oder genauer gesagt der Feldversuch, ist soeben abgeschlossen worden; auf der Funkausstellung in Berlin wurde der Startschuß für eine bundesweite Einführung gegeben.

Auch der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), zu dessen gesetzlichem Auftrag u. a. die Information der Bürger über Gefahren bei Katastrophen und im Verteidigungsfall sowie über Schutzmöglichkeiten gehört, hat sich Gedanken über die technischen und praktischen Möglichkeiten des Einsatzes von Bildschirmtext im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit gemacht.

So fand kürzlich speziell für den BVS bei der Oberpostdirektion Köln eine praktische Demonstration des neuen Mediums statt; auch der Vorstand des Verbandes unterrichtete sich über den Einsatz von Btx. So ist es technisch z. B. ohne weiteres machbar, die Information der bisher in hoher Auflage verbreiteten BVS-Broschüre „Ihr Vorsorgepaket“ auf einigen Dutzend sogenannten „Bildschirmseiten“ zu speichern, der Interessent kann über ein Anwahlgerät diese Seiten dann auf sein – allerdings modifiziertes – Fernsehgerät daheim „überspielen“ lassen.

Erste konkrete Erfahrungen mit Btx konnte die Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin e. V. (GZS) sammeln, da Berlin ein Ort des Feldversuchs war und in Kooperation mit einem Anbieter von sonstigen Informationen einige „Bildschirmseiten“ belegt werden konnten. Die GZS erkannte bereits kurz nach Einführung des Feldversuchs die Bedeutung des neuen Kommunikationsmittels. Hier bot sich die Möglichkeit, relativ kostengünstig eine Vielzahl von Einzelpersonen, aber auch Betriebe und Behörden zu erreichen und über den Zivilschutz und das Informations- und Ausbildungsangebot der Gesellschaft für den Zivilschutz zu informieren.

Die Gesellschaft gestaltete mehrere Textseiten unter dem Stichwort „Zivilschutz“. Diese Seiten sind im Computer der Deutschen Bundespost gespeichert und abrufbereit. Dies war allerdings nur möglich, da ein Mitglied der Gesellschaft selbst Anbieter im Bildschirmtext-Verfahren ist und der Gesellschaft kostenfrei seine technischen Möglichkeiten zur Verfügung stellte.

Zur Zeit prüft der Bundesverband für den Selbstschutz, wie und ab wann man in das ab Frühjahr 1984 bundesweite Bildschirmtextnetz gehen kann. Btx wird auf absehbarer Zeit allerdings die klassischen Medien nicht ablösen können, da der Ausbau des Netzes erst in den 90er Jahren abgeschlossen sein wird. Und: Die Empfänger benötigen ein spezielles Fernsehgerät, das etwa das Doppelte der heutigen Geräte kostet. Der BVS will, so verlautet aus der Kölner Bundeshauptstelle, jedoch frühzeitig am Ball sein. Selbstschutz-Informationen – vielleicht schon bald per Bildschirm?

DGzRS gab vier neue Seenotkreuzer in Auftrag

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) hat den Bau vier neuer Seenotkreuzer in Auftrag gegeben. Es handelt sich um zwei Neubauten des 1980 in Dienst gestellten 23-m-Bootes „Eiswette“ sowie um zwei neu entwickelte 27-m-Schiffe. Die Kosten für das Neubauprogramm belaufen sich auf rund 22 Millionen DM.

Nach den Plänen der DGzRS wurde der 27-m-Kreuzer als zukünftiger Standardtyp des großen, auf den verkehrsreichen Seeschiffsstraßen operierenden Rettungsbootes konzipiert. Zur Ausstattung aller vier Seenotkreuzer gehören das in einer Heckwanne mitgeführte Tochterboot für Einsätze in extrem flachem Wasser, ein Bordhospital für die medizinische Erstversorgung von Schiffbrüchigen, Fremdlanzanlagen, umfangreiche Sicherheitseinrichtungen wie Gaswarngeräte sowie leistungsstarke Feuerlöschanlagen, die bei den 27-m-Kreuzern auf eine Ausstoßkapazität von 30000 Litern Löschmittel pro Minute ausgerichtet sind. Alle vier in Aluminiumbauweise hergestellten Boote werden von den beiden mit dem Bau beauftragten Unterweser-Werften in Lemwerder und Vegesack im Laufe des Jahres 1985 – genau 120 Jahre nach der Gründung des deutschen Seenotrettungswerks – an die DGzRS abgeliefert. Die Neubauten sollen die vier Schiffe der „Theodor-Heuss“-Klasse ersetzen, die dann fast 30 Jahre im Einsatz gewesen sein werden.

Unser Bild: Bewährte Partner im Seenotrettungswesen: SAR-Hubschrauber vom Typ Sea King des Marinefliegergeschwaders 5 und der Seenotkreuzer der DGzRS in der Kieler Förde. Nach fast dreißigjährigem Einsatz werden die „Theodor-Heuss“ und ihre drei Schwesterschiffe in absehbarer Zeit ausgemustert und durch Neubauten ersetzt.

(Foto: Wegemann)



Jahresbericht über ehrenamtliches Engagement in Freiburg

Mit einem umfangreichen Jahresbericht werden die Arbeit und das ehrenamtliche Engagement der Regieeinheiten und -einrichtungen des Katastrophenschutzes der Stadt Freiburg im Breisgau im Jahre 1982 ausführlich dokumentiert. Nach einer allgemeinen Information über Wohnbevölkerung und Flächen wird der Aufbau des Katastrophenschutzes dargestellt; es gibt Hinweise auf Zuständigkeiten, Anzahl der vorhandenen Fahrzeuge und die verschiedenen Dienste. So standen am 31. 12. 1982 dem Katastrophenschutz der Stadt Freiburg neben den organisationseigenen Fahrzeugen weitere 49 Kraftfahrzeuge und acht Anhänger zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 5132 Stunden für theoretischen Unterricht, praktische Ausbildung, Übungen und Einsatzdienst verwendet.

Bei den Übungen gab es unter anderem eine Funkübung mit dem Malteser-Hilfsdienst und eine Feldkabelbauübung der Helfer des Fernsprechrupps der Fernmeldezentrale HVB. Die Ausbildung in Erster Hilfe und auch eine Fortbildung für Fahrer standen ferner auf dem Programm.

Im letzten Teil des Jahresberichtes werden Gliederung und Aufgaben der Regieeinheiten und -einrichtungen unter folgende Stichworte gestellt: Veterinärzug, Fernmeldezentrale KatS beim HVB, Technische Einsatzleitung, Beobachtungs- und ABC-Meßstelle, ABC-Melde- und Auswerte-Stelle und Stabshilfsdienst.

Zwischenbericht zum „Autonotfunk“

„Autonotfunk holt die lebenswichtige Zeit ein“ – unter diesem Titel stellte das „Zivilschutz-Magazin“ in der Ausgabe November 1982 den Modellversuch des neuen Notmeldesystems in Darmstadt vor. Unterstützt vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) hat die Firma AEG-Telefunken den „Autonotfunk“ entwickelt, mit dem der Rettungsablauf beschleunigt werden kann.

Seit Anfang 1982 lief in Darmstadt der Versuch zur Erprobung von „Autonotfunk“. Jetzt hat die Bundesanstalt für Straßenwesen, Bereich Unfallforschung, Projektgruppenberichte als „Zwischenberichte 1982“ vorgelegt. Darin wird der Darmstädter Versuch ausführlich be-

schrieben. Weitere abschließende Berichte mit Ergebnissen sollen folgen.

Dann wird auch der für das Rettungswesen zuständige Bund/Länder-Ausschuß, der sich bereits von der Leistungsfähigkeit von „Autonotfunk“ überzeugt hat, entscheiden, ob das System bundesweit eingeführt wird. Vorläufige Zahlen, die – darauf weist die Projektgruppe der Bundesanstalt für Straßenwesen ausdrücklich hin – mit Vorsicht zu verwenden sind, beziffern die Investitionskosten auf über 900 Millionen Mark, wenn es zu einer bundesweiten Einführung von „Autonotfunk“ kommt.

„Lieber gurten als zahlen“

Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat und der ADAC haben eine neue Aufklärungskampagne unter das Motto „Lieber gurten als zahlen“ gestellt. Verkehrsexperten und Politiker treten zunehmend dafür ein, Verstöße gegen die Anschnallpflicht künftig mit Bußgeld zu ahnden. Die Experten sind der Ansicht, daß die Autofahrer erst dann Einsicht zeigen, wenn es an den Geldbeutel gehe. Sie schlagen Geldbußen in Höhe von 50 bis 100 Mark vor. Wer als Autofahrer bei einem Unfall nicht angeschnallt sei, schädige auch die Versicherungsgemeinschaft.

Zum Auftakt der Kampagne wurde betont, daß Autofahrer, die glauben, daß bei geringen Geschwindigkeiten im Stadtverkehr kaum etwas passieren könne, sich täuschen. So würden sich 84 Prozent der Verkehrsunfälle in der Bundesrepublik mit Toten und Schwerverletzten bei Geschwindigkeiten unter 60 km/h ereignen. Dies habe eine Untersuchung von 200 000 Unfällen der vergangenen Jahre ergeben. Eine weitere Untersuchung habe als Resultat, daß sich auf der Autobahn mehr als 80 Prozent der Verkehrsteilnehmer anschnallen, im Stadtverkehr aber nicht einmal jeder zweite, nämlich nur 44 Prozent.

„Kinderbrandstiftung“ stand im Mittelpunkt

Der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen präsentierte sich in diesem Jahr auf der „Infra“ mit einem Informationsstand zum Thema „Vorbeugender Brandschutz“. Neben allgemeinen Informationen über Brandverhütung und

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Fachbearbeiter/in II 2 (Ausbildung) bei der BVS-Landesstelle Niedersachsen in Hannover**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 1. 1984
2. **Fachbearbeiter/in bei der BVS-Dienststelle Leverkusen**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 12. 1983

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes, verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) sind bis zum **12. Dezember 1983** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Str. 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist bei der

BVS-Landesstelle Niedersachsen
3000 Hannover, Heinrichstr. 37

eine Planstelle des gehobenen Dienstes ab sofort zu besetzen:

**Sachbearbeiter/in für Personalangelegenheiten
der Angestellten und Arbeiter**

Bes.-Gr. A 10 BBesO

Anforderungen:

Befähigung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes; gute Kenntnisse und Erfahrungen in der Personalverwaltung sind erwünscht.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise sind bis zum **12. Dezember 1983** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.



Erstmaßnahmen im Brandfall stand erstmals die „Kinderbrandstiftung“ im Mittelpunkt. Mit einem Malwettbewerb wurde dieses schwierige Thema den Kindern nahegebracht. Feuerwehrassistentinnen betreuten die teilnehmenden Kinder und gaben Müttern und Vätern Auskunft über erzieherische Brandverhütungsmaßnahmen.

Die zahlreichen Messebesucher konnten bei den täglichen Vorführungen im Freigelände praxisnah moderne Rettungs- und Bergungsgeräte sowie verschiedene Brandbekämpfungsmittel kennenlernen. Hier wurde eine gute Möglichkeit geboten, die Bürger auf ihre Mitverantwortlichkeit auf dem Brandschutzsektor hinzuweisen. Bei der Unterweisung in der Handhabung von Kleinlöschgeräten konnten die Besucher selbst Entstehungsbrände bekämpfen und wichtige Erkenntnisse für das Verhalten bei der Gefahrenabwehr im häuslichen Bereich gewinnen.

Neben den Feuerwehr-Musik- und -Spielmannszügen, die an den Wochenenden den musikalischen Rahmen bildeten, waren rund 200 Feuerwehrangehörige als Helfer an den Veranstaltungen beteiligt.

Die zehntägige „Informations- und Verkaufsausstellung Hauswirtschaft und Familie“ – „Infa“ – wird nunmehr seit 30 Jahren durchgeführt. Die Eröffnung der „Infa 83“ fiel mit der bundesweiten Brandschutzwoche 1983 zusammen, die unter dem Motto: „... sicherheitshalber Deine Feuerwehr“ stand.

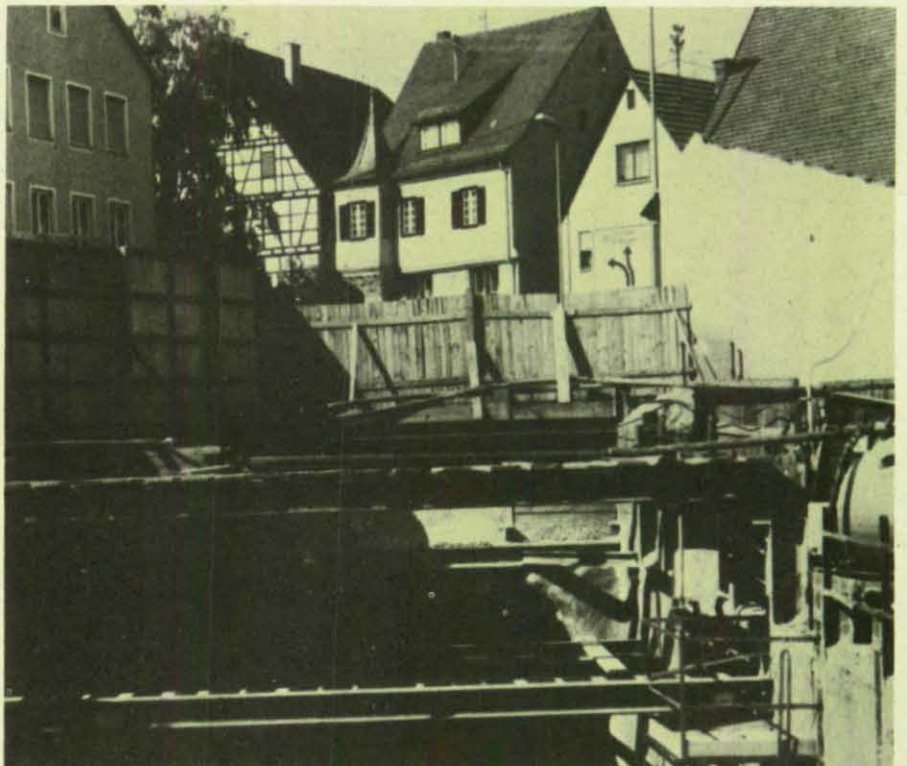
(Fotos: Köhler)

Zivilschutzanlage für 3400 Personen

Mit dem Bau eines viergeschossigen Parkhauses unter der Leonberger Altstadt entsteht gleichzeitig eine Zivilschutzanlage für 3400 Personen. In einer Tiefe von 20 bis 40 Metern unter der Erde werden 228 Personenkraftwagen Platz finden. Mit der Fertigstellung wird Ende 1985 gerechnet. Das Projekt wird mindestens zehn Millionen Mark Rohbaukosten verschlingen, wobei Bund und Land Zuschüsse geben.

„Zu Fuß“ kann das Parkhaus nach Inbetriebnahme über drei rund um den Leonberger Marktplatz verteilte Schächte von 32 bis 40 Metern Tiefe nur mit Aufzügen erreicht werden. Die Schächte haben aber auch eine Notfall-Wendeltreppe.

(Foto: Atlas Copco)



Paul Claes

Erdbeben erschütterte die Region zwischen Köln und Lüttich

Um 1.49 Uhr zitterte der Boden

Stärkstes Beben im Rheinland seit 32 Jahren –
Schwere Schäden in Belgien

Ein für Westeuropa ungewöhnlich starkes Erdbeben wurde am 8. November im Rheinland, im südlichen Teil der Niederlande und in Ostbelgien registriert. Das Beben erreichte eine Stärke von 5,1 Punkten auf der nach oben offenen Richterskala und war damit eine der heftigsten Erschütterungen dieser Region seit Jahrzehnten.

Zwei Nachbeben

Das Hauptbeben um 1.49 Uhr, dem zwei leichtere Nachbeben folgten, ließ im Rheinland Decken und Wände zittern und Lampen und Gläser klirren. Besonders in den oberen Geschossen der Hochhäuser waren die Erdstöße deutlich spürbar. „Hier hat es richtig gewackelt“, sagte ein Sprecher des Düsseldorfer Innenministeriums.

Empfindliche Alarmanlagen in Kaufhäusern und Geschäften lösten Fehlalarme aus, was zu zahlreichen Einsätzen der Polizei führte. Bei Polizei und Feuerwehr standen die Telefone nicht still, weil besorgte Bürger sich nach dem Grund der nächtlichen Störung erkundigten.

Personen- oder nennenswerte Sachschäden waren im Rheinland, das ebenso wie der südliche Teil der Niederlande glimpflich davonkam, nicht zu verzeichnen. Die unsanft aus ihrer nächtlichen Ruhe gerissenen Menschen kamen mit dem Schrecken davon. Ein Sprecher der Polizei bestätigte: „Größere Schäden konnten wir nicht feststellen.“

Zentrum bei Lüttich

Wesentlich dramatischer ging es dagegen rund um das Epizentrum des Bebens zu.



Aus Angst vor weiteren Beben verbrachten Einwohner der Stadt Lüttich die Nacht im Freien. (Foto: dpa)

Die schwersten Auswirkungen hatte das Erdbeben in dem Ort St. Nicolas, rund sieben Kilometer westlich der belgischen Industriestadt Lüttich gelegen. Auch in Lüttich selbst entstanden durch die Erdstöße Schäden größeren Ausmaßes.

In dieser am stärksten betroffenen Region mußten auch Menschenleben beklagt werden. Eine ältere Frau wurde getötet, als die Zimmerdecke ihres Schlafzimmers einstürzte, ein 80jähriger erlag einem Herzanfall, den er offenbar infolge des Bebens erlitten hatte. Mehrere Menschen mußten mit Verletzungen oder zur Schockbehandlung in Krankenhäuser eingeliefert werden.

Panische Fluchtbewegungen

Die starken Erdstöße ließen die Menschen völlig verstört aus ihren Häusern stürzen. Auf den Ausfallstraßen Lüttichs kam es zu einer Vielzahl von Zusammenstößen, weil die Autofahrer in panischer Angst aus der Stadt flohen.

Decken und Dächer stürzten ein, Hunderte von Schornsteinen fielen in sich zusammen. Schaufensterscheiben gingen zu Bruch, die Gas- und Wasserleitungen wurden ebenso unterbrochen wie die Stromversorgung und das Telefonnetz. Ganze Straßenzüge waren mit Trümmern bedeckt und mußten gesperrt werden. Die Einwohner der am stärksten betroffenen Stadtteile verbrachten auch die Nacht nach dem Beben aus Angst vor neuerlichen Erdstößen im Freien.

Hoher Sachschaden

Etwa zwei Drittel aller Häuser von St. Nicolas wurden beschädigt, über 600 Men-

schen verloren ihre Bleibe und mußten in Notunterkünften untergebracht werden. Feuerwehr, Militär und Helfer des Zivilschutzes waren noch Tage nach dem Beben damit beschäftigt, mit Kran- und Räumfahrzeugen Trümmer und Autowracks von den Straßen zu räumen. Der gesamte durch das Beben entstandene Sachschaden wird vom belgischen Innenministerium auf einhundert Millionen belgische Francs geschätzt.

„Tektonische Schwächezone“

Das diesjährige Erdbeben war die stärkste tektonische Erschütterung im Rheinland seit 32 Jahren. Damals wurde in Euskirchen eine Stärke von 5,7 Punkten gemessen, wodurch größerer Sachschaden entstand. Erdbebenopfer im Rheinland hatte es zuletzt 1756 in Düren gegeben, wo nach heutigen Erkenntnissen eine Stärke von mehr als sechs Punkten erreicht wurde.

Die Ursache der Beben liegt darin, so der Leiter der Erdbebenwarte der Universität Köln, Professor Ludwig Ahorner, daß die Region zwischen Köln und Aachen eine „alte tektonische Schwächezone“ ist. Lediglich der Zollerngraben am Rande der Schwäbischen Alb und der Oberrheingraben gelten in Deutschland als noch erdbebenanfälliger.

Professor Ahorner weist darauf hin, daß im Rheinland etwa alle 20 bis 30 Jahre mit einem Erdbeben einer Stärke von über fünf Punkten auf der Richterskala gerechnet werden muß. Alle 50 bis 150 Jahre besteht sogar die Wahrscheinlichkeit von Erdstößen der Stärke von über sechs Punkten. Aber auch solche Erschütterungen werden nach Ansicht Ahorners noch keine großen Gebäudeschäden verursachen. Erst bei einer Stärke von etwa 6,5 Punkten werden modern errichtete Gebäude zum Einsturz gebracht.

Gewaltige Verschiebungen

Erst in diesem Jahrhundert hat sich der Schwerpunkt der Erdbeben eindeutig vom Rheinland in den Süden Deutschlands verlagert. Noch im Herbst 1978 richteten dort Erdstöße von einer Stärke von 5,7 Punkten erhebliche Schäden an.

Die „tieferen Ursachen“ der europäischen Erdbeben sind die gewaltigen Verschiebungen der unterirdischen Gesteinsmassen. Seit Millionen von Jahren entstehen Spannungen durch die europäische und die afrikanische Erdplatte, die im Mittelmeerraum aufeinandertreffen. Diese unterirdische „Knautschzone Mittelmeer“ ist auch die Ursache der ständig sich wiederholenden schweren Beben in Italien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei.

„Zivilschutz ist Angelegenheit der Partnerschaft zwischen Staat und Bürger“

Plädoyer für eine Politik des Friedens in Freiheit –

Zivilschutz bezweckt keine Kriegsvorbereitung, sondern trägt dazu bei, die Abschreckung glaubwürdig zu machen

In einer Auflage von 280000 Exemplaren erscheint das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik, das von Verteidigungsminister Manfred Wörner als ein Plädoyer für eine Politik des Friedens in Freiheit, als einen „Appell an die Vernunft“ der Bürger vorgestellt wurde. Das Weißbuch befaßt sich erstmals ausschließlich mit Fragen der Sicherheitspolitik. Bekräftigt wurde bei der Vorstellung von Minister Wörner die Gültigkeit der Strategie der Abschreckung des atlantischen Bündnisses.

Unter dem Stichwort „Die Konzeption der Gesamtverteidigung“ wird im Weißbuch der Bundesregierung auch Stellung genommen zur zivilen Verteidigung. Im folgenden der Wortlaut zu diesem Thema aus dem Weißbuch:

„Eine wirksame Verteidigungsfähigkeit erfordert nicht nur eine militärische Vorsorge zum Schutze unserer Lebensordnung. Vielmehr müssen zivile Vorsorgemaßnahmen hinzutreten, ohne die unsere Lebensordnung nicht aufrechterhalten werden könnte. Die NATO geht daher von der Konzeption der Gesamtverteidigung aus,

die Maßnahmen der militärischen und der zivilen Verteidigung miteinander verbindet. Beide Elemente der Gesamtverteidigung sind für eine wirksame Verteidigungsfähigkeit notwendig.

Die Aufgaben der zivilen Verteidigung

Die zivile Verteidigung hält Staat, Regierung und Verwaltung funktionsfähig. Sie schützt den Bürger soweit wie möglich vor den Gefahren von Waffeneinsätzen (Zivilschutz). Sie versorgt die Bevölkerung und die Streitkräfte mit notwendigen Gütern und Leistungen. Sie unterstützt die Streitkräfte bei ihrem Verteidigungsauftrag.

Aufgaben der zivilen Verteidigung bestehen damit in vielen Lebensbereichen. Sie erstrecken sich auf fast alle Zweige von Regierung und Verwaltung. Ihre Erfüllung erfordert eine ständige Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden. Zivile und militärische Stellen müssen auf allen Ebenen eng zusammenwirken und ihre Planungen aufeinander abstimmen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Die Katastrophenschutzschule Nordrhein-Westfalen in Wesel kann zum 1. Januar 1984 die Stelle eines

Regierungsangestellten (Verg.-Gr. IVa BAT)

im Fernmeldedienst besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt insbesondere das Vorbereiten und Durchführen von Aus- und Fortbildungslehrgängen für Führungskräfte des Katastrophenschutzes im Fernmeldedienst sowie in einem weiteren Fachdienst (z. B. ABC-, Betreuungs-, Bergungs-, Sanitäts- oder Versorgungsdienst).

Bewerber sollten

- Fachhochschulabschluß oder gleichwertige Fähigkeiten und Erfahrungen,
- die Befähigung zum Führen von Einheiten und
- pädagogische Eignung für die Erwachsenenbildung haben.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften über Ausbildung und bisherige Tätigkeit, Nachweis besonderer Fachkenntnisse werden bis zum **31. Dezember 1983** erbeten an die

**Katastrophenschutzschule
Nordrhein-Westfalen
Gerhart-Hauptmann-Str. 23
4230 Wesel 1**

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Zivilschutz als unerläßliche humanitäre Aufgabe

Die Entwicklung der Kriege in der Neuzeit und die Entwicklung der Waffensysteme haben die Gefahren für die Bevölkerung in einem bewaffneten Konflikt immer größer werden lassen. Dies hat mit den Genfer Rotkreuz-Abkommen vom 12. August 1949 und den Zusatzprotokollen, deren Ratifikation die Bundesregierung vorbereitet, zu einem Humanitären Völkerrecht geführt, das den Schutz der Zivilbevölkerung als unverzichtbare humanitäre Aufgabe festlegt.

Diese Aufgabe ist unabhängig von der mehr oder weniger großen Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines bewaffneten Konflikts. Solange ein solcher Konflikt nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, müssen Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung getroffen werden.

Zivilschutz als Beitrag zur Glaubwürdigkeit der Abschreckung

Die militärische Vorsorge ist nicht auf Kriegsführung, sondern auf Erhaltung des Friedens durch glaubhafte Abschreckung ausgerichtet. Auch Zivilschutz bezweckt keine Kriegsvorbereitung, sondern trägt dazu bei, die Abschreckung glaubwürdig zu machen. Militärische Macht kann nach unserer Lebensordnung und in unserem dichtbesiedelten Land den Willen zur Selbstverteidigung nicht allein glaubhaft machen. Eine militärische Verteidigung ist sinnlos, wenn die eigene Bevölkerung keine Chance zum Überleben hat. Nur wenn deutlich wird, daß die militärischen Verteidigungsanstrengungen durch Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung ergänzt werden, ist die der Sicherung des Friedens dienende Abschreckung glaubhaft.

Zivilschutz als solidarische Aufgabe von Staat und Bürgern

Zivilschutz ist keine exklusive Aufgabe des Staates. Vielmehr kann Zivilschutz nur dann tatsächlich wirkungsvoll sein, wenn staatliches Handeln und private Vorsorge einander sinnvoll ergänzen.

Zivilschutz ist damit eine Angelegenheit der Partnerschaft zwischen Staat und Bürger. Der Staat darf sich seinen Pflichten nicht entziehen, aber ohne Bürgerverantwortung muß staatliches Handeln Stückwerk bleiben. Zivilschutz ist aber auch undenkbar ohne den großen Beitrag der humanitären Hilfsorganisationen und ohne das Engagement der freiwilligen Helfer.“

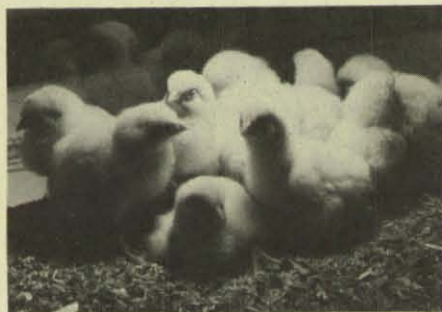
Dorothee Boeken / Fotos: Günter Sers

„Grundsatz der Kontinuität“ war Kernsatz auf der „Sicherheit '83“

Mehr Aussteller, mehr Schauffläche, mehr Sicherheit

Auf dem Stuttgarter Killesberg fanden Messe und Fachkongreß verstärktes Interesse

Ein gutes Dutzend Küken, gerade erst zwei Tage jung, piepsten aufgeregt im Glaskasten und kuschelten sich eng aneinander unter der warmen Infrarotlampe. Sie konnten sich sicher fühlen bei ihrem Aussteller, dem TÜV, der sich diese Idee hatte einfallen lassen und damit das Motto der Messe symbolisierte: „Sicherheit '83“. Die Fachmesse für Objektschutz, Katastrophen- und Brandschutz findet in zweijährigem Turnus statt und hatte diesmal vom 8. bis 11. November auf dem Messegelände Stuttgart-Killesberg ihre Pforten geöffnet.



Sicherheit – das Motto der Stuttgarter Messe – wurde vom TÜV symbolisiert, in dem er ein gutes Dutzend Küken im Glaskasten unter der wärmenden Infrarotlampe geborgen hielt.

Nicht nur die Küken zogen interessierte Messebesucher an: Zahlreiche Neuigkeiten und Verbesserungen im Bereich der Sicherheitstechnik wurden von 120 Ausstellern aus sieben europäischen Ländern und den USA demonstriert. Gegenüber der „Sicherheit '81“ hatte die diesjährige Messe über 30 Prozent mehr Aussteller; die Ausstellungsfläche wuchs um 20 Prozent. In drei Hallen des Messegeländes sowie auf dem Freigelände sahen sich 7000 Besucher um.

Rund 3000 Teilnehmer zählte der parallel zur Ausstellung tagende Internationale Fachkongreß, der mit elf Themenkreisen und 70 anerkannten Sicherheitsexperten als Fachreferenten im Mittelpunkt der „Sicherheit '83“ stand.

„Grundsatz der Kontinuität“

Robert Ruder, Staatssekretär im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg, betonte anlässlich der Eröffnung der

Rund 7000 Messebesucher bei der „Sicherheit '83“: Hier ein Blick auf die Eröffnungsveranstaltung.

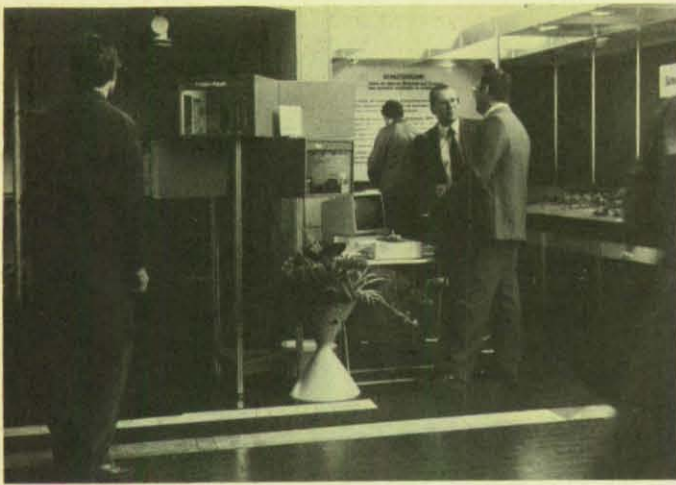


Robert Ruder, Staatssekretär im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg, betonte den „Grundsatz der Kontinuität“.



Dr. Axel Wernitz, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, unterstrich das Bedürfnis der Bürger nach mehr Sicherheit.





Der Messestand der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg fand viel Aufmerksamkeit.



Rolf Holder, BVS-Dienststellenleiter in Reutlingen, und BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach (von links), erläutern Dr. Axel Wernitz den Computer am BVS-Stand.



Auf Schaufeln gab die Johanniter-Unfall-Hilfe einen Einblick in ihre Tätigkeit.



Auch die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft zeigte, mit welchen Geräten sie die Wasserrettung bestreitet.

„Sicherheit '83“, daß es wichtig sei, „Sicherheitspolitik nicht an der Tagesopportunität zu orientieren“, sondern sie kontinuierlich voranzutreiben. Der „Grundsatz der Kontinuität“ gelte für die gesamte präventive Arbeit. Diejenigen, die sich vor vielen Jahren verstärkt für den Katastrophenschutz eingesetzt haben, seien die „Rufer in der Wüste“ gewesen. Heute aber frage jeder, wenn es um Sicherheitspolitik gehe, wie es denn mit dem Katastrophenschutz aussehe. „Mehr Mut zur Transparenz“ forderte Ruder denn auch für den Katastrophenschutz.

Wachsendes Bedürfnis nach mehr Sicherheit

Während der Eröffnungsfeier, die eingeleitet wurde vom Präsidenten der Landesstelle für Betriebsschutz, Dr. Albert Riestler, sprachen auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft, Rolf Jorga (Bonn); der Erste Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Dr. Rolf Thieringer; der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Axel Wernitz, und Ministerialdirektor Dr. Molitor vom Bundesministerium für Wirtschaft.

Der Datenschutz sowie das wachsende Bedürfnis der Bürger nach mehr Sicherheit wurden von Dr. Wernitz behandelt, der mit Ruder darin übereinstimmte, die Sicherheitspolitik für den Bürger transparenter zu gestalten. Auf ein Beispiel dafür verwies der Erste Bürgermeister: Während der Messtage hatten die Stuttgarter Bürger Gelegenheit, im städtischen Einwohnermeldeamt ihre Daten abrufen zu lassen. Dabei wurde ihnen gezeigt, wie groß die Kontrolle und die Sicherheit der Datenspeicherung sind.

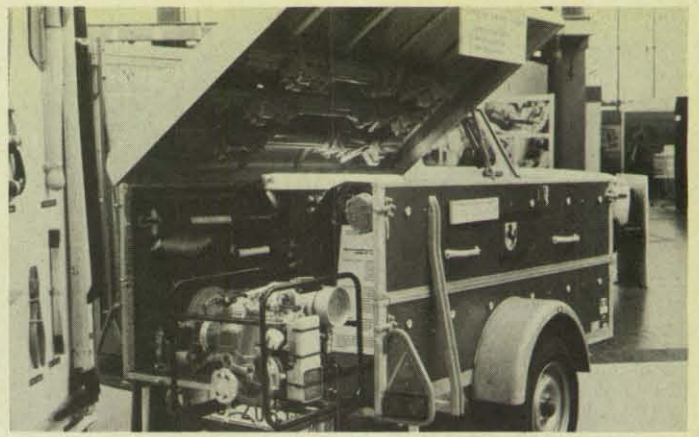
Die Hauptkontingente der Kongreßteilnehmer in Stuttgart bildeten während der vier Tage die Sicherheitsbeauftragten der Behörden und Betriebe, Ingenieure, Betriebs- und Amtsleiter, Personalchefs, Fachreferenten für Sicherheit, Brandschutz und Katastrophenschutz in den Ministerien und Behörden des Bundes und der Länder sowie Vertreter der Verbände für Unfallrettung, Katastrophenschutz und Gesundheitsvorsorge.

Schutzraum aus dem Computer

Eine Premiere unter vielen auf der Messe „Sicherheit '83“ war ein Computer, der am Stand des Bundesverbandes für den Selbstschutz die Aufmerksamkeit zahlreicher Interessenten fand. Die BVS-Landesstelle Baden-Württemberg hatte einen Computer aufgestellt, der den Interessen-



Informationen über das Deutsche Rote Kreuz, Bergwacht Württemberg.



Das Amt für Zivilschutz der Stadt Stuttgart zeigte einen Kfz-Anhänger mit Geräten und Ausrüstung für den Behörden-Selbstschutz.



Interessenten, die zum Stand des Technischen Hilfswerks kamen, erhielten Auskunft über Aufgaben, Ausbildung und Einsätze der Bundesanstalt.



Ein Notarztwagen der Björn-Steiger-Stiftung.



Der Fahrzeugpark der Feuerwehr.



Auf dem Freigelände zeigte die Bundeswehr ihre Fahrzeuge.



Der Fernmeldedienst des Stuttgarter Katastrophenschutzes hatte eine Mobile Funksprechzentrale zum Killesberg gebracht.



Den Ablauf einer Dekontamination konnten sich die Besucher von den Mitarbeitern des ABC-Dienstes der Stadt Stuttgart erklären lassen.

ten eine individuelle Beratung über einen Schutzraumbau liefern konnte: Er ermittelte die Kosten für einen Schutzraumbau und – nach Eingabe des individuellen Jahres Einkommens – die Abschreibungsmöglichkeiten und die Zuschüsse. Nach der gewünschten Schutzplatzzahl skizzierte der Computer sogar den Grundriß des Schutzraums. Darüber hinaus stellte die BVS-Landesstelle einen Schutzraum in Originalgröße vor und zeigte in kleinen Modellen die mögliche Nutzung des Schutzraums in Friedenszeiten: als Trimmeraum, Musikraum, Bar. Insgesamt baten von den rund 5400 Personen, die den Messestand der BVS-Landesstelle besuchten, 370 um eine ausführliche Beratung.

Auch die BVS-Dienststelle Stuttgart war auf der Messe vertreten. Hier gab es Informationen zur Lebensmittelbevorratung und Broschüren zum Thema Selbstschutz.

Informative Selbstdarstellungen

Gleich nebenan gaben die Katastrophenschutz-Organisationen einen Einblick in ihre Arbeit. Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser-Hilfsdienst (MHD), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), Bergwacht Württemberg und Bergwacht Schwarzwald, zeigten in Bildern und mit Ausrüstungsgegenständen ihre Aufgaben und ihre Einsatzbereitschaft auf.

Sehr groß angelegt war der Ausstellungsstand des Amtes für Zivilschutz der Landeshauptstadt Stuttgart. Der Sachgebietsleiter Selbstschutz im Amt für Zivilschutz, Kurt Berner, hatte die Idee für den Umbau eines handelsüblichen Kfz-Anhängers, in dem nun sämtliche Behördenselbstschutz-Geräte übersichtlich untergebracht sind. Ein jahrzehntealter Löschkarren und Stellwände mit der Darstellung „Leinen – Stiche – Schläge – Knoten“ ergänzten die informative Selbstdarstellung des Stuttgarter Amtes für Zivilschutz.

Auf Landesebene präsentierte sich das Technische Hilfswerk (THW): Interessenten erhielten Auskunft über Aufgaben, Ausbildung und Einsätze der Bundesanstalt. Besonders gefragt war eine Broschüre, in der sich alle Landesverbände des THW in Wort und Bild vorstellen.

Allgemeines Informationsmaterial zum Thema Schutzraum gab es am Messestand der Deutschen Schutzbau-Gemeinschaft, die ihre Mitteilungsblätter ausgelegt hatte.

Ihren umfangreichen Fahrzeug- und Gerätepark zeigte die Björn-Steiger-Stiftung: Ein Organtransportfahrzeug, Notarztwagen, Baby-Notarztwagen, eine Notrufmeldekarte oder neue Notrufmelder mit Solarstromversorgung wurden erläutert.

Eine „Sonderschau“ alter Löschfahrzeuge anlässlich des 120jährigen Bestehens der Feuerwehrverbände in Baden-Württemberg.



Neu ist ein Bergesack mit Kälteschutz, der auf der „Sicherheit '83“ von einer Firma vorgestellt wurde.



Mit dieser Krankentragen-Auflage können Patienten auch direkt in die Schocklage gebracht und so transportiert werden. Eine Halterung an der Trage erspart den Helfern das Festhalten der Infusionsflasche. (Firmenfoto: Körperschutzprodukte)



Verschiedene Automobilhersteller präsentierten ihre Fahrzeuge in speziellen Versionen für den Einsatz.



Demonstrationen auf dem Freigelände

Polizei und Bundeswehr stellten sich vor; beim Berufsgenossenschaftlichen Arbeitsmedizinischen Dienst konnten Lungenfunktion getestet, Blutdruck gemessen und ein Sehtest durchgeführt werden. Auf dem Freigelände zeigte der Fernmeldedienst des Stuttgarter Katastrophenschutzes eine Mobile Funksprechzentrale, die Deutsche Rettungsflugwacht hatte einen Hubschrauber landen lassen, und ein Einsatzwagen einer Werkfeuerwehr war ebenfalls zu sehen.

Den Ablauf einer Dekontamination konnten sich die Messebesucher auf dem Freigelände erklären lassen: Von der Einweisung, Schuhreinigung über die Registrierung und die Kontrolle auf Verletzungen bis hin zum Duschen und zur Nachkontrolle – alles war übersichtlich in Zelten demonstriert. Mitarbeiter des ABC-Dienstes der Stadt Stuttgart präsentierten auch ein Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug mit einem 1500-l-Wassertank.

Von der Heimatschutzbrigade 55 der Bundeswehr wurden ein Kran und ein voll geländegängiger Krankenkraftwagen vorgeführt; von der Heeresfliegerkommandantur 201/Laupheim wurde ein Feuerlöschkraftfahrzeug präsentiert.

Und dann gab es am Rande noch ein Jubiläum: 120 Jahre bestehen die Feuerwehrverbände in Baden-Württemberg. Aus diesem Anlaß waren eine kleine „Sonderschau“ alter Löschfahrzeuge aufgestellt und eine Sammlung von historischem Bild- und Textmaterial zur Feuerwehrgeschichte in Baden-Württemberg angelegt worden.

Viele Messeneuheiten

Breit gefächert war das Angebot an industriellen Neuentwicklungen. So zeigte eine Firma aus Hanau als neues Lehr- und Übungsgerät einen Intubationstrainer. Mit diesem Gerät können das Freimachen und das Freihalten der Atemwege sowie die Beatmung geübt werden. Neu ist, daß bei dem Intubationstrainer der Mund-, Rachen- und Trachealbereich von der Seite einsehbar sind. Die Anatomie sowie die Technik der unterschiedlichen Verfahren sind daher gut zu erkennen. Bei zu starkem Druck auf die Schneidezähne wird ein Signal ausgelöst, ebenso bei fehlerhafter Intubation.

Neu: Bergesack und Krankentrage

Neu entwickelte Ausrüstungen für den Rettungsdienst und Katastrophenschutz wurden an vielen Messeständen gezeigt. So gibt es zum Beispiel einen neuen Werk-

zeugsatz für Notfallhilfe und Rettungseinsatz. Er enthält zwölf Werkzeuge in einem und ist nur knapp drei Kilogramm schwer. Der Werkzeugsatz besteht aus einer Axt, Sägeblättern für Holz und Metall, Messer, Blechschneider, Brecheisen, Verlängerung, Schneidmeißel, Schraubenzieher und Spaten.

Neu ist auch ein Bergesack mit Kälteschutz, sechs seitlichen Tragschlaufen mit durchgenähten Gurten, eingearbeiteten Stangendurchlässen zur Umrüstung als Krankentrage. Mit einer Selbstschutz-Ausrüstung stellte eine Kölner Firma eine ihrer Neuentwicklungen vor. Zur Ausrüstung gehören u. a. eine Atemschutzmaske, ein Filter, ein Vollschutzanzug, ein Leuchstab und ein Aufbewahrungsbeutel. Weiter bietet die Firma eine „Komfort-Krankentrage mit erhöhter Sicherheit für Patienten und Sanitäter“ an. Es gibt herausziehbare Handschutzgriffe für die Krankentrage, Automatik-Gurte und eine Infusionshalterung. Mit einer kombinierten Sitz-Liege-Krankentragen-Auflage können Patienten oder Behinderte aus oberen Stockwerken durch enge Treppenhäuser gebracht werden.

Von selbstlöschenden Papierkörben, einem Kohlenmonoxyd-Meß- und -Warngerät bis zur ausklappbaren Feuerschutzleiter – es gab eine Menge zu sehen auf dem Stuttgarter Killesberg.

„Sicherheit“ ist aktuell

Das Interesse der Messebesucher hat auch in diesem Jahr gezeigt, daß das Bedürfnis nach Sicherheit wächst, daß der Sicherheitsbereich eine aktuelle Sache ist.

So wie den Küken am dritten Tag der Messe schon sichtbar die Flügel gewachsen waren, so hat auch die „Sicherheit '83“ gegenüber der Messe vor zwei Jahren gezeigt, daß immer mehr Aussteller und Fachbesucher sich dem Bereich der Sicherheit im verstärkten Maße zuwenden.

Über die Themenkreise, die während des Internationalen Fachkongresses „Sicherheit '83“ behandelt wurden, wird das „Zivilschutz-Magazin“ noch ausführlich berichten.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter(in) der BVS-Dienststelle Nienburg**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – sofort –
2. **Leiter(in) der BVS-Dienststelle Koblenz**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – 1. 12. 1983 –
3. **Leiter(in) Fachgebiet II 4 (Öffentlichkeitsarbeit)**
bei der BVS-Landesstelle Niedersachsen in Hannover
(Verg.-Gr. IVa BAT) – 1. 12. 1983 –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes, verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **12. Dezember 1983** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Str. 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

Planerische Vorbereitungen sichern den reibungslosen Betrieb im Hilfskrankenhaus

Informative Vorträge von Fachleuten und Ärzten zur medizinischen Versorgung als „ethische Verpflichtung“

„Wirksame Hilfe – kein Zufall“ – dies war das Motto, unter dem eine Übung im Hilfskrankenhaus Weißenhorn (Bayern), verbunden mit einer Katastrophenschutz-Vollübung, im September stand. Das Landratsamt Neu-Ulm hatte diese in Abstimmung mit den Bayerischen Staatsministerien des Innern und für Arbeit und Sozialordnung an zwei Tagen durchgeführt. Auf dem Programm standen u. a. auch informative Vorträge folgender fünf Referenten: Ltd. Ministerialrat Helmut Düll, Bayerisches Staatsministerium des Innern, zum Thema „Die Aufgaben der bayerischen Gesundheitsverwaltung auf der Kreisebene in Krisenzeiten und im Verteidigungsfall“; Landrat Franz Josef Schick zum Thema „Hilfskrankenhäuser im Landkreis Neu-Ulm“; Oberregierungsrat Anton Lang, Landratsamt Neu-Ulm, zum Thema „Planerische Vorbereitung der Inbetriebnahme eines Hilfskrankenhauses“; Ministerialrat Dr. med. Hans Weigand, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, zum Thema „Stationäre Versorgung unter erschwerten Bedingungen“, und Chefarzt Dr. med. Gerhard Sorg, Kreisspitalstiftungskrankenhaus Weißenhorn, zum Thema „Praktische Erfahrungen mit dem im Hilfskrankenhaus vorhandenen ärztlichen Gerät“.

Im folgenden sollen die Vortragsinhalte dargestellt werden, weil sie zum Teil auch über den Anlaß – Inbetriebnahme des Hilfskrankenhauses Weißenhorn – hinaus interessant sind. In einem zweiten Bericht wird sich das „Zivilschutz-Magazin“ mit dem eigentlichen Übungsablauf in Weißenhorn befassen.

„Keine Änderung der friedensmäßigen Zuständigkeit im Krisenfall“

Um auf die Aufgaben der bayerischen Gesundheitsverwaltung auf der Kreisebene in Krisenzeiten und im Verteidigungsfall eingehen zu können, beschreibt Helmut Düll zunächst die Fachbehörden, die die Gesundheitsverwaltung in Bayern betreiben. In erster Linie sind es die 71 Staatlichen Gesundheitsämter und die drei städtischen Gesundheitsämter München, Nürnberg

und Augsburg sowie die beiden Landesuntersuchungsämter in Südbayern (Obereschleißheim) und in Nordbayern (Erlangen).

Im Alarmfall werden – so führt der Referent weiter aus – die Gesundheitsämter den Kreisverwaltungsbehörden ihres Zuständigkeitsbereiches als Sachgebiete bzw. als Ämter eingegliedert, wobei sie aber ihre friedensmäßige Gliederung beibehalten und auch in ihren Dienststellen verbleiben. Durch die organisatorische Eingliederung werden alle behördlichen Aufgaben des Gesundheitswesens auf der Kreisebene unter der einheitlichen Gesamtleitung des Landrats bzw. Oberbürgermeisters zusammengefaßt.

Im Verteidigungsfall sind die Aufgaben der Gesundheitsverwaltung unterteilt in

1. überlebenswichtige Aufgaben (z. B. stationäre Versorgung, abwehrende Seuchenbekämpfung),
2. nützliche Aufgaben (z. B. ambulante Versorgung) und
3. nicht vorrangig wahrzunehmende krisenbedeutsame Aufgaben (Lebensmittelüberwachung).

Als krisenbedeutsam nennt Düll folgende Bereiche der Gesundheitsverwaltung: die stationäre Versorgung, die ambulante Versorgung und die abwehrende Seuchenbekämpfung.

Für den Krankenhausbetrieb im Bedarfsfall und die dazu erforderliche Vorbereitung der Hilfskrankenhäuser sind zwar ebenfalls die Landkreise und kreisfreien Städte zuständig, jedoch im übertragenen Wirkungskreis und damit unter der staatlichen Fachaufsicht der Bezirksregierungen und des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Sie müssen das jeweilige Hilfskrankenhaus organisatorisch einem bestehenden Krankenhaus zuordnen.

Eine weitere Besonderheit der Hilfskrankenhäuser ist, daß deren bauliche Vorbereitung und die Verwaltung den Behörden der allgemeinen inneren Verwaltung, und zwar den mit den Aufgaben der zivilen Verteidigung federführend befaßten Sachgebieten, obliegen. Zu den zu erledigenden Aufgaben gehören die Sanitätsmittel-

bevorratung, die Kennzeichnung mit dem Roten Kreuz und die Katastrophenmedizin.

Für die ambulante Versorgung haben die Bezirksverbände der kassenärztlichen Vereinigung Bayerns zu sorgen; die abwehrende Seuchenbekämpfung wird in Bayern von den Gesundheitsämtern und Kreisverwaltungsbehörden erledigt. „Die bayerische Konzeption des Gesundheitszivilschutzes entspricht dem Planungsgrundsatz ‚Keine Änderung der friedensmäßigen Zuständigkeit im Krisenfall‘“ – so Düll.

In Friedenszeiten hat die Gesundheitsverwaltung folgende allgemeine Vorbereitung für die im Verteidigungsfall wahrzunehmenden Aufgaben auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zu treffen:

1. Ausarbeitung einer Gesamtplanung (Konzeption).
2. Erlaß der erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften für den Einsatzfall und für die Vorbereitungen in normalen Friedenszeiten und im Alarmfall, und
3. konkrete Vorbereitungsmaßnahmen.

Landkreis Neu-Ulm ist „gut gerüstet“

„Gut gerüstet“ nennt Landrat Franz Josef Schick den Landkreis Neu-Ulm, was die vorausschauenden Planungen im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes angeht. Schon Anfang der 60er Jahre habe man sich erfolgreich um die Errichtung von Hilfskrankenhäusern bemüht. Heute gibt es im Landkreis drei Hilfskrankenhäuser: in Illertissen, Vöhringen und Weißenhorn. Die Hilfskrankenhäuser, in Schulen untergebracht – eines davon vollgeschützt – wurden gebaut, um die Behandlungs- und Bettenkapazität im Verteidigungsfall, aber auch bei sonstigen Krisen wie Seuchen oder Katastrophen, zu erweitern.

Das Hilfskrankenhaus Weißenhorn ist mit seinem 520 Quadratmeter großen Funktionsteil unter der Turnhalle des Claretiner-Missionskollegs eingerichtet und für die Versorgung von 400 Patienten ausgerichtet. Es verfügt über eine Notstrom- und Notwasserversorgung und eine Lüftungs-

anlage für Normal- und Schutzluftbetrieb. Zum Funktionsteil – so führt Schick weiter aus – gehören Aufnahme und Entgiftungsteil, Diagnostikbereich mit Ambulanz, chirurgischer Vorbereitung, Gipsraum, Röntgen und Labor, fünf Op.-Einheiten mit Op.-Vorbereitung, zwei Sterilisationsräume und drei Lagerräume für Arzneimittel, Wäsche usw. Im oberirdischen Teil des Hilfskrankenhauses sind in Schul- und Internatsräumen sowie in der Turnhalle acht Stationen mit je 50 Betten vorgesehen.

Der erheblichen Steigerung des Personalbedarfs bei Inbetriebnahme eines Hilfskrankenhauses soll durch Verlängerung der Arbeitszeit, Urlaubsrückruf, Urlaubssperre sowie Heraufsetzung des Bettenschlüssels pro Pflegekraft Rechnung getragen werden. Hinzu kommen noch Schwesternhelferinnen der verschiedenen Hilfsorganisationen als zusätzliches Pflegepersonal. Der Landrat hofft, daß durch ein Gesundheitssicherstellungsgesetz personelle Probleme verhindert werden können.

Pläne müssen erstellt werden

Für eine rasche Inbetriebnahme eines Hilfskrankenhauses sind umfassende planerische Vorbereitungen notwendig, über die Oberregierungsrat Anton Lang referiert. Dabei sind bestimmte Arbeitsabschnitte vorgegeben: Verständigen bzw. Anfordern des Personals, Freimachen der benötigten Räume, Beschaffen und Anfahren der nicht im Hilfskrankenhaus vorhandenen Ausstattung, Einrichten der Räume und Überprüfen der technischen Einrichtungen. Diese Arbeitsabschnitte sind in einem zeitlichen Neben- und Miteinander durchzuführen, betont Lang, wobei eine Vielzahl von Personen zusammenarbeiten muß. Ein Plan mit einer Gliederung für eine klare Aufgabenverteilung sollte erstellt werden. Darin sind folgende Problembereiche zu behandeln:

1. Organisationsprobleme (wie läuft der Betrieb?),
2. Ausstattungs- und Einrichtungsprobleme (was wird wo gebraucht?) und
3. Personalprobleme (wer soll was tun?).

Am Beispiel des Hilfskrankenhauses Weißenhorn erklärt Lang die Gestaltung und den Aufbau eines Planes für die Inbetriebnahme. So sind z. B. für das Stamm- und Hilfskrankenhaus für Aufnahme und Diagnose je zwei Ärzte und für jede Op.-Einheit drei Ärzte sowie für vier Stationen je ein Arzt, insgesamt also 31 Ärzte vorgesehen. „Zwölf Ärzte können vom Stammkrankenhaus gestellt werden, 19 nicht“ – so Lang.

Zusammenfassend erklärt der Referent: „Hilfskrankenhäuser können nur dann ohne unnötige Verzögerung in Betrieb ge-

nommen werden, wenn ein entsprechender Plan vorhanden ist. Der Plan wäre übersichtlich zu gliedern; Einzelpläne und Abschnitte des Gesamtplanes sollen selbstständig vollziehbar sein. Die Pläne müßten auch für Nichtfachleute verständlich sein.“

Medizinische Versorgung als „ethische Verpflichtung“

„Für alle für das Gesundheitswesen oder im Gesundheitswesen tätigen Menschen, seien es Politiker, Ärzte oder Pflegepersonal, ist es eine ethische Verpflichtung, alles zu tun, um für die Bürger in einem Katastrophenfall die bestmögliche medizinische Versorgung zu ermöglichen“ und: „Alle Bemühungen und Planungen im Katastrophenschutz und für die katastrophenmedizinische Versorgung sind ausgerichtet, Schadensereignisse zu verhindern.“ Dies erklärt Ministerialrat Dr. med. Hans Weigand in seinem Referat „Stationäre Versorgung unter erschwerten Bedingungen“. „Zum Schutz seiner Bürger ist der Staat . . . im Rahmen seiner Verteidigungsanstrengungen auch zu entsprechenden vorbereitenden Maßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens verpflichtet. Bestürzend ist, daß in den meisten Katastrophenschutzgesetzen die medizinische Versorgung kaum angesprochen ist. Auch für den Verteidigungsfall sind vom Bund bis jetzt keine gesetzlichen Voraussetzungen für die medizinischen Vorsorgeplanungen getroffen worden. Für nahezu alle Bereiche gibt es Sicherstellungsgesetze, nur nicht für die Medizin! So bleibt nur die Hoffnung, daß der Bund alsbald ein Gesundheitssicherstellungsgesetz oder Gesundheitsschutzgesetz erlassen wird.“

Versorgungstreiks, Personalausfall, Unbenutzbarkeit bisheriger Räume oder Gebäude sowie mangelhafte oder fehlerhafte Versorgung mit spezifischen Medikamenten und Materialien – dies sind Beispiele, die der Referent als mögliche Gründe für eine erschwerte stationäre Krankenversorgung nennt. Alarm- und Einsatzpläne, so Weigand, könnten dem vorbeugen. Denn sie schaffen die organisatorischen Voraussetzungen für die Kapazitätserweiterung.

Auf Anweisung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern wurden im Laufe der Jahre in Bayern 44 Projekte erfaßt, die für einen Ausbau bzw. für eine Verwendung als Hilfskrankenhäuser geeignet sind. In den einzelnen Regierungsbezirken, so listet Weigand auf, sind in Oberbayern zwölf Hilfskrankenhäuser, in Niederbayern zwei, in der Oberpfalz sieben, in Oberfranken zwei, in Mittelfranken sieben, in Unterfranken drei und in Schwaben elf erfaßt.

Neue Überlegungen trägt der Referent vor: So sind für ein 200-Betten-Hilfskrankenhaus 120 Kräfte als Personal vorgesehen.

Dabei handelt es sich um einen leitenden sowie acht weitere Ärzte, fünf MTA, eine leitende und 14 weitere Krankenschwestern bzw. Krankenpflegehelferinnen, 42 Schwesternhelferinnen, vier Krankenpfleger bzw. Krankenpflegehelfer, einen Verwaltungsleiter, vier Verwaltungs- bzw. Schreibkräfte, zwei Handwerker, zwei Kraftfahrer, vier Köche bzw. Beiköche, sechs Küchenhilfskräfte, acht Reinigungskräfte und 18 Helfer für den allgemeinen Dienst. Probleme, so glaubt Dr. Weigand, könnte es bei der Besetzung mit Chirurgen, Anästhesisten und Funktionspersonal geben.

Geräte in „hervorragendem Zustand“

„Ich konnte mir . . . nicht vorstellen, daß es möglich wäre, ohne gewaltige Pannen ein Hilfskrankenhaus in Betrieb zu nehmen, bevor die dazu bestimmten Mitarbeiter die vorhandenen Lokalitäten, Geräte und Betriebsmittel kennen.“ So leitet der Chefarzt Dr. Gerhard Sorg seinen Vortrag über „Praktische Erfahrungen mit dem im Hilfskrankenhaus vorhandenen ärztlichen Gerät“ ein.

Die Erfahrungen des Arztes waren positiv: Die seit langen Jahren eingelagerten Geräte präsentierten sich beim Auspacken in einem hervorragenden Zustand. „Textilien, Apparate, Betten und Zubehör waren sofort gebrauchsfähig und in ausreichender Menge vorhanden. Die bei Eingriffen in Bauch- und Extremitäten-Chirurgie im Stammhaus verwendeten Instrumente waren in Ordnung. Sie konnten von Schwestern und Ärzten . . . ohne weiteres verwendet werden.“

Vorschläge, wie eine leistungsfähigere Gestaltung erreicht werden könnte, nennt der Referent auch: Geräte, die auf neuem technischen Stand sind, sollten zur Komplettierung angeschafft werden; gewisse Materialien – wie z. B. Gummihandschuhe, Nahtmaterial oder Katheter – altern sehr schnell; Medikamente wie Antibiotika oder Infusionslösungen verlieren nach gewisser Zeit ihre Wirkung. So meint Dr. Sorg, daß die Stammkrankenhäuser in einem gewissen Turnus diese Materialien einplanen in der Verwendung ihres Hauses und gegen Neuanschaffung mit dem Hilfskrankenhaus austauschen.

Als Anmerkung zum technischen Bereich bemängelt der Chefarzt, daß es zu wenig Steckdosen gebe, daß die Anzahl der Halterungen an den Waschbecken nicht ausreichend sei und daß ein Schlammbecken unter dem Waschbecken im Gipsraum anzubringen sei.

Über Übungseindrücke und den praktischen Verlauf wird das „Zivilschutz-Magazin“ noch ausführlich berichten.

Der Bund kämpft mit 33 Millionen Mark gegen Ölkatastrophen

„Amoco-Cadiz“-Katastrophe soll an deutschen Küsten unmöglich gemacht werden

Dichter Nebel in den Morgenstunden auf der Kieler Förde. Das Ausweichmanöver schlägt fehl: Der große Frachter reißt ein etwa zwei Meter langes Leck in den vorderen Backbordbereich des Tankers. Öl läuft aus. Der schmierige Film treibt in die offene See; nach einer Winddrehung dann in Richtung Küste. Helfer legen am Ufer Sperren zum Schutz des Strandes an, doch das Öl gewinnt den Kampf. Verseuchte Strände nehmen den Tieren und der Vegetation die Existenzgrundlage. Vögel mit ölverklebten Flügeln verenden qualvoll, Meereslebewesen sterben durch die Störung von Lebenszyklen aus. Die Fischbrut wird vernichtet; der Fremdenverkehr wird zumindest in dieser Saison ausbleiben. Unabsehbare Schäden hat die Schiffskollision angerichtet.

Ein fiktives Beispiel eines Ölunfalls an der deutschen Küste. Doch ähnliche Ereignisse sind nicht selten. Die jährliche Ölverschmutzung der Weltmeere wird von der „National Academy of Sciences“ auf 6,3 Millionen Tonnen geschätzt, wobei 90 Prozent auf industrielle Aktivitäten des Menschen zurückgeführt werden. Ein Drittel stammt aus dem Bereich des Schiffsverkehrs.

Bange Fragen nach „Amoco Cadiz“

„Amoco Cadiz“ war nicht nur der Name eines Riesentankers, sondern mit ihm verbindet sich auch die größte Öl- und Umweltkatastrophe aller Zeiten in Küstengewässern. Nach dem Auflaufen auf felsigem Untergrund und dem Auseinanderbrechen des Supertankers „Amoco Cadiz“ im Jahre 1978 schwappten rund 220000 Tonnen Rohöl gegen die Nordküste der Bretagne. Sperren und schwimmende Absauger waren zwar konstruiert, aber nur bei ruhiger See und kleinen Ölmengen einsetzbar. Bei dieser Ölkatastrophe in stürmischer See waren die bekannten Hilfsmittel unbrauchbar.

Auch in der Bundesrepublik löste der Fall „Amoco Cadiz“ bange Fragen aus: Was passiert, wenn der große Katastrophenfall

hier eintritt? „Bislang“, so erklärt Diplomingenieur Otto Krause von der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) in Köln, „war in der Bundesrepublik nicht viel getan worden. Die Industrie wollte nicht auf Geräten sitzenbleiben, die für Ölbekämpfung gebaut werden. Denn schließlich weiß ja keiner genau, ob die auch jemals gebraucht werden.“

Wie entstehen Ölunfälle?

Neben industriellen und kommunalen Abwässern, also durch Stoffeintrag der Flüsse in den marinen Lebensraum, sowie Verklappung oder Verbrennung von Rückständen aus industriellen Prozessen treten als Hauptquellen der Meeresverschmutzung Ölverunreinigungen durch Tankerhavarien („Torrey Canyon“, „Amoco Cadiz“ oder „Anne Brørig“), durch Tankreinigung, Ablassen von ölhaltigen Bilge- und Ballastwassern sowie durch Offshore-Aktivitäten auf.

Die Ereigniskette beginnt oft mit einem Tankerunfall, durch Kollision oder Grundberührung. Schlägt der Versuch fehl, den Tanker freizuschleppen, wird die Ladung geleichtert, damit der Tanker nicht leckschlägt. Läuft das Öl aus, so breitet es sich prompt aus. Die Meeresumwelt, Fischerei und möglicherweise der Fremdenverkehr werden geschädigt oder zumindest empfindlich gestört.

Neue Aufgaben für die DFVLR

Die DFVLR hat aufgrund ihrer Personalkapazität und ihrer großen Erfahrungen schon 1976/77 vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) zusätzliche Aufgaben übertragen bekommen, zum Beispiel im Bereich der Medizintechnik (die Entwicklung künstlicher Gelenke, Mammografie, Thermografie), der Humanisierung der Arbeitswelt oder der Umweltschutztechnik („clean technologies“). 1978 kamen im Rahmen der Umweltschutztechnik

auch Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zum Thema „Bekämpfung von Meeresverschmutzungen, insbesondere von Öl“ als zusätzliche Aufgabe für die DFVLR hinzu. Es sollten Gerätschaften und Mittel erarbeitet und erprobt werden, mit denen eine schnelle und wirksame Ölbekämpfung erreicht werden kann.

Das Abkommen der Länder und der ÖSK

1975 haben der Bund und die vier Küstenländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein das „Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Ölverschmutzungen“ abgeschlossen. Gemeinsam wollen die am Abkommen Beteiligten Maßnahmen zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen treffen. Der Geltungsbereich des Abkommens erstreckt sich auf die Hohe See (Nord- und Ostsee), die Küstengewässer, die Elbe bis Hamburg (Elbbrücken), die Weser bis Bremen (Stephanibrücke), die Ems bis Emden (Seeschleuse), die Trave bis Lübeck (Herrenbrücke) und den Nord-Ostsee-Kanal sowie auf Strände und Ufer bei außergewöhnlichen und weiträumigen Verschmutzungen.

Die Kosten für Investitionen und Folgeleistungen teilen sich gemäß Verwaltungsabkommen wie folgt auf: Bund 50 Prozent, Niedersachsen 25 Prozent, Schleswig-Holstein 18 Prozent, Hamburg fünf Prozent und Bremen zwei Prozent.

Zur Vorbereitung von Ölbekämpfungsmaßnahmen und zur Bekämpfung haben die Partner des Verwaltungsabkommens unter anderem auch das Gremium „Ölunfallausschuß See/Küste – ÖSK“ eingerichtet. In den ÖSK hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie als Vertreter Otto Krause von der DFVLR entsandt.

33 Millionen Mark Fördermittel des Bundes

Seit 1978 fördert der Bundesminister für Forschung und Technologie im Rahmen

des Programms „Umweltforschung und Technologie“ Forschungs- und Entwicklungsarbeiten mit dem Ziel, die bei Tanker- und Offshore-Unfällen auftretenden großen Ölmengen wirkungsvoll zu bekämpfen. Das Ziel ist, eine effiziente Ölbekämpfung auch unter ungünstigen Einsatzbedingungen zu erreichen.

33 Millionen Mark hat der Bund als Fördermittel für Ölbekämpfungsmaßnahmen – Forschungs- und Entwicklungsarbeiten – innerhalb des Zeitraums von 1980 bis 1983 zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden in die Projekte gesteckt, die nach einer exakten Prüfung der Einsatz- und Wirkungsmöglichkeiten für förderungswürdig erklärt werden. Die administrative und fachliche Abwicklung der Förder- und Entwicklungsarbeiten erfolgt über die DFVLR, Bereich Umweltschutztechnik, als Projektträger. Derzeit werden 27 Einzelvorhaben mit den Fördermitteln des Bundes unterstützt.

Vom Ideenwettbewerb bis zum Zuwendungsvertrag

Die Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen werden zeitlich in drei Phasen

abgewickelt: Zunächst erfolgt eine Programmvorklärung durch Studien. Damit hat die DFVLR 1979 begonnen. Zweitens wird die technische Durchführbarkeit der Verfahren in Laborexperimenten untersucht (seit 1980), und last not least laufen Bau und Erprobung von Prototypen, wobei – so erklärt Diplom-Ingenieur Krause – „die Kompatibilität der Neuentwicklungen mit dem Systemkonzept des ÖSK sicherzustellen ist“.

Im Hinblick auf Ölbekämpfung werden also zunächst von der DFVLR die Voraussetzungen festgelegt, die die autonomen Systeme wie Schiffe und Einzelgeräte erfüllen müssen. So sollen die derzeit größten Probleme – wie der Einsatz der Bekämpfungsmaßnahmen bei größeren Wellenhöhen und bei speziellen Gegebenheiten des deutschen Wattenmeeres – in Griff bekommen werden.

Die Aufstellung der notwendigen Kriterien liegt vor; es folgt ein sogenannter „Ideenwettbewerb“. Firmen und sogar Privatpersonen melden ihre Entwicklungen für eine Ölbekämpfung bei der DFVLR. Otto Krause, namentlich beauftragt vom Bundesminister für Forschung und Technologie zur „Wahrnehmung von Umwelttechnik und

Projektträger Forschung und Entwicklung Ölbekämpfung“, sichtet die Vorschläge. Er nimmt Kontakt auf zu den Einsendern, unterstützt, berät und korrigiert die Vorschläge. „Von hundert Ideen fallen rund 90 schon im Vorfeld wegen einer nicht machbaren Durchführbarkeit weg“ – so Otto Krause gegenüber dem Zivilschutz-Magazin.

Nun werden die Ideen einem Gutachterausschuß der DFVLR vorgelegt, der die Vorschläge prüft. Dieser Ausschuß besteht aus Forschern, Praktikern und aus Vertretern der Schiffsbauversuchsanstalt. Krause selbst, der an der Technischen Hochschule Aachen Maschinenbau und Verfahrenstechnik studiert hat, gibt anschließend eine fachtechnische Stellungnahme des Gutachterausschusses zu den Vorschlägen an den Bundesminister für Forschung und Technologie.

Meist, so hat die bisherige Erfahrung gezeigt, schließt sich dieser den Empfehlungen Krauses an, und es kommt zu einem Zuwendungsvertrag zwischen dem Ministerium und der Firma bzw. dem Erfinder. „Wir wollen den Firmen das technische Risiko nehmen, das marktwirtschaftliche Risiko ist dann ihr Problem“ – so erklärt



Bild links: So sah es aus im Juni 1978: Der Bug des zerbrochenen Supertankers „Amoco Cadiz“ ragt steil aus dem Meer. 220000 Tonnen Rohöl schwappten gegen die Nordküste der Bretagne. Bild rechts: Bei dieser Ölkatastrophe auf stürmischer See waren bekannte Hilfsmittel unbrauchbar. Zahlreiche Helfer versuchten, die bretonische Küste vom schmierigen Ölfilm zu säubern. (Fotos: Weidner)

Krause die Förderungswilligkeit des Bundes. „In vier bis fünf Jahren wollen wir die Dinge so betrieben haben, daß die Industrie alleine weiterarbeiten kann.“ Das ist das Ziel, um auch langfristig eine gesicherte Ölbekämpfung zu erreichen.

Blick in den transportablen Maschinencontainer, der fertig vorbereitet ist zum Schäumen. Innerhalb einer Minute kann die Maschine fünf Meter Schaumbarrieren produzieren.

Eingrenzen, entfernen und entsorgen

Neben der zeitlichen Abwicklung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in drei Phasen wird auch folgende inhaltliche Strukturierung vorgenommen: So sollen die zu entwickelnden Maßnahmen Ölverunreinigungen eingrenzen, entfernen und entsorgen bzw. aufarbeiten. In einer vorhergegangenen Studie wurde von der DFVLR ermittelt, daß durch industrielle Aktivitäten im Meer die Gefahr wächst, daß durch Unfälle, Eingriffe und Störungen ökologische Schäden auftreten können. Industrielle Aktivitäten in Nord- und Ostsee wurden auf Schwachstellen untersucht, so zum Beispiel die Offshore-Technik wie mobile Bohrplattformen, Förderplattformen, Zwischenlagertanks, Pipelines, Pumpstationen und der Bereich Schifffahrt bzw. der allgemeine Seeverkehr, Tankschiffe Öl und andere. Die Ölfunfallbekämpfung wurde als übergreifendes Untersuchungsgebiet mit einbezogen.

27 Projekte werden vom Bund gefördert

„Bislang war wenig getan worden“, sagt Otto Krause im Hinblick auf die Ölbekämpfung. Die bängigen Fragen danach wurden nach der Katastrophe der „Amoco Cadiz“ laut. Mittlerweile aber wurde und wird einiges getan, um den Kampf gegen Ölverschmutzungen aufzunehmen. 27 Einzelvorhaben werden vom Bund derzeit gefördert; weitere kommen nach Auskunft der DFVLR hinzu.

Um welche Vorhaben handelt es sich im einzelnen? Zahlreiche Vorschläge gehen dahin, Öl mit Schaumbarrieren aufzuhalten. Es gibt Ölabschöpfungs-systeme, Absauganlagen, Ölsaugteppiche und vieles mehr. An dieser Stelle seien nur einige der vielen Ideen vorgestellt.

Eine Krefelder Firma entwickelte zum Beispiel eine Barriere aus einem Weichschaum zum Schutz gegen auslaufendes Rohöl bei Tanker-Havarien, zum Schutz von Häfen, Stränden, Aquakulturen. Eine transportable Schaummaschine ist in der Lage, fünf Meter Schaumbarriere innerhalb einer Minute zu produzieren.

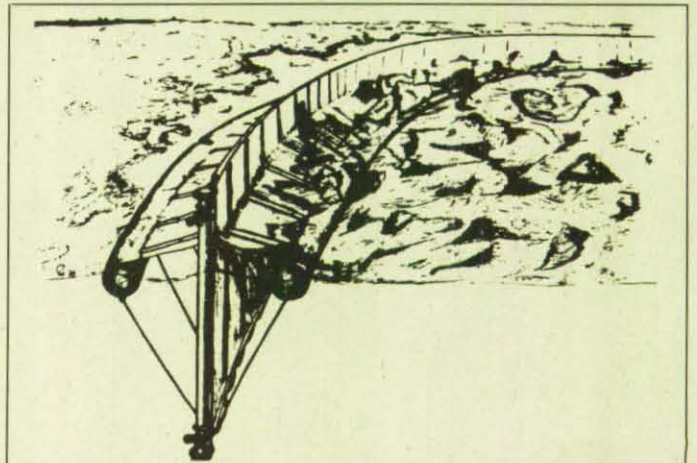
Dafür wird ein Container mit zwei liegenden, zigarrenförmigen Tanks aus Stahl für die Herstellung von etwa 350 m Barriere

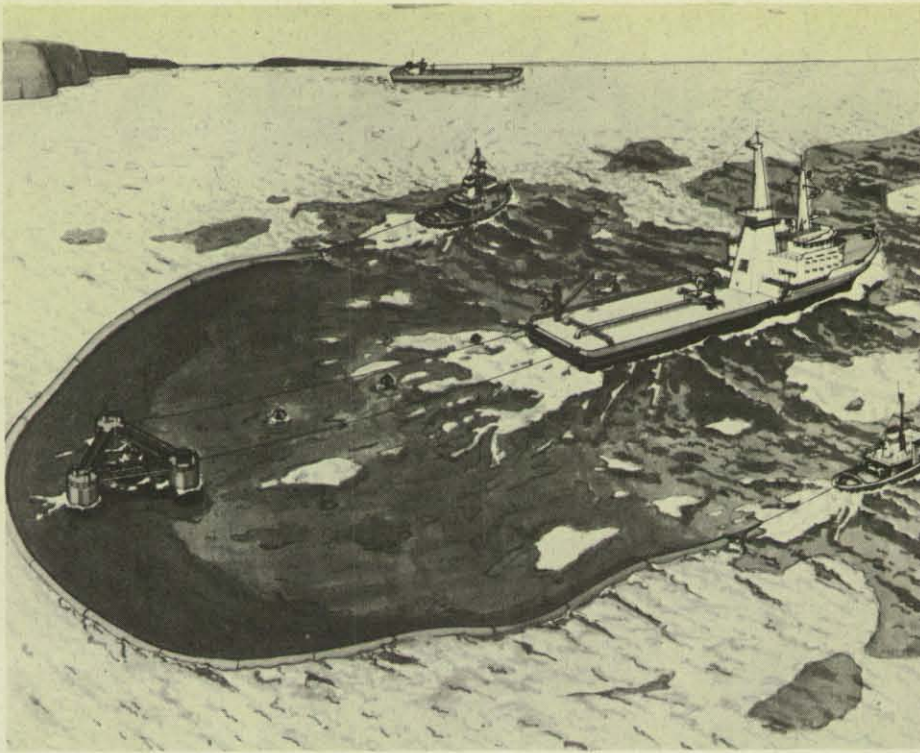


Die Schaumbarriere wurde bereits auf der Nordsee erprobt.
(Fotos: Aquaphysik)



Eine Skizze der auf-trommelbaren hoch-seegängigen Ölsperre.
(Foto: de la Motte)





Der Prototyp eines Offshore-Ölabsauggerätes, das den Ölteppich aufsaugt, den die von zwei Schleppern gezogene Ölsperre staut. (Skizze: Krupp)

ausgerüstet. Die Nachrüstung auf rund 1000 m Barriere ist möglich.

Zwei drucklose Behälter zur Aufnahme der Katalysatoren wurden ebenfalls eingebaut. Der Container ist ferner ausgerüstet mit Beleuchtung und Heizung.

Der Chemikaliencontainer wird mit dem Maschinencontainer durch Wellschläuche und durch eine elektrische Leitung verbunden. Durch Auswechseln des Chemikaliencontainers kann eine Barriere beliebig lang erzeugt werden.

Eine auftrommelbare Ölsperre

Ein Ingenieurbüro für Wasserbau und Meerestechnik konstruierte, baute und erprobte eine hochseegängige Ölsperre, die auftrommelbar ist und von Bord eines Ölunfall-Bekämpfungsschiffes ausgebracht werden soll, um eine weitere Ausbreitung ausgetretenen Öls aus einem Tanker oder einer Bohrplattform auf dem Wasser zu verhindern. Dabei soll insbesondere die Ölsperre ihre Funktion auch noch bei höheren Strömungsgeschwindigkeiten erfüllen, so daß



„THOR“ – das Doppelrumpf-Fahrzeug findet viel Interesse. Es wird ebenfalls für die Entfernung von Ölschmutzungen eingesetzt. (Foto: Lühring)

das Öl nicht unter der Sperre hindurchfließt. Besondere Anforderungen wurden an eine hohe Zugfestigkeit gestellt, um die Wind-, Wellen- und Strömungskräfte schadlos aufnehmen zu können.

Die Sperre soll zügig und einfach ausgebracht werden können, und es sollen mindestens 200 m auf eine Trommel aufgetrommelt werden. Je 200 m sollen in einem Container Platz finden. Die 200-m-Teilstücke sollen einfach zusammenkuppelbar sein, so daß größere Längen hergestellt werden können. Das Maximalgewicht eines Containers inklusive Trommel, Sperre und Ballastkette soll vier Tonnen nicht überschreiten.

Das Doppelrumpf-Schiff „THOR“

Für die Entfernung von Ölverschmutzungen arbeitete eine Schiffswerft aus Brake (Unterweser) ein wohl einmaliges Fahrzeug aus: ein Doppelrumpf-Fahrzeug, das in seiner Mittelachse längsschiffs teilbar ist. Am Heck sind beide Rumpfhälften mit einem Gelenk verbunden. Werden diese auseinandergefahren, so entsteht ein offenes Dreieck mit einem Öffnungswinkel von ca. 65 Grad und einer Auffangbreite von etwa 31 Metern. Zwischen den „Schenkeln“ des Schiffs wird das Öl zusammengeschoben und im hinteren Teil des Schiffes abgesaugt.

Die Leistung des Schiffes hängt ab von der Schichtdicke des Öls. Bei einer Ölschichtdicke von zwei mm und einer Schiffsgeschwindigkeit von etwa einem Knoten sammeln sich zwischen den Rumpfhälften rund 100 m³ in einer Stunde, die fortlaufend in die schiffseigenen Tanks abgepumpt werden können. Der mit dem Öl gemeinsam aufgesaugte Wasseranteil wird in besonderen Abscheideeinrichtungen vom Öl getrennt und danach über Bord gepumpt. Sperriges Treibgut kann von der Wasseroberfläche mit dem hydraulischen Kran entfernt werden, der mit einem Greifer ausgerüstet werden kann.

Die Wasseroberfläche zwischen den Rumpfhälften bleibt bei Fahrt in Richtung der Wellenbewegung ruhig und glatt auch bei einer kennzeichnenden Wellenhöhe von 1,25 m.

Am Heck ist jede Rumpfhälfte mit einem Ruderpolster versehen, so daß das Schiff in geschlossenem Zustand ein Doppelschraubenschiff ist. In den Vorschiffen befindet sich je ein Kegeljet, mit dem die Rumpfhälften auseinander- und wieder zusammengefahren werden können. Durch diese vier unabhängigen Antriebe ist in offenem und geschlossenem Zustand eine gute Manövrierfähigkeit gewährleistet.

Bekannt wurde dieses Fahrzeug bereits unter dem Namen „THOR“. „THOR“ erregte weltweites Interesse, weiß Otto Krause über die Konstruktion des Doppelrumpfschiffes zu berichten, das vom Bund mit einem Anteil von 90 Prozent gefördert wurde.

Ölverschmutzungen werden abgesaugt

Eine Duisburger Schiffswerft entwarf, baute und erprobte einen Prototyp zum Absaugen von Ölverschmutzungen. Das Offshore-Gerät basiert auf der Konstruktion eines kleineren Ölabsauggerätes, das sich bereits bewährt hat. Bei diesem für den sogenannten Glattwasserbereich verwendeten Binnentyp mit einer Ölabsaugleistung von acht Tonnen pro Stunde wird der nach oben offene Brunnen von drei Schwimmern getragen. Eine Kreiselpumpe saugt am Brunnenboden Wasser ab, und der Wasserspiegel im Brunnen sinkt. Der auf dem Brunnenrand lose aufsitzende Überlauftring senkt sich ebenfalls, so daß Öl und Wasser über den Ring in den Brunnen fließen. Es herrscht Gleichgewicht zwischen abgepumptem Wasser und zufließendem Öl/Wasser-Gemisch. Eine Ölpumpe saugt das sich auf dem Wasserspiegel sammelnde Öl ab. Sie arbeitet nur bei ausreichender Ölmenge, während die Wasserpumpe im Dauerbetrieb ist. Die durch diese Anordnung geschaffene Strömung bewirkt, daß sich das auf dem Wasser befindliche Öl zwangsweise im Brunnen sammelt. Damit werden auch dünne Ölfilme wirksam von der Wasseroberfläche entfernt.

Nach den vom BMFT vorgegebenen Eckdaten muß das Offshore-Gerät eine Ölabsaugleistung von mindestens 300 Tonnen je Stunde haben und noch bei Windstärke 5 sowie einer Wellenhöhe von 2 bis 3 m einwandfrei arbeiten. Da es zusammen mit einer Ölsperre eingesetzt wird, die verhindert, daß der Ölfilm sich auf dem Wasser ausbreitet, geht man von einer Ölfilmstärke von 25 mm aus. Bei einer mittleren Überlaufhöhe von 60 mm und einem Brunnen Durchmesser von 6000 mm ergibt sich eine Ölabsaugleistung von ca. 640 Tonnen pro Stunde. Sie ist etwa doppelt so hoch als die geforderte Leistung, weil im Wellengang das Gerät nur etwa 50% Ölanteil aufsaugen kann. Die Wasserabsaugleistung wird etwa 800 Tonnen pro Stunde betragen, die gesamte Antriebsleistung 370 kW, der Tiefgang 2,5 m. Damit das Gerät uneingeschränkt im Offshore-Gebiet operieren kann, wird es eine autarke Energieversorgung über Dieselmotoren haben.

Das in Dreieckform ausgeführte Offshore-Gerät mit ca. 18,8 m Schenkellänge und ca.

91,5t Gesamtgewicht wird im näheren Küstenbereich (bis 50 km) zum Unfallort von einem Küstenmotorschiff, Tonnenleger oder Bergungsschiff geschleppt und saugt dort, an zwei Tragschwimmern gezogen, den Ölfilm ab. Bei dünnem Ölfilm wendet man das „Troikaverfahren“ an: Eine von zwei Schleppern gezogene Ölsperre staut den Ölteppich auf. Das abgepumpte Öl fließt durch einen Schlauch zu einem mitfahrenden Tankschiff. Sämtliche Funktionen des Gerätes werden vom Schleppschiff aus gesteuert, geregelt und überwacht.

Weitere Entwicklungen, die mit Hilfe von ölabsorbierenden Schaumstoffen arbeiten, Ölsaugteppiche, die das Öl in Rillen aufnehmen und absaugen können, werden ebenfalls vom Bund gefördert. Auch eine Vorrichtung, die dem Zweck dient, zwei bis drei Meter hohe Wellen so zu dämpfen, daß ein Ölaufnahmeschiff auch bei ungünstigen Wellenfrequenzen auf See, an der Küste und im Wattenmeer eingesetzt werden kann, wurde von einer Werft aus Kressbronn entwickelt und erprobt.

„Internationale Vereinbarungen treffen“

Es hat sich also schon vieles getan auf dem Bereich der Ölbekämpfung. Dennoch, so meint Otto Krause, müsse man präventiv arbeiten: „Internationale Vereinbarungen müssen getroffen werden, eingehalten und geprüft werden“, damit es erst gar nicht zu den häufigen Ölunfällen kommt. Krause denkt dabei an Vorschriften für Schiffskonstruktionen, an zusätzliche Ruderanlagen und ähnliches.

Auch eine Luftüberwachung ist derzeit in der Diskussion. Doch die soll nicht nur unter dem Aspekt ins Auge gefaßt werden, daß Ölverschmutzungen fotografisch festgehalten werden – so praktizieren es zur Zeit die Niederländer –, sondern um Ölverschmutzungen per Sensoren auch bei Nacht und Nebel rechtzeitig erkennen zu können.

Im Zusammenhang mit der Überwachung der Nordsee leistet auch der Bundesgrenzschutz (BGS) einen wichtigen Beitrag im Rahmen des „Sicherheitskonzepts Nordsee“, das vom Bundesminister für Verkehr gemeinsam mit dem Bundesinnenminister und dem Bundesfinanzminister erarbeitet wurde. Der BGS überwacht per Hubschrauber und Schiff den Bereich des Küstenmeeres (Drei-Seemeilen-Zone) und die „Hohe See“.

Es soll also alles getan werden, um eine Katastrophe, wie sie die „Amoco Cadiz“ brachte, an den Küsten der Bundesrepublik unmöglich zu machen.

Das Zivilverteidigungsprogramm der UdSSR

Es wird geschätzt, daß die UdSSR für rund die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung das Schutzraumproblem gelöst hat

In einem sehr informativen Beitrag im „Journal of Civil Defense“, dem Organ der TACDA (The American Civil Defense Association, einem privaten Zusammenschluß von Bürgern, die sich zur Aufgabe gemacht haben, Öffentlichkeitsarbeit für die zivile Verteidigung zu leisten), beschreibt der russische Emigrant Robert Kirshensteyn die Struktur der Zivilverteidigung in der Sowjetunion. Kirshensteyn referiert vor allem die strengen Bestimmungen, die für den Schutzraumbau im Bereich der Industrie gelten. Zugleich fordert der Autor die USA auf, die Notwendigkeit des Zivilschutzes im eigenen Land anzuerkennen.

Den auf diesem Hintergrund geschriebenen Artikel haben wir für die Leser des „Zivilschutz-Magazins“ sinngemäß übersetzt, weil wir glauben, daß die Ausführungen – wenn man auch nicht in allen Schlußfolgerungen dem nun in den USA lebenden Emigranten folgen will – einen tiefen Einblick in das Zivilverteidigungsprogramm der UdSSR geben, das sonst meist nur in vagen Umrissen bekannt ist.

1.

Alle Städte und Zentren der Sowjetunion sind entsprechend des Ausmaßes eines zu erwartenden Schlags in drei Gefahrenkategorien eingeteilt. Ergänzend ist der mögliche Angriff selbst ebenfalls eingeteilt in einen

- a) mit der Folge der Verstrahlung und
- b) einen mit der Folge der Druckwelle und der Verstrahlung.

Im allgemeinen sind die industriellen Einrichtungen einer Stadt der Gefahrenkategorie zugeordnet, in der auch die jeweilige Stadt liegt. Dennoch gibt es Einrichtungen, die nicht der Kategorie der jeweiligen Stadt entsprechen. Das hängt von der Bedeutung der Werksanlage für das Verteidigungspotential ab. Man könnte daher schließen – natürlich nur als Spekulation –, daß Daten über die Stärke von Bomben, bezogen auf ein gegebenes Ziel, resultieren aus Spionageaktivitäten des Aufklärungs-

dienstes der Sowjet-Armee und des Geheimdienstes. Solche Daten laufen zusammen in einer speziellen Abteilung des UdSSR-Gosplan (Planungseinrichtung der Verwaltung). Von dort aus werden die Daten weitergegeben an die zuständigen Ministerien, an die Hauptquartiere der Zivilverteidigung in der UdSSR und zuletzt an alle Befehlszentren der Zivilverteidigung in den Städten, Provinzen und Ländern.

So wird der „Zweiten Abteilung“ der Ministerien in Moskau, Leningrad, Kiew oder Poltava vorgeschrieben, Schutz-Standardtypen vorzusehen, die sowohl gegen die Druckwelle als auch gegen Verstrahlung schützen. Aber an der chinesischen Grenze, in der Stadt Gorno-Altai, sollen nur Schutzmöglichkeiten gegen eine Verstrahlung geschaffen werden.

2.

Eine „Zweite Abteilung“ hat jedes Ministerium in der Sowjetunion. Diese „Zweite Abteilung“ ist wiederum unterteilt in zwei Unter-Abteilungen:

- a) für die Umstellung von industrieller auf Verteidigungsproduktion und
- b) für die Zivilverteidigung.

Die Unterabteilung „Zivilverteidigung“ regelt alles, was mit dem Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen feindliche Angriffe zu tun hat. Diese Abteilung hat folgende Aufgabengebiete:

- Die Herausgabe verbindlicher Empfehlungen für alle planenden Organisationen in Übereinstimmung mit den entsprechenden Gefahrenkategorien der Werke oder Städte
- Kontrolle und Genehmigung der technischen Pläne für die Schutzraumtypen
- Die Einbeziehung solcher Schutzbaupläne in die Entwürfe der Organisationen, die die Projekte planen und konstruieren
- Die Beteiligung der leitenden Bewilligungs-Kommission für die Gebrauchsgenehmigung der Schutzbauten
- Die ständige Überwachung und Kontrolle der tatsächlichen Gebrauchsfähigkeit der Schutzräume im Kriegsfall.

3.

Seit 1970 intensivierte der Zivile Verteidigungsstab seine Arbeit mit den zahlreichen Stäben der Städte, Regionen und Länder.

In der gleichen Zeit wurden den Stäben der Zivilen Verteidigung technisch ausgebildete Spezialisten zugewiesen, die vertraut sind mit dem Standard von Schutzbauplänen, deren Anpassung an jeweilige örtliche Gegebenheiten und deren Konstruktionen.

Die ZV-Stäbe sind unter anderem verantwortlich für: die Genehmigung der genauen technischen Angaben für die Schutzbaupläne, Genehmigung der Schutzraumbauten und Teilnahme an der Arbeit der Regierungskommission, die die Inbetriebnahme der Schutzräume genehmigt.

4.

In der UdSSR gibt es einen geheimen Katalog mit Plänen für Schutzräume, die eine Kapazität von rund 150 bis 2000 Personen haben. Jeder Schutzraumtyp ist dargestellt mit Fotokopien, die die Elemente zeigen, auch Charakteristisches und Hinweise auf die Kategorie, genaue Angaben des erforderlichen Materials, wo es zu erhalten ist sowie die gesamte Aufrechnung der geschätzten Kosten.

Es gibt zwei Arten von Schutzräumen: der freistehende und der eingebaute Schutzraum.

Gemäß den Gesetzen können freistehende Schutzräume nur innerhalb des Geländes der Industrieanlagen gebaut werden. Die überirdischen Teile der Schutzräume sind im allgemeinen getarnt unter Warenhäuser, Werkstätten, Garagen, Klassenräumen usw.

Eingebaute Schutzräume liegen gewöhnlich unter Verwaltungs-, Amts- und Lagergebäuden, weniger unter industriellen Produktionsanlagen.

In den letzten Jahren wurden in den Schutzräumen separate Räume vorgesehen, von denen aus die Verbindungen zu verschiedenen Betrieben gehalten werden können. Sollte nun der Direktor von einem,

zwei oder drei Betrieben sterben, so könnte ein Direktor, der noch lebt, die Gruppe der Betriebe weiterführen. In diesem Zusammenhang verfolgt man mit den Schutzräumen zwei Absichten: Leben zu retten und die industrielle Produktion am Standort weiterzuführen.

5.

Vermutlich läuft das ganze Verfahren wie folgt ab: Der UdSSR-Gosplan erhält Daten und Einzelheiten über amerikanische Kriegspläne. Aufgrund dieser Angaben teilt der Gosplan Städte und industrielle Ziele ein und informiert die Ministerien und den ZV-Stab der UdSSR. Die Planungsorganisationen erhalten diese Information von ihren Ministerien. Die entsprechenden Fabriken erfahren die Schutzkategorie ihrer Anlage oder ihrer Stadt, wenn sie die technischen Einzelheiten, die sie für ihren Schutzraum brauchen, planen.

6.

Die Hauptforderung ist, die Arbeiter zu schützen, die die Tagesarbeitsschicht (die größte Schicht) haben, minus 5 bis 10 Prozent, nämlich die, die sofort in die aktive Pflicht in die Armee gerufen werden. Die Arbeiter der zweiten Schicht und die Familienangehörigen beider Schichten werden nicht in die Berechnungen für den Schutzraum aufgenommen. Deshalb kann man schätzen, daß die Sowjetunion zur Zeit das Schutzraumproblem für rund die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung gelöst hat.

Hinzuzufügen ist, daß die U-Bahnen in den Städten Moskau, Leningrad, Kiew, Charkow, Tiflis, Baku, Taschkent, Minsk, Gorki, Novosibirsk, Kuybichev und Sverdlovsk als Schutzräume für viele Millionen Menschen dienen. Sie sind mit diesem Hintergedanken geplant und gebaut worden. Hermetisch verschließbare Türen sind in vielen Untergrundstationen und -gängen sichtbar.

In Wohngebieten sind Schutzräume nicht systematisch gebaut worden. Deren Konstruktion erfordert eine spezielle Entscheidung.

7.

Da sie die Unvermeidlichkeit der Vergeltungsmaßnahmen erkannt hat, hat die Sowjetunion angefangen, sogenannte „Spiegel-Fabriken“ zu bauen. Völlig gleiche Bauten wurden für die Ministerien 40 bis 50 Kilometer von Moskau entfernt gebaut; vollkommen ausgestattet für den Arbeitsbetrieb, mit Schutzräumen und Gruppen von Wohngebäuden. So hat zum Beispiel

das Gebäude für Licht-, Lebensmittel- und Einrichtungs-Industrie solch einen Komplex, der „Kiefernwäldchen“ genannt wird.

8.

Im Laufe der Jahre 1974 bis 1976 wurden zwei oder drei Versuche gestartet, eine Evakuierung aller Mitarbeiter der Werke Moskaus über die Stadtgrenze hinaus zu üben. Anweisungen wurden an die Firmenleitungen verteilt, die die Ziele und den zu befolgenden Weg aufzeigten, und die auch die etwaige Zeit der Durchführung nannten. Und jedesmal wurden diese Übungen abgesagt, weil die Produktion es unmöglich machte, die Übung zu organisieren.

9.

Jede Abweichung vom Standard des Schutzraumplans – betreffend Anpassung oder Konstruktion – muß von einem ZV-Stab gebilligt werden; doch stimmt er meist ausnahmslos keiner Abweichung zu.

Ist es so, daß ein Werk zwar gebaut, aber der Schutzraum noch nicht fertig ist, dann ist es nicht erlaubt, das Werk in Betrieb zu nehmen. Diese Tatsache ist eine weitere Bestätigung dafür, welche wachsende Bedeutung das ZV-Programm in den jüngsten Jahren bekommen hat.

10.

Alle sowjetischen Einrichtungen, Klubs, Kulturstätten, Büchereien usw. sind vollgestopft mit Postern, Zeichnungen, Schaubildern, Broschüren und Büchern über ZV-Probleme. Alle sind farbig illustriert und auch so geschrieben, daß sie für den Laien verständlich sind.

Jedes Jahr geben alle Werke Unterricht in der Zivilverteidigung; und für die, die zum Militärdienst einberufen werden, sind Anweisungen zur ZV Bestandteile der militärischen Ausbildung.

11.

Jeder Handel mit der Sowjetunion hilft ihr, den Krieg vorzubereiten. So bezahlte zum Beispiel die britische Firma Wilkinson Sword den Sowjets zwei komplette Ausstattungen für zwei Werksanlagen, in denen eine Billion Rasierklingen in Moskau und Leningrad hergestellt werden.

Aus dem Verkauf von Rasierklingen, die mit englischer Ausrüstung, mit englischer Technologie hergestellt werden, die installiert wurde von englischen Maschinisten, Technikern und Arbeitern, entstand ein Gewinn, der es der Sowjetunion erlaubt,

zwei Schutzräume in diesen Werksanlagen in Moskau und Leningrad zu bauen und zu bezahlen.

Auf diese Weise hilft die britische Firma der Sowjetunion, sich für einen Krieg vorzubereiten. Wir sollten unsere Augen nicht vor dieser Tatsache verschließen. In gleicher Weise verhilft jeder Handel zwischen dem Westen und der Sowjetunion heute der Letzteren in ihren Bemühungen, morgen den Westen zu zerstören.

Amerika hat kein wirkungsvolles ZV-Programm. Zur gleichen Zeit aber hat die UdSSR ein effektives ZV-Programm für fast alle ihre Arbeiter für den Fall einer nuklearen Bombardierung.

Amerika muß sich selbst schützen!

Zitat „Die Katastrophe“

Wie bald und wie vollständig auch immer es schließlich doch noch gelingen mag, der Ölpest im Persisch-Arabischen Golf Herr zu werden, zu wirklichem Aufatmen wird auch dann kein Grund sein. Es bleibt der verstörende Eindruck des Tempounterschieds zwischen der Ausbreitung des Öls und dem Vorankommen der Bemühungen, für die technische Rettungsaktion die politischen Voraussetzungen zu schaffen. Und es besteht die Vermutung, daß es in einem anderen Fall anderswo ähnlich sein würde. Die Motive und Befürchtungen, die es den Kriegsgegnern Iran und Irak so schwer machen, zu einem zeitweiligen Einvernehmen in dieser Sache zu kommen, mindern die Verstörung nicht; denn dies ist eine Situation, in der allein zählt, ob rechtzeitig etwas getan wird. Verstören aber muß vor allem, daß unter den Bedingungen der Zivilisation bereits konventionelle Kriegshandlungen von begrenztem Ausmaß über die unmittelbare Intention hinauswachsende katastrophale Folgen haben können, und daß die Verfügungsberechtigten über Kriegsgerät dies wirklich zu begreifen Mühe haben.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

THW unterstützte VDK bei der Pflege eines Soldatenfriedhofes

Mit Fahrzeugen und Gerät nach Bordj-Cedria

90 Helfer errichteten 1450 Meter Stahlmattenzaun

Im Rahmen ihrer humanitären Zielsetzung unterstützte die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk im Sommer den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK) bei der Pflege eines deutschen Soldatenfriedhofes in Tunesien. Auf diesem Friedhof, 20 Kilometer von Tunis entfernt, haben 8562 Soldaten des Zweiten Weltkrieges ihre letzte Ruhestätte gefunden.

90 THW-Helfer waren im Einsatz

Insgesamt 90 THW-Helfer aus vier Landesverbänden kamen in drei Arbeitsabschnitten zum Einsatz. Die gesamten Kosten der Maßnahme trug der VDK, allerdings opfernten die Helfer für ihre Einsatzzeit von je zweieinhalb Wochen einen Teil ihres Jahresurlaubes.

Hauptarbeitsziel war die Errichtung eines Stahlmattenzaunes von insgesamt rund 1450 Metern Länge, mit etlichen Schiebewalzen, Schwing- und Personentoren, zur Einfriedung des Friedhofs. Außerdem sollten u. a. die Anlage eines Weges, der Aushub von Pflanzlöchern und Bewässerungsgräben sowie Installationsarbeiten in bestehenden Gebäuden vorgenommen werden.

Zur Vorbereitung des Einsatzes flogen Einsatzleiter Kurt Friedrichsen und sein Stellvertreter Klaus Patzke vom THW-Landesverband Schleswig-Holstein nach Tunesien, wo sie von Herrn von Lünen, dem dortigen Vertreter des VDK, mit den Gegebenheiten und den Aufgaben vertraut gemacht wurden. Herr von Lünen hat während der gesamten Einsatzzeit des THW den Fortgang der Arbeiten beaufsichtigt und in einigen Fällen auch bei Problemen mit tunesischen Stellen vermittelt.

Das Ziel hieß Bordj-Cedria

Die Unterbringung der Helfer erfolgte in THW-eigenen Mannschaftszelten, die im Friedhofsgelände aufgebaut wurden. Die Mannschaft des ersten Abschnittes hatte einen Küchenanhänger mitgebracht und für einen ausreichenden Vorrat an haltbaren Lebensmitteln für den gesamten Zeitraum gesorgt. Um die Einsatztage optimal auszunutzen, beschloß der VDK, die Helfer per Flugzeug an- und abreisen zu lassen.

Ein Stahlmattenzaun sollte von den insgesamt 90 THW-Helfern um den Soldatenfriedhof in Bordj-Cedria gebaut werden.



Lediglich die Mannschaften des ersten und dritten Abschnitts benutzten für den Hin- bzw. den Rückweg THW-Fahrzeuge und die Fähre Marseille-Tunis.

Die Mannschaft aus Schleswig-Holstein machte sich mit sechs Fahrzeugen (zwei VW-Kombi, zwei Truppenfahrzeuge des Instandsetzungsdienstes, ein Kipper mit Kompressor-Anhänger) von Schleswig aus auf die lange Fahrt in Richtung Süden. Ihre Aufgabe war es zunächst, das gesamte Material auf dem Land- bzw. Seeweg zum Einsatzort zu schaffen und dort das Lager zu errichten. Über die deutsch-französische Grenze ging es nach Marseille, von wo aus die Fähre nach Tunis geht. Diese Fahrt dauerte 24 Stunden. Nach sechseinhalbstündiger Wartezeit im tunesischen Zollgebiet konnte die Kolonne endlich ihr Ziel in Bordj-Cedria ansteuern.

Durch den harten Boden gestaltete sich die Arbeit sehr schwierig. Doch schon bald standen die ersten Meter Zaun.



Preßlufthämmer für den harten Boden

Dann begann die Arbeit auf dem Gelände des deutschen Soldatenfriedhofs. Nach Einteilung in Gruppen wurden die Arbeiten an vier Einsatzstellen zugleich aufgenommen. Sehr schnell zeigte sich, daß die Löcher für die Zaunpfähle nur durch Einsatz der mitgeführten Preßlufthämmer ausgehoben werden konnten, da der Boden außerordentlich hart war. Trotz der schwierigen Vorarbeiten wurden 579 Meter Zaun, sechs Tore und zwei Überführungen über einen Bewässerungskanal erstellt.

Aber auch die Freizeit kam bei aller Arbeit nicht zu kurz. Ausflüge nach Tunis, Hammamet und Sousse waren für alle Helfer ein Erlebnis. Viele positive Eindrücke von Land und Leuten nahmen die Helfer mit nach

Deutschland zurück. Der Rücktransport der ersten Einsatzgruppe erfolgte von Tunis aus mit dem Flugzeug bis Frankfurt. Von dort ging es per Bus weiter nach Schleswig-Holstein.

Die zweite Gruppe baute 641 Meter Zaun

Die Einsatzgruppe Tunesien II bestand aus Helfern des THW-Landesverbandes Saarland. Nachdem die Gruppe aus Schleswig-Holstein 579 Meter Zaunanlage vorgegeben hatte, stand für die Saarländer fest, daß diese Zahl überboten werden mußte. Man war sich darüber im klaren, was das hieß, da die erste Gruppe ihren Zaun ausschließlich im ebenen Gelände errichten konnte, während nun an extrem steilen Hängen gearbeitet werden mußte. Mühsam mußten Zaunelemente, Pfosten, Preßluftschlämmer und Beton den Berg hinauf geschafft werden.

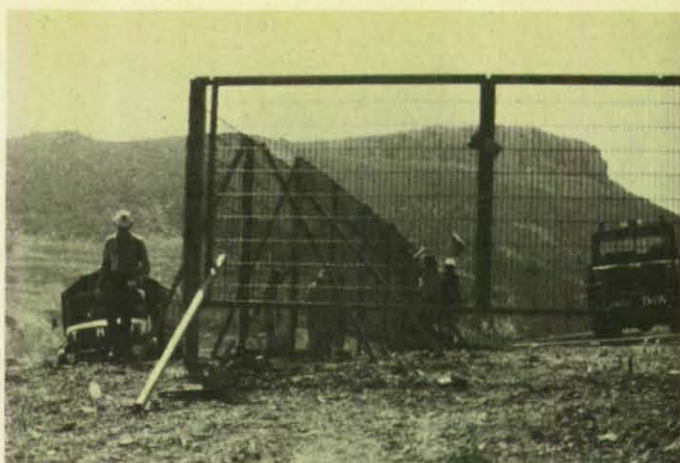


Auch steile Berge hinauf mußten sich die Helfer arbeiten.

Besonders schwierig war es, den Kompressor, ohne den die Pfostenfundamente nicht hätten ausgehoben werden können, möglichst nahe an die Zaunanlage heranzufahren. Oft mußten die erforderlichen Zufahrtswegen geebnet und Wurzeln sowie schwere Steine zur Seite geräumt werden. Auch das Heranschleppen von Wasser zum Feuchthalten der Betonfundamente war sehr anstrengend. Aber die Mühe hatte sich letztlich gelohnt, denn nach knapp vier Arbeitstagen war die höchste Stelle des Friedhofsgeländes erreicht und bereits 220 Meter Zaun fertiggestellt.

Die weitere Zaunanlage mußte in nicht mehr ganz so unwegsamem Gelände erstellt werden, aber Steine und Gestrüpp erschwerten die Arbeiten immer noch erheblich. Da die Mannschaft inzwischen immer besser aufeinander eingespielt war

Schließlich wurden Toreinfahrten und Türen angebracht.



und man auch gut mit der Hitze fertig wurde, konnte am Ende des Einsatzes die stolze Zahl von 641 Metern errichteter Zaunanlage verbucht werden.

Es gab auch unvorherzusehende Schwierigkeiten. Da mußten abgerissene Auspuffanlagen geschweißt, Pumpen und Kompressoren repariert und Zaunpfosten verlängert werden.

Das Land selbst blieb den Helfern nicht verschlossen. Das Meer und die Hauptstadt Tunis bildeten beliebte Ziele. Kulturinteressierte Helfer fuhren mehrmals zu den römischen Ausgrabungen nach Karthago. Unvergessen wird auch eine Fahrt zu einem großartigen Wasserbauprojekt im Innern des Landes bleiben, zu der ein deutscher Ingenieur eingeladen hatte. Der Besuch des tunesischen Landwirtschaftsministers und ein damit verbundenes Fest, die Einladung der Deutschen Botschaft sowie ein zünftiges Cous-Cous-Essen waren weitere Höhepunkte für die Helfer aus dem Saarland.

Abwasserkanal und Plattenweg angelegt

Als letzte der drei Einsatzgruppen kamen 20 Helfer des THW-Landesverbandes Baden-Württemberg und zehn Helfer aus Niedersachsen zum Einsatz. Zunächst wurden die restlichen 150 Meter Zaun er-

richtet und an etwa 120 Meter bereits stehendem Zaun notwendige Korrekturarbeiten vorgenommen. Nach der Erledigung dringend notwendiger Arbeiten an der Elektroanlage wurden eine Baumschule angelegt und eine 15 Meter lange abnehmbare Dachkonstruktion für die Hofeinfahrt zur Verwalterwohnung gebaut. Ein ca. 40 Meter langer Abwasserkanal sowie ein etwa hundert Meter langer Plattenweg gehörten ebenso zu den Arbeiten wie Reinigungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an den Brunnenschächten und Wasserreservoirs.

Auch bei dieser Gruppe kam neben der Arbeit die Freizeit nicht zu kurz: Unter anderem besichtigte man die Hauptstadt Tunis, den Kamelmarkt und die Stadt Karthago.

Aufgabe dieser dritten Gruppe war es auch, das Lager abzubauen und Fahrzeuge und Gerät nach Deutschland zurückzutransportieren. Vor der Abfahrt wurden die Fahrzeuge und Werkzeuge einer Reinigung und Inspektion unterzogen.

Herr von Lünen, der Vertreter des VDK, äußerte sich sehr zufrieden über die geleistete Arbeit. Der Einsatz war ein voller Erfolg. Die ausgezeichnete Vorbereitung durch die Einsatzleiter schon in der Heimat hatte wesentlich zum Gelingen beigetragen. Die Zusammenarbeit mit dem VDK wird voraussichtlich 1984 fortgesetzt.

Beim Einsatz kam die Freizeit nicht zu kurz. Hier besichtigten die Helfer eine Katastrophenschutzausstellung in Tunis.

(Fotos: Müller, Pfizmain [je 2], Pautzke)



Zwischen Nord- und Ostsee

Bad Bramstedt. Am 17. und 18. September 1983 führte die BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein zum ersten Male eine zweitägige Informationstagung mit dem Landesverband der Jungen Union (JU) in Bad Bramstedt durch. Als Schwerpunktthema kristallisierte sich der private Schutzraumbau heraus – für den BVS in Anbetracht des Durchschnittsalters der 30 Teilnehmer von 20 Jahren eine Überraschung.

Neben Referaten über die Aufgaben des BVS, über den Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten und über den Warn- und Katastrophenschutz und über Maßnahmen im Rahmen des Zivilschutzes fand ein Vortrag von Peter-Kurt Würzbach, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung, besondere Beachtung.

Würzbach bezeichnete die Schweiz und Schweden als gute Beispiele auf dem Sektor Zivilschutz. Militärische und zivile Verteidigung seien untrennbare Bestandteile der Gesamtverteidigung. In Teilbereichen „stehe“ diese Konzeption, einige Lücken seien jedoch noch zu füllen. Dazu zählen nach Meinung Würzbachs ein fehlendes Gesundheitsschutzgesetz sowie ein Nachholbedarf auf dem Gebiet des Schutzraumbaus.

Wie BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender betonte, würden sich die Informationsveranstaltungen des BVS häufig an „Multiplikatoren“ wenden, an Personenkreise, die in der Vereins- und Verbandsarbeit tätig seien, in der Hoffnung, daß diese wiederum andere auf die Informations- und Ausbildungsangebote des BVS aufmerksam machen.

Das Interesse in Bad Bramstedt war sehr groß, deshalb plant der BVS eine

Zu Gast beim BVS: Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung, Peter-Kurt Würzbach (Mitte), BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender (rechts) und Peter Schütt, Mitarbeiter der BVS-Landesstelle.

(Foto: Brodersen)



Bundeswohnungsbauminister Oskar Schneider (links) im Gespräch mit BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender. (Foto: Brodersen)

weitere Informationstagung mit der Jungen Union im nördlichen Bereich Schleswig-Holsteins.

Rendsburg/Neumünster. Auch in diesem Jahr war der 13. September dick im Terminkalender der BVS-Dienststelle Neumünster unterstrichen: An diesem Tag öffnete die NORLA/NORKOFA (Norddeutsche Landwirtschaftliche Fachausstellung und Norddeutsche Kommunale Fachausstellung) auf dem Rendsburger Messegelände ihre Pforten.

Der BVS-Stand durfte natürlich nicht fehlen. Viele Besucher ließen sich von den BVS-Mitarbeitern über die Ziele und Arbeit des Verbandes informieren. Prominentester Besucher war der schleswig-holsteinische Innenminister Karl-Eduard Claussen. In einem ausführlichen Gespräch mit BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender zeigte Claussen besonderes Interesse an der Arbeit des BVS.

In Neumünster stand bereits zehn Tage später der „Norddeutsche Baumarkt“ als Termin für den BVS fest. Hier waren es überwiegend Planer, Bauherren und Architekten, die das Gespräch mit den BVS-Mitarbeitern suchten. In Mittelpunkt stand das Thema „Schutzraumbau“. Prominenz auch hier: Neben Claussen besuchten Bundeswohnungsbauminister Oskar Schneider und sein dänischer Amtskollege, der Königlich Dänische Minister für Wohnungsbau, Nils Bollmann, den BVS-Informationsstand mit dem Modell eines Schutzraumes in Originalgröße. Schneider lobte die Bemühungen des BVS und bekräftigte seine Auffassung, daß in der Bundesrepublik weit mehr als bisher für den Zivilschutz getan werden müsse.

Nachrufe

Am 10. September 1983 verstarb der ehemalige BVS-Dienststellenleiter

Waldemar Plewig

Plewig trat 1963 in den damaligen BLSV ein und war bis zu seinem Ausscheiden 1976 als Leiter der BVS-Dienststelle Pinneberg mit unermüdlichem Einsatz tätig.

Am 7. September 1983 verstarb der ehrenamtliche BVS-Fachlehrer

Herbert Ohm

im Alter von 70 Jahren. Mit Ohm – der unmittelbar vor seinem Ausscheiden aus dem BVS stand – verliert die Dienststelle Neumünster einen der einsatzfreudigsten und aktivsten Mitarbeiter.

Quer durch Niedersachsen

Pattensen. Höhepunkt einer Selbstschutzwoche in Pattensen war ein Sicherheitswettbewerb, an dessen Ausrichtung sich neben dem BVS auch die Hilfsorganisationen beteiligten. Die Teilnehmer an dem Wettbewerb sollten Gelegenheit haben, ihre Kenntnisse in der Selbst- und Nächstenhilfe zu überprüfen und zu vervollkommen. Weiterhin wurde die Bevölkerung mit dieser Veranstaltung, deren Schirmherrschaft Stadtdirektor Horst Drücker übernommen hatte, auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes aufmerksam gemacht.

Drücker, der allen Beteiligten für ihre Mitwirkung an dem Wettbewerb dankte, äußerte sich enttäuscht über die geringe Resonanz, die der Bedeutung des Themas Selbstschutz nicht gerecht werde.

Die Teilnehmer hatten an den einzelnen Stationen unter anderem eine brennende Puppe abzulöschen, eine Unfallstelle abzusichern und lebensrettende Sofortmaßnahmen durchzuführen. Die vom BVS gestifteten Ehrenteller konnten schließlich Dieter Sorgart, Uta Nette und Wolfgang Müller entgegennehmen.

Burgdorf. In einer Feierstunde im alten Rathaus in Burgdorf wurden nach Abschluß ihrer Fachausbildung die ersten 16 Selbstschutzberater der Stadt berufen. Der Leiter des Ordnungsamtes, Gerd Stuhler, überreichte in Vertretung des Stadtdirektors den Selbstschutzberatern ihre Bestallungsurkunden. Anwesend war auch Norbert Koy, Leiter der für Burgdorf zuständigen BVS-Dienststelle Hannover, die die Ausbildung der Selbstschutzberater übernommen hatte.

Die Stadt Burgdorf hat ihr Stadtgebiet in zehn Wohnbereiche eingeteilt. Amtsleiter Stuhler, der selbst die gesamte Ausbildung zum Selbstschutzberater absolviert hat, will mit Unterstützung des Stadtdirektors weitere Bürger für die Wahrnehmung der Aufgaben des Selbstschutzberaters gewinnen.

Der Leiter des Ordnungsamtes, Gerd Stuhler, überreicht den Selbstschutzberatern ihre Urkunden.



Soltau. 43 Teilnehmer absolvierten den neun Stationen umfassenden Parcours eines Sicherheitswettbewerbs, den der BVS in Soltau in Zusammenarbeit mit der DLRG, dem DRK, der Feuerwehr, dem THW sowie der Polizei veranstaltete.

111 Punkte waren von den Teilnehmern bei der Lösung der verschiedenen Aufgaben maximal zu erreichen. Der Sieger, Klaus Günther Braun, brachte es auf 98 Punkte. Es ging unter anderem darum, eine Unfallmeldung richtig abzufassen, Erste-Hilfe-Maßnahmen zu ergreifen und Sirensignale richtig zu erkennen.

Der Leiter der BVS-Dienststelle Lüneburg, Wilhelm Schaper, demonstrierte in einer abschließenden Lehrvorführung, wie alles richtig gemacht wird. Soltaus Bürgermeister Emil Werner, der die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen hatte, meinte, der Wettbewerb habe gezeigt, daß im Bereich Selbstschutz noch viel gelernt werden müsse. „Diese Hilfe ist eine Aufgabe, die auf jeden von uns zukommen kann“, betonte Werner.

Bückerburg. Erstmals fand in Bückerburg unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ ein Sicherheitswettbewerb statt. Ausrichter war der BVS, an der Betreuung der insgesamt acht Stationen beteiligten sich außerdem das DRK, der ASB, das THW, die DLRG, die Feuerwehr sowie die Polizei.

Erste-Hilfe-Maßnahmen, das Löschen einer brennenden Puppe sowie das Retten einer Person aus einem Fahrzeug gehörten unter anderem zu den Aufgaben, die die Teilnehmer zu lösen hatten. Ausgangssituation waren jeweils Unglücksfälle, wie sie sich häufig im Alltag ereignen.

Schirmherr Bürgermeister Dr. Alfons Echterhoff zeigte sich mit der Resonanz und den Leistungen zufrieden. Mit der Erkenntnis, daß ihre Fähigkeiten in der Selbst- und Nächstenhilfe nicht ganz

ausreichend sind, wurde vielen Teilnehmern klar, daß sie einmal einen Selbstschutz-Grundlehrgang besuchen sollten.

Mit 73 von 80 möglichen Punkten gewann Gabriele Strube den Wettbewerb vor Michael Maas und Michael Bruchhaus.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Herford. In einer Feierstunde in der BVS-Dienststelle Herford würdigte BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann Einsatz und Verdienst von Walter Eigenrauch und überreichte eine Dankurkunde. Anlaß war die Verabschiedung des langjährigen Leiters einer Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle des BVS in Minden und Herford.



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (rechts) verabschiedet Walter Eigenrauch in den Ruhestand; links BVS-Dienststellenleiter Günther Homburg. (Foto: Otto)

Im Kreise seiner Kollegen fiel Eigenrauch der Abschied nicht schwer, die Bande bleiben geknüpft. Als ehrenamtlicher Helfer wird er weiterhin als geschätzte Fachkraft zur Verfügung stehen.

Münster. In einer Feierstunde wurde die ehrenamtliche Fachbearbeiterin für Frauenarbeit und Fachlehrerin der BVS-Dienststelle Münster, Gertraude Müller, für zehnjährige aktive Mitarbeit geehrt. Dienststellenleiter Hans Faber überreichte ihr eine Ehrenurkunde.

In der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes hat Frau Müller viel Zeit für die Betreuung von Ausstellungen und Informationsständen des BVS aufgewendet. Darüber hinaus sucht sie den Kontakt zu Frauenverbänden, um Frauen verstärkt für den Selbstschutzgedanken zu gewinnen.

Mettmann. Bundespräsident Karl Carstens hat Georg Vogel, ehrenamtlicher Kreisbeauftragter des BVS für den Kreis Mettmann, das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. In einer Feierstunde im Sitzungssaal des Kreishauses



Freudige Gesichter nach der Ehrung (von links): Stv. Landrat Prof. Dr. Schleppe, Georg Vogel und BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann. (Foto: Knop)

überreichte BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann die Auszeichnung an den bewährten Mitarbeiter.

Vogel gehört dem Verband seit 1955 an. Von 1963 bis 1979 war er hauptamtlicher Mitarbeiter im BVS. Eykmann wies in seiner Laudatio darauf hin, daß Vogel in den fast 30 Jahren seiner Selbstschutz-Tätigkeit stets bemüht war, der Bevölkerung den Gedanken der Selbst- und Nächstenhilfe näherzubringen.

Mettmann. Bei einer großangelegten Löschübung unter dem Stichwort „Herbst '83“ arbeiteten erstmals die Selbstschutzkräfte der Bundespost, der Stadtverwaltung und der Kreisverwaltung Mettmann zusammen. Drei Brandschutzstaffeln führten ihr Können unter realistischen Bedingungen den Gästen vor.

Mit Wasser und Leichtschaum wurden die verschiedenen Brände bekämpft. Von dem hohen Ausbildungsstand der Übungsteilnehmer konnten sich der stv. Landrat Prof. Dr. Schleppe, Bürgermeisterin Siebecke, Stadtdirektor Masanek sowie BVS-Dienststellenleiter Ehrlich überzeugen. Übereinstimmung bestand darin, daß der Behördenselbstschutz eine notwendige Maßnahme aller Verwaltungen sei und daß man sich dieser Vorsorge und Eigenhilfe nicht verschließen kann.

Wuppertal. In Verbindung mit dem Probealarm im September 1983 beschriftete die BVS-Dienststelle Wuppertal neue Wege: Sie startete eine einwöchige Plakataktion, um die Bevölkerung über die Bedeutung der Sirensignale zu informieren. Im Verlauf dieser Aktion kamen ca. 500 Plakate in Einkaufszentren, Kaufhäusern, Banken, Sparkassen und Geschäften zum Aushang. Sehr erfreulich war die große Bereitschaft, die BVS-Initiative zu unterstützen.

Unna. „Bis vor einiger Zeit habe ich nicht gewußt, daß es einen Verband gibt, der der Bevölkerung Information, Beratung und Ausbildung über Selbst-

schutzmaßnahmen kostenlos anbietet“, sagte die Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“ von Lünen-Süd, Ursula Püschel. Die politisch interessierten Frauen hatten als Referenten BVS-Beauftragten Erich Schildmann eingeladen. An Hand von Folien und eines Filmes wurden die Aufgaben der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes dargestellt.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, welche Vorsorge- und Eigenhilfemaßnahmen jeder Bürger treffen kann. 33 Frauen sagten spontan ihre Teilnahme an BVS-Lehrgängen zu. Sie wollen auch in ihrer Familie und ihrem Bekanntenkreis für den Selbstschutzgedanken werben.

Datteln. Mit einem Sicherheitswettbewerb beteiligte sich die BVS-Dienststelle Recklinghausen am 15. Kanalfestival in Datteln. Die Schirmherrschaft hatte Bürgermeister Horst Niggemeier übernommen. Trotz stürmischen Wetters stellten sich an acht Stationen 35 Bürger den Testfragen und Übungen. Beteiligte Organisationen waren THW, JUH, Polizei und Feuerwehr.

Düsseldorf. Zur Sitzung des Ausschusses „Zivile Verteidigung“ der Stadt Düsseldorf hatte der Vorsitzende, Ratsherr Aschendorf, auch BVS-Dienststellenleiter Meerkötter eingeladen. Meerkötter stellte sich dem Ausschuß vor, erläuterte die Schwerpunkte seiner Arbeit und bat die Ausschußmitglieder, den BVS bei seiner Arbeit zu unterstützen. Dies wurde ihm zugesichert; Aschendorf lud Meerkötter ein, auch an den nächsten Sitzungen teilzunehmen.

Borgentreich. Hervorragende Ergebnisse erzielten die 54 Teilnehmer des vom BVS beim Stadtfest organisierten „Sicherheitswettbewerbs“. An zehn Stationen hatten die Teilnehmer u. a. folgende Aufgaben zu lösen: Absichern einer Unfallstelle, Bergen eines „Verletzten“ aus einem Auto und Abgabe einer Unfallmeldung.

BVS-Mitarbeiter Schröder betonte bei der Siegerehrung: „Die überwiegend jungen Menschen aus Borgentreich, die sich dem Wettbewerb stellten, um ihre Kenntnisse in der Hilfeleistung zu prüfen, haben Mut bewiesen und damit die Anerkennung ihrer Mitbürger verdient.“

Hessenspiegel

Darmstadt. Anlässlich der alljährlich vom Landesfeuerwehrverband durchgeführten Brandschutzwoche beteiligte sich die BVS-Dienststelle Darmstadt am „Tag

der offenen Tür“ der Feuerwehren der Gemeinden Roßdorf, Traisa, Wembach, Schwanheim, Schneppenhausen, Reichelsheim, Ober-Ramstadt, Gundernhausen, Lengfeld und Überau.

Insgesamt rund 3800 Besucher ließen sich dabei über die Aufgaben des BVS informieren.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Koblenz. Zwei namhafte Kaufhäuser in Koblenz erklärten sich bereit, Informationsstände der BVS-Dienststelle Koblenz in ihren Häusern aufzunehmen. Leitgedanke war der humanitäre Aspekt. Es gelte, dem Bürger den Selbsthilfegedanken nahezubringen und über Vorsorgemaßnahmen aufzuklären, betonten die Geschäftsführer.

Informationen über Möglichkeiten des Schutzraumbaus, der Vorratshaltung, der Ausrüstung und der Ausbildung bildeten die Schwerpunkte. Gezeigt wurden auch Ausrüstungs- und Gebrauchsgegenstände sowie die Vorratshaltung von Lebensmitteln.

Auch auf dem traditionellen „Schängelmarkt“ in Koblenz vom 24. September bis 1. Oktober 1983 war der BVS mit Informationsständen vertreten.

Daun. Am diesjährigen Landesfeuerwehrtag in der Kreisstadt Daun beteiligte sich die BVS-Dienststelle Trier mit einem Informationsstand und dem Filmwagen. Breiten Raum nahm die Information über den Bau von Hausschutzräumen ein. Die Bauinteressenten aus Rheinland-Pfalz wurden an die für ihren Bereich zuständige BVS-Dienststelle verwiesen.

Trier. An einem Samstag führte der BVS in Zusammenarbeit mit dem Amt für Zivil- und Katastrophenschutz in Trier einen Sicherheitswettbewerb durch. Schirmherr war der Beigeordnete der Stadt Trier, Dr. Schroer.

Insgesamt waren zehn Stationen aufgebaut, die von Mitarbeitern der BVS-Dienststelle, des ADAC und aller im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen der Stadt Trier besetzt waren. Beigeordneter Schroer zeigte sich über das Interesse der Bürgerschaft an dieser Veranstaltung sowie auch über das gute kameradschaftliche Verhältnis zwischen den einzelnen Hilfsorganisationen und der BVS-Dienststelle erfreut.

Während des ganzen Tages waren an verschiedenen Plätzen BVS-Inforna-

tionsstände aufgebaut. Sowohl Bürger der Stadt wie auch Besucher aus dem weiten Umland nahmen die Gelegenheit wahr, sich über den Zivilschutz und insbesondere über selbstschutzmäßiges Verhalten zu informieren.

Saarland-Rundschau

Saarbrücken. Die Bemühungen der BVS-Landesstelle, auch im landwirtschaftlichen Bereich die Informations- und Ausbildungstätigkeit zu verstärken, lassen nunmehr gute Ergebnisse erkennen. Nach vorangegangenen Gesprächen mit der Landwirtschaftskammer des Saarlandes und dem Landesverband Saar des Bauernverbandes werden die Ausbildungsangebote des BVS in besonderen Veranstaltungen, die der saarländische Bauernverband auf Kreisebene durchführt, erörtert mit dem Ziel, die in Frage kommenden landwirtschaftlichen Betriebe insbesondere für die ausbildungsmäßigen Vorhaben zu gewinnen. Darüber hinaus erhofft sich die BVS-Landesstelle durch gezielte Informationstagungen eine Erleichterung der Aufgabenerfüllung in diesem Bereich.

Erfreulicherweise will der Bauernverband in seinem Mitteilungsblatt die Initiativen des BVS unterstützen und darum bitten, von den BVS-Angeboten Gebrauch zu machen. Die Landwirtschaftskammer hat ebenfalls ihre Bereitschaft erklärt, ergänzende fachliche Beratung bei den einzelnen Ausbildungsveranstaltungen zu gewähren.

In Zusammenarbeit mit dem zuständigen Wirtschaftsministerium ist weiterhin die Durchführung von Ausbildungen in den Landwirtschaftsschulen geplant. Diese Vorhaben werden jedoch erst im nächsten Jahr verwirklicht werden können.

Nachruf

Am 6. September 1983 verstarb nach langer, schwerer Krankheit der ehemalige BVS-Dienststellenleiter

Karl Petri

im Alter von 70 Jahren.

Petri gehörte zu den ersten hauptamtlichen Mitarbeitern, die in beispielhafter Weise am Aufbau des Verbandes und des Selbstschutzes mitwirkten. Fast zwei Jahrzehnte leitete er die BVS-Dienststelle Neunkirchen/Saar.

Durch sein korrektes und stets hilfsbereites Wesen erfreute er sich großer Beliebtheit.

Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Saarland so-

wie der Dienststellen Neunkirchen und Saarlouis werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Südwest aktuell

Bonlanden. Nach vorausgegangenen Informationsveranstaltungen nahmen die Schwestern und Schülerinnen des Klosters Bonlanden an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teil. Neben den theoretischen waren es besonders die praxisbezogenen Themen, die die Schwestern interessierten.

Ludwigsburg. Zum ersten Male wurden 1983 in das Ferienprogramm der Städte und Gemeinden Baden-Württembergs auch Selbstschutzlehrgänge aufgenommen. Stellvertretend für viele andere Städte ein Auszug aus dem Ferienprogramm der Stadt Ludwigsburg.

Im Vorwort der Broschüre „Ferienspaß '83“ – an die Adresse der Schüler gerichtet – ist zu lesen: „Das ganze Jahr über, wenn Ihr vormittags zur Schule müßt, ist am Nachmittag irgend etwas geboten, wo es sich hinzugehen lohnt. Ausgerechnet in den Sommerferien aber, wenn mal keine Hausaufgaben auf Euch warten, ist kaum etwa los. Aus diesem Grund hat Euch die Stadt Ludwigsburg, wie schon in den vergangenen Jahren, ein Ferienprogramm zusammengestellt, das all den Kindern Unterhaltung und Spaß bringen soll, die nicht die ganzen Ferien irgendwo außerhalb von Ludwigsburg verbringen können...“ Und an die Eltern gerichtet: „... Sie sind selbstverständlich nicht nur eingeladen, sondern auch aufgefordert, an dem Spaß ihrer Sprößlinge teilzunehmen.“

Auf dem vielseitigen Programm, das den Schülern angeboten wurde, standen auch zwei Selbstschutz-Grundlehrgänge sowie zwei Ergänzungslehrgänge „Selbstschutz in Wohnstätten“. Die Initiative, den Selbstschutz in das Ferienprogramm einzubeziehen, ging von der Abteilung „Zivilschutz“ beim Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Ludwigsburg aus. An den BVS-Lehrgängen nahmen rund 100 Personen teil.

Bayern heute

Vohenstrauß. „Auch im Frieden kann es zu Unglücksfällen und Katastrophen kommen, und trotz aller Friedensbemühungen könnte es auch einmal zu einem von uns allen nicht gewünschten Ernstfall kommen“, so leitete Schirmherr und Bürgermeister Max Steger den Sicherheitswettbewerb des BVS in Vohen-

strauß am Samstag, dem 24. September 1983, ein.

In einer großangelegten Aktion hatte die BVS-Dienststelle Weiden zusammen mit der Stadt Vohenstrauß in der Vorarbeit durch Schaufensterwerbung, Presseinformation und Gespräche mit der Bevölkerung auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht.

In seiner Begrüßung verwies Steger auf die Realität, daß sich der Bürger in einem Ernstfall wohl schwer zurechtfinden würde. Bei größeren Katastrophen kann selbst die behördliche Hilfe an ihre Leistungsgrenze geraten, und aus diesem Grunde komme dem Selbstschutz eine große Bedeutung zu.

An dem Wettbewerb beteiligten sich die Freiwilligen Feuerwehren von Vohenstrauß, Altenstadt, Oberlind und Roggenstein, die Rotkreuzgemeinschaften Vohenstrauß, die Wasserwacht, die Reservistenkameradschaft und die Verkehrswacht Vohenstrauß.

BVS-Dienststellenleiter Franz Weinberger stellte in seinen Ausführungen insbesondere die Hilfe gegenüber dem Nächsten in den Vordergrund. Nicht, weil man nicht helfen wolle, sondern einfach, weil man oft nicht wisse, wie man helfen solle, unterbleibe häufig eine sofortige Hilfeleistung.

Bürgermeister Steger gab den Startschuß für den Wettbewerb, bei dem es darauf ankam, theoretisches Wissen und praktische Kenntnisse auf dem Gebiet des Selbstschutzes, aber auch auf dem Sektor Hilfe am Unfallort unter Beweis zu stellen.

Geretsried. Zahlreiche Bürgermeister aus dem Landkreis Cham nahmen an einer Informationstagung „Selbstschutz“ an der Katastrophenschutzschule in Geretsried teil. Bei der Abfahrt verabschiedete Landrat Girmind die Bürgermeister und BVS-Dienststellenleiter Franz Weinberger (Weiden), der die Tagung in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt plante.

Die Lehrkräfte der BVS-Schule referierten über die Aufgaben des Bürgermeisters im Zivil- und Katastrophenschutz sowie über die Bestellung und Beauftragung der Selbstschutzberater und über das Thema „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“.

Sehr aufschlußreich war der Vortrag „Zivilschutz in der heutigen Zeit“ von Ministerialrat Dr. Mölter, Bayerisches Staatsministerium des Innern. Die Bürgermeister stellten interessierte Fragen, und zum Abschluß der Vorträge gab es rege Diskussionen.

Mit einem Besuch beim Warnamt X bei Weilheim endete die Tagung.

Brandschutz- übung zeigte Mängel auf

Vor kurzem fand eine Brandschutzübung bei einem großen Berliner Unternehmen statt. Eingesetzt wurden bei diesem Übungsvorhaben die Kräfte der Betriebsfeuerwehr, die seit mehreren Jahren von der GZS fachlich betreut wird.

Geübt wurde in einem zum Abriss vorgesehenen Gebäudeteil in der ersten Etage. Der Raum war mit geringem Material für die Übung möbliert: ein Schrank, ein Tisch, ein Aktenbock, Papierkorb und Vorhänge. Bei der vorhergehenden Besichtigung waren die Holzbalkendecke mit Stroheinlage, die hölzerne Deckenverkleidung und eine Trennwand aus Hartfasermaterial als problematisch beurteilt worden. Für die Leitung, Überwachung und Sicherung der Übung waren insgesamt fünf Mitarbeiter der GZS eingesetzt.

Während des Übungsverlaufes stellte sich heraus, daß das Treppenhaus nur deshalb ohne Behinderung durch Rauch benutzt werden konnte, weil die Tür des brennenden Raumes noch rauchdicht verschlossen war. Nachdem die erste Angriffsleitung verlegt worden war und der Angriffstrupp mit dem C-Strahlrohr vor dem brennenden Raum zum Einsatz stand, wurde unter den notwendigen Sicherungsmaßnahmen die Tür geöffnet. Die sich schlagartig auswirkende Strahlungshitze und der Rauch zwangen den Angriffstrupp auf den Boden.

Da die Mitarbeiter der Betriebsfeuerwehr über keinen Atemschutz verfügten, war ein Vordringen ausgeschlossen. So konnte lediglich aus dem Bereich des Flures in den total verqualmten Raum hineingelöscht werden, soweit ein gelegentliches Aufflackern der Flammen einen zielgerichteten Löscheinsatz erlaubte. Da der Angriffstrupp im Flurbereich

dem Rauch unmittelbar ausgesetzt war, wurde er bereits nach ganz kurzer Zeit gezwungen, die Brandstelle zu verlassen. Die ablösenden Kräfte konnten auch nur vorübergehend tätig werden und mußten sich zurückziehen. Letztendlich wurde der Löscherfolg durch die Mitarbeiter der Gesellschaft sichergestellt; sie verfügten über Atemschutz.

In der anschließenden kritischen Bewertung der Brandschutzübung forderten die Mitarbeiter der Betriebsfeuerwehr sehr nachdrücklich die Beschaffung von Schutzmasken mit Kohlenmonoxydfiltern sowie einen besseren Kopfschutz.

Nicht nur für die Betriebsfeuerwehr ergaben sich wertvolle Erfahrungen, auch die Gesellschaft für den Zivilschutz hat Konsequenzen zu ziehen. So ist festzustellen, daß die in den Schutzmasken verwendeten Kombinationsfilter FE 55 NM für die Brandbekämpfung in manchen Situationen nicht geeignet sind. Sie müßten ergänzt werden durch Kohlenmonoxydfilter, die als Einsatzfilter selbstverständlich nicht geöffnet werden dürfen.

Sollte bei einer derartigen Übung ein Übungsteilnehmer im Brandraum bewußtlos werden, müssen künftig die Mitarbeiter der Gesellschaft die erforderliche Hilfeleistung erbringen können. Dies bedeutet aber, den Raum auch dann noch zu betreten, wenn unter Umständen keine atembare Luft mehr vorhanden ist. Ohne schweren Atemschutz, wie z. B. durch einen Preßluftatmer, ist dies jedoch nicht möglich.

Bei Erreichen des Bewußtlosen sollte dieser sofort beatmet werden, was bei der vermutlichen Vergiftung nur mit Sauerstoff geschehen kann. Für diese Hilfeleistung bieten sich die von der einschlägigen Industrie entwickelten Sauerstoff-Selbstretter an. Die seit vielen Jahren im Zivilschutz verwendeten Orospiratoren sind ungeeignet, da sie umluftabhängig sind.

Die in dieser Übung gemachte Erfahrung, daß die in der Gesellschaft vorhandenen Atemschutzgeräte in manchen Situationen unzureichend sind, ist nicht neu. Der Grund, warum das notwendige Gerät bislang nicht beschafft wurde, ist, daß bei den Ausbildungsveranstaltungen üblicherweise nur Außenangriffe geübt werden.

Ein anderes Problem stellt sich in der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel sowie der Ausbildung und medizinischen Überwachung der eigenen Mitarbeiter.

Schutzraum- probleme in Berlin

Schutzräume, die der Bevölkerung einen Schutz im Konfliktfalle geben, der mit konventionellen Waffen, aber auch mit begrenztem Einsatz von Kernwaffen geführt wird, gehören zur Grundkonzeption des Zivilschutzes. Durch bauliche Schutzmaßnahmen lassen sich die Überlebenschancen mehr als durch jede andere Maßnahme vergrößern.

Diese Erkenntnis, die auch eine weite Verbreitung in der Berliner Bevölkerung gefunden hat, hat ein ständig stärker werdendes Interesse ausgelöst, daß sich auch in einer drastischen Zunahme der Veranstaltungen „Zivil- und Katastrophenschutz in Berlin“ und „Schutzraumbesichtigungen“ niederschlägt.

Nach einer Übersicht über die öffentlichen Schutzräume existieren im Stadtgebiet nur insgesamt vier Schutzräume als neue Bauten mit insgesamt 14372 Schutzplätzen. Zwei dieser Schutzbauten sind U-Bahnhöfe, die anderen Tiefgaragen bzw. Mehrzweckanlagen. Mit Ende des Jahres 1983 gibt es sechs ehemalige Luftschutzanlagen, die dann modernisiert der Bevölkerung im Gefahrenfall ebenfalls zur Verfügung stehen. Die Modernisierung galt im wesentlichen der Bausubstanz, den Eingangsbereichen und der Filteranlage. Insgesamt beträgt die Zahl der Schutzplätze dann 18722; das heißt jedoch, erst für knapp ein Prozent der Bürger der Zwei-Millionen-Stadt ist ein ausreichender Schutz vorhanden.

Die GZS überlegt zur Zeit, wie die noch ungelösten Probleme der Wartung und Inbetriebnahme der Schutzräume anzugehen sind bzw. ob und wie man evtl. an einen Schutzraumbetriebsdienst mitwirken kann.

Schleswig-Holstein



THW-Helfervereinigung übergab Funkgerät

Eutin. Der Anfang dieses Jahres gegründete Ortsverein Eutin der THW-Helfervereinigung e. V. stiftete dem THW-OV Eutin ein Funkgerät, das im Lkw-Kipper eingebaut werden soll.

Der Vorsitzende der Helfervereinigung, Wolf-Detlef Möller, betonte anlässlich der Übergabe des Gerätes an THW-Ortsbeauftragten Otto Radloff und den Zugführer des 4. Bergungszuges/Ostholstein, daß die Beschaffung nur aufgrund großzügiger finanzieller Unterstützung durch Eutiner Bürger und Geschäftsleute möglich war.



Ein Funkgerät für den THW-OV Eutin (von links): THW-Ortsbeauftragter O. Radloff, W.-D. Möller, Vorsitzender der THW-Helfervereinigung, THW-Zugführer G. Radloff. (Foto: Götting)

Der Kipper des Ortsverbandes, der in diesem Jahr auch in Tunesien zum Einsatz kam, war bisher nicht mit einem Funkgerät ausgerüstet. Dieser Umstand machte bei einer Anforderung des Kippers schon des öfteren den Einsatz eines weiteren Fahrzeuges notwendig, welches dann lediglich zur Aufrechterhaltung des Funkverkehrs mitfuhr.

Ausgerüstet mit dem neuen Funkgerät ist der Kipper jetzt zu einem unabhängigen Fahrzeug geworden. Von großem Vorteil ist dies besonders im Katastrophenfall, weil dann der schnelle und zentral gelenkte Einsatz von Fahrzeugen entscheidend für den Erfolg der durchzuführenden Abwehrmaßnahmen sein kann. Von den sechs Fahrzeugen des Ortsverbandes ist jetzt nur noch das Fahrzeug für den Wasserrettungsdienst nicht mit Funk ausgestattet.

Möller zeigte sich jedoch optimistisch. Bei der steigenden Unterstützung der Eutiner THW-Helfervereinigung werde auch die Anschaffung eines Funkgerätes für dieses Fahrzeug sicher bald möglich sein. K.-D. G.

Hamburg



„Du und Deine Welt '83“

Hamburg. Seit acht Jahren ist das THW Hamburg auf der größten Familienausstellung der Bundesrepublik mit einem Informationsstand vertreten. Der Stand war in diesem Jahr unter das Motto gestellt „Humanitäre Hilfe im Ausland“.

Anhand von Großfotos, Darstellung von Schadenselementen an einer Versorgungsleitung sowie Geräten wurde den Besuchern die Auslandstätigkeit des THW anschaulich dargestellt. Die Einsätze in Algerien, im Libanon und im Nordjemen standen im Vordergrund und fanden großes Interesse bei über 360 000 Besuchern, die sich auf dem Ausstellungsgelände informierten.

Auch in diesem Jahr war das Informationsmaterial über das THW, über den Zivilschutz, aber auch über den Schutz von Kulturgut sehr gefragt und wurde zum Ende der Ausstellung knapp. Die neue THW-Zeitung des Landesverbandes Hamburg war in 10 000 Exemplaren schnell vergriffen. Sie gab einen Überblick über die vergangenen zwölf Monate THW-Arbeit in Hamburg.

Prominente Besucher am THW-Stand waren der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Klaus von Dohnanyi, Innensenator Pawelczyk, die



Der Präsident der Hamburger Bürgerschaft, Schulz, schreibt seinen Namen auf die „Prominentenwand“ des THW-Standes.



Hamburgs Kultursenatorin Helga Schuchardt trägt sich in das Gästebuch des THW ein. (Fotos: Krüger)

Senatoren für Wirtschaft, Kultur, Justiz und Umweltschutz sowie Repräsentanten der in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien.

In ausführlichen Gesprächen wurden den Besuchern die vielfältigen Aufgaben, die das THW bei einem Auslandseinsatz auszuführen hat, deutlich gemacht. Dabei konnte man vielfach feststellen, daß nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Hamburger Behörden über diesen Teil der THW-Aufgaben nur wenig informiert sind. Also ein gutes Thema für weitere Info-Veranstaltungen oder Messen!

Insgesamt gesehen war auch die 8. Ausstellung des THW ein großer Erfolg. Viele Interessenten haben sich zwischenzeitlich bei den verschiedenen Bezirksverbänden vor Ort über das THW informiert. G. T.

Hamburger Jugendgruppen im Wettstreit

Hamburg. Vom 16. bis 18. September 1983 trafen sich die Hamburger THW-Jugendgruppen zum Wettstreit in Hanstedt/Nordheide. Am Köhlersee wurde ein Zeltlager errichtet, das aber nur die Aufgabe hatte, die Jugendlichen zu versorgen und bei Regenwetter Schutz zu bieten. Geschlafen wurde im drei Kilometer entfernten Schützenhaus, welches vom Hanstedter Schützenverein zur Verfügung gestellt wurde. Außerdem wurden die Sportanlagen nebst sanitären Anlagen für den sportlichen Teil dieses Jugendlagers durch den Verein bereitgestellt.

Am Samstag wurden am Köhlersee unter fachlicher Anleitung der Jugendgruppenleiter mit viel Geschick „Schikanen-

Viel Geschick und auch etwas Mut erfordert das Überspringen der einzelnen Rettungsflöße.
(Foto: Krüger)



einrichtungen" gebaut, die in den Wettkampf mit einbezogen wurden. Am Sonntag starteten dann die Jugendgruppen zum Wettkampf. Der erste Teil umfaßte einen Zehn-Kilometer-Marsch durch Wald und Heide. Hier waren Stationen aufgebaut, an denen die Junghelfer theoretische oder praktische Aufgaben lösen mußten.

Im zweiten Teil mußten die Junghelfer einen Steg aus einzelnen Rettungsflößen durch Springen von Insel zu Insel überwinden sowie mit einem Floß, aus mehreren Rettungsflößen zusammengebunden und mit Brettafeln versehen, über den See paddeln. Anschließend mußten jeweils zwei Jugendliche einer Gruppe mit Hilfe einer Seilbahn über den See gleiten und mit dem Fuß eine Dose von einem Pfahl stoßen, ohne den Pfahl oder die Wasseroberfläche zu berühren.

Die 2. Jugendgruppe aus Hamburg-Altona, unter der Leitung von Jürgen Waldt, wurde Sieger. Den zweiten Platz belegte die Gruppe aus Hamburg-Bergedorf. Dritter wurde die Jugendgruppe aus Hamburg-Wandsbek.

Während des Jugendlagers wurden die Jugendgruppenleiter durch das Landes-Vorstandsmitglied der THW-Helfervereinigung Hamburg, Kurt Ehlers, über die zukünftige Gestaltung der THW-Jugendarbeit unterrichtet.

Ob die Möglichkeit bestehen wird, auch unter Vereinsregie Jugendgruppen in

Zeltlagern zusammenzuführen und im Fachlichen sowie in Sport und Spiel auszubilden, wird von den Mitteln abhängen, die der Bund dafür bereitstellen wird.
M. D.

THW-Werbung in sechs Schaufenstern

Hamburg. Anlässlich der Ausstellung „Du und Deine Welt '83“ trat ein Apotheker an das THW Hamburg heran, mit dem Angebot, seine gesamte Schaufensterfront für eine Ausstellung über das THW zur Verfügung zu stellen.

Die Apotheke in Hamburg-Billstedt, an einer sehr belebten Straßenkreuzung gelegen mit großem Publikumsdurchgang, zeigte mit Hilfe der Werbeabteilung der Apothekerkammer Hamburg in ihren sechs Schaufenstern Geräte und Schautafeln, die über das THW allgemein und über spezielle Aufgaben des Hamburger THW informierten sowie Fotos aus den Bereichen der Ausbildung des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes, der Jugendarbeit und der humanitären Hilfe im Ausland. In der Apotheke selbst wurden Merkblätter des THW über Gründung, Aufgaben und Mitarbeit ausgelegt.

Es zeigte sich bei dieser vierwöchigen Schaufensteraktion, daß für eine solche Darstellung des THW spezielle Ausstellungsmaterialien geschaffen werden



Eine Apotheke stellt seine Schaufenster für eine THW-Werbung zur Verfügung. Hier sind Bilder von Auslandseinsätzen zu sehen. (Foto: Krüger)

müssen. Dank der Unterstützung der Apothekerkammer konnten notwendige Schautafeln und Schilder kurzfristig erstellt werden.
G. T.

Bremen



Wechsel an der Spitze des THW-OV Bremen-Neustadt

Bremen. „Die Arbeit des THW hat die Zusammengehörigkeit, den Gemeinschaftssinn, die Verbindung von staatlicher, nachbarschaftlicher Hilfe und Selbsthilfe zur Grundlage. Diese Arbeit ist seit langem eine umfassende Bürgerinitiative. Sie ist eine gute Aufgabe im Sinne des Friedensgedankens. Hermann Sedlatschek hat diese Idee, anderen helfen zu wollen, verkörpert. Mit seiner ruhigen, ausgleichenden Art hat er dazu beigetragen, daß sein Ortsverband in der Gemeinschaft aller Ortsverbände integriert war und reibungslos funktionierte“, führte Bremens scheidender Innen senator Helmut Fröhlich in seiner Rede am 13. August in der Unterkunft des THW-OV Bremen-Neustadt anlässlich



Aus der Hand des stv. THW-Direktors Norbert Krutzki (links) nimmt Hermann Sedlatschek das THW-Ehrenzeichen in Gold entgegen.
(Foto: Woltemath)

des Wechsels an der Spitze dieses Ortsverbandes aus. Der bisherige Ortsbeauftragte, Sedlatschek, übergab an diesem Tag offiziell die „Amtsgeschäfte“ an seinen Nachfolger Ralph Heuer.

„Mit der Verleihung des THW-Ehrenzeichens in Gold an Sedlatschek wird ein Mann geehrt, der sich seit mehr als zwanzig Jahren durch persönliches Engagement um das THW verdient gemacht hat.“ Darauf wies in seiner Laudatio der ständige Vertreter des THW-Direktors, Norbert Krutzki, hin.

Auch THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel dankte Sedlatschek für seine engagierte Arbeit an der Spitze des Neustädter Ortsverbandes. Seinem Nachfolger Heuer wünschte der Landesbeauf-

tragte „eine ebenso glückliche Hand“ bei der Lösung und Bewältigung der anfallenden Aufgaben.

Sedlatschek gab das Amt des Ortsbeauftragten aus Altersgründen ab. Sein Nachfolger, der 33 Jahre alte Bauingenieur Heuer, ist seit 1973 Helfer im THW. Schon im Frühjahr 1981 wurde er zum stv. Ortsbeauftragten berufen. U. W.

Übung „Spätlese '83“

Bremen. Freitagabend, 20.00 Uhr. Helfer des 3. Fernmeldezuges des THW-OV Bremen-Hastedt treffen in der Unterkunft ein. Zusammen mit der 4. Sanitätsbereitschaft des DRK wollen die Helfer üben.

Auftrag für Fernmeldeführer Michael Kaiser: „Eine Funkbrücke zwischen dem Schutzraum Friedrich-Karl-Straße in Bremen und dem Übungsdorf Barbara in der Lüneburger Heide aufbauen.“ Um 20.45 Uhr rückt die Einheit aus, um den Ort Bassen anzufahren. Hier wird die erste Relaisstelle aufgebaut. Gleichzeitig treffen im Schutzraum, der vom THW-OV Bremen-Hastedt seit Jahren technisch gewartet wird, die Führer und Unterführer der 4. Sanitätsbereitschaft ein. Sie werden vom Bereitschaftsführer Klaus Dieter Habel in die Lage eingewiesen. Die Nacht werden die Führungskräfte im Schutzraum verbringen, um dann am Morgen zu ihrem Bereitstellungsraum zu fahren, wo sich die Sanitätshelfer der Bereitschaft eingefunden haben.

Zu dieser Zeit sind die THW-Helfer schon fast neun Stunden im „Einsatz“. Weitere Relaisstellen wurden in Unterstedt, Hemslingen und Timmerloh errichtet. Gegen 6.00 Uhr steht die Funkbrücke, und man kann mit den Helfern im Schutzraum aus fast 120 km Entfernung sprechen.

8.00 Uhr: Übungsbeginn für die DRK-Helfer. 8.00 Uhr: Ausfall der Relaisstelle Bassen. Trotz Bemühen des Funktrupps kann die RS 1-Schaltung nicht wieder aktiviert werden. Die Funkbrücke bricht zusammen. Dennoch wird die Funkverbindung zwischen Bremen und dem Übungsdorf Barbara aufrechterhalten. Die Funkstellen Bassen und Unterstedt können noch miteinander sprechen. Von nun an werden die Durchsagen der übenden Einheiten von Bassen nach Unterstedt übermittelt und dann über die Funkkette nach Barbara weitergegeben. Umgekehrt funktioniert es genauso gut.

Mittags werden 30 Verletztendarsteller durch die Sanitätshelfer geborgen, versorgt und zum Verbandplatz nach Lapau gebracht. Nachmittags ist die Übung im Dorf Barbara beendet.

Nach fast 18 Stunden Fernmeldeeinsatz können die Helfer Richtung Bremen abrücken. Hier treffen sie um 17.00 Uhr ein und beenden die Übung um 18.00 Uhr, nach 23 Stunden „Einsatz“. I. K.

Niedersachsen



THW-Landkreiswettkampf 1983

Hannover/Springe. Seit 1978 treffen sich die THW-Ortsverbände des Landkreises Hannover alljährlich zu einem Vergleichswettkampf um den „Joachim-Kurz-Gedächtnispokal“. In diesem Jahr gestaltete er sich zu einem vollen Erfolg für den ausrichtenden Ortsverband Springe, denn die Bergungsgruppe erreichte den ersten Platz.

Bereits eine Woche vor Wettkampfbeginn hatten die Helfer des Ortsverbandes Springe mit den Vorbereitungsarbeiten auf dem Übungsgelände – unmittelbar am bundesweit bekannten „Sauptark“ gelegen – begonnen. Es mußten Zelte aufgestellt, der Platz eingegrenzt und die Wettkampfanlagen errichtet werden.

Am Sonnabend, dem 10. September 1983, konnte Ortsbeauftragter Friedrich Beckmann die Wettkampfgruppen aus Burgdorf, Lehrte, Ronnenberg und Wunstorf sowie eine Reihe geladener Gäste willkommen heißen.

Sechs Stationen wurden durchlaufen: Mit einem Brennschneidgerät mußten in einem Kriechgang zwei Eisenträger durchtrennt und mit einem Dreibock eine Last angehoben werden. Von einem Baumstamm mit 90 cm Durchmesser war mit der Motorsäge eine Scheibe abzuschneiden. Ein Eisenrohr sollte mit dem Trennschleifer durchtrennt sowie Schmutzwasser aus einem Brunnen gepumpt werden. Schließlich war eine vier Meter hohe Plattform zu erklimmen, um

hier zwei Hölzer mit einem Bockschnürbund zu verknüpfen.

Bewertet wurden die Aufgaben nach Zeit und einem Fehlerkatalog.

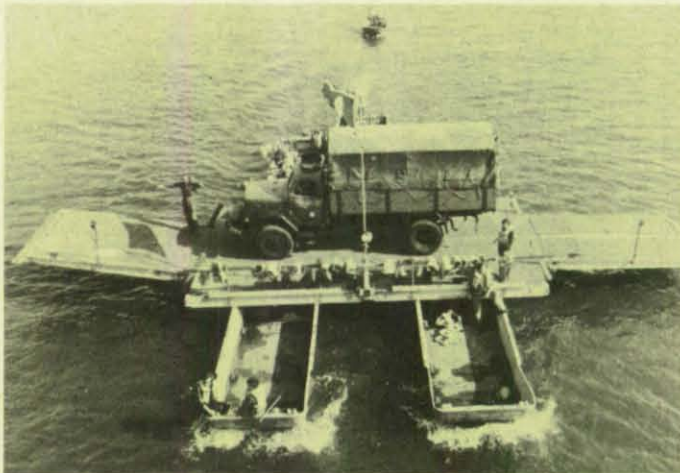
Den ersten Platz errang nach hartem Kampf die Wettkampfgruppe des gastgebenden THW-OV Springe, gefolgt von Ronnenberg, Burgdorf, Lehrte und Wunstorf. Die erreichten Punktzahlen ließen erkennen, daß alle Ortsverbände technisch gut ausgebildet sind und bei Ernstfällen sicher arbeiten und wirksam helfen können.

Zum Abschluß der Wettkämpfe dankte Ortsbeauftragter Beckmann bei einem gemütlichen Beisammensein seinen Kameraden Gerhard Preick und Zugführer Erhard Stehr für die gelungene Organisation. Besonderer Dank galt der Jugendfeuerwehr Springe. Sie hatte eine 350 m lange Schlauchleitung verlegt und damit die Wasserversorgung zum Übungsgelände sichergestellt. R. B.

Umstrukturierung erfolgreich abgeschlossen

Achim. Die vor zwei Jahren eingeleitete Umstrukturierung des THW-OV Achim, der lange Jahre über einen Bergungszug ohne KatS-Aufstellungssoll verfügte, zu einem funktionstüchtigen Ortsverband mit zwei Brückenbaugruppen und kompletter Pontongruppe wurde am Sonnabend, dem 24. September 1983, erfolgreich abgeschlossen.

Im Rahmen einer Veranstaltung zum zwanzigjährigen Bestehen des Ortsverbandes stellte Ortsbeauftragter Günter Hinerasky, der an diesem Tag mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet wurde, die vom Bundesgrenzschutz übernommene und in vielen Arbeitsstunden überholte Acht-Tonnen-Fähre erstmals der Öffentlichkeit vor. Unter der Führung von Burkhard Meinken, beladen mit viel Prominenz, startete die Fähre zu ihrer Jungfernfahrt vom Uesener Hafen ein Stück stromaufwärts.



Die Acht-Tonnen-Fähre des THW-OV Achim. (Foto: Wrede)

Eine Übersetzübung mit einem Lkw folgte, bevor schließlich auch die Achmer Bevölkerung Gelegenheit bekam, die Tragfähigkeit des Gefährts zu testen, das u. a. dann eingesetzt werden soll, wenn die Weserbrücke im Katastrophenfall unpassierbar geworden ist. R. B.

Nordrhein-Westfalen



Einsturzgefahr eines Hauses beseitigt

Eschweiler. Akute Einsturzgefahr bestand für ein Eckgebäude im Sanierungsgebiet Markt in Eschweiler. Da die Gefahr bestand, daß durch herabfallende Mauerteile die Schnellengasse betroffen würde, wurde noch am selben Abend der THW-OV Eschweiler alarmiert.

15 Helfer unter Leitung des Ortsbeauftragten Franz Pastor rückten aus: An der Einsatzstelle sicherten die THW-Helfer zunächst die Hauswand des Gebäudes. Mit Kanthölzern und Bohlen wurde dann die nur 3,50 m breite Gasse überbaut, um Passanten und die gegenüberliegenden Geschäfte vor Steinschlag zu schützen. Nachdem das gesamte Schadensgebiet mit Absperrgittern des Stadtbauhofes abgesichert worden war, wurde nach etwa drei Stunden der Einsatz beendet. H. W. B.

THW-Beteiligung bei Stadtübung

Eschweiler. Mit dem 4. Bergungs- und dem 1. Fernmeldezug nahm der THW-OV Eschweiler an der jährlichen Katastrophenabwehrübung der Stadt Eschweiler teil.

Für die Großübung ging die im Rathaus gebildete Einsatzleitung, der auch „Fachberater THW“ angehörten, von folgender Situation aus: Eine Transportmaschine der Luftwaffe gerät über Eschweiler in Luftnot. Der Pilot versucht eine Notlandung auf dem Flugplatz Merzbrück. Das Flugzeug gerät in Brand, verliert brennende Teile und stürzt nahe einer Behindertenwerkstatt und einer Firma ab.

Nach den bei der Funkleitstelle eingehenden Meldungen, die sich überschlugen, war die Katastrophe perfekt, denn es brannte in vier Gebieten. Eine Gasübernahmestation war beschädigt, doch der größte Schaden entstand an den Caritas-Behindertenwerkstätten und in der Firma.

Der Einsatz der Hilfskräfte wurde über Funk abgewickelt. Es ergaben sich aber störende Überreichweiten, die die Funkprüche verzerrten. Der 1. Fernmeldezug des THW verlegte deshalb Telefonleitungen von der Einsatzstelle zur Einsatzleitung im Rathaus und zur Verletzungssammelstelle.

An allen Brennpunkten waren zeitweise über 200 Helfer von THW, Feuerwehr, DRK und JUH eingesetzt. Der 4. Bergungszug übernahm die Bergung von „verletzten“ Personen, die teilweise mit Hilfe des Rollgliss-Geräts aus der 2. und 3. Etage geborgen werden mußten.

Bei der Abschlußbesprechung war man im großen und ganzen zufrieden. Alle Organisationen werden versuchen, aufgetauchte Mängel im Rahmen der Ausbildung zu beseitigen. H. W. B.

Hessen



THW-OV Marburg probte den Ernstfall

Marburg. „Hier Leitstelle Marburg-Biedenkopf mit Funkalarm für Heros Marburg. Fahren Sie sofort die Ortsunterkunft an. Ich wiederhole . . .“

So begann am Dienstagabend um 19 Uhr eine Alarmübung des Schnelleinsatztrupps (SET) des THW-OV Marburg.

Bedingt durch die günstige Tageszeit und die Alarmierung über die vorhandenen Funkalarmempfänger trafen innerhalb kürzester Zeit sämtliche Helfer des SET in der Unterkunft ein.

Der Schnelleinsatztrupp wurde vor ca. einem Jahr auf Eigeninitiative des Ortsverbandes gegründet und besteht aus 15 besonders qualifizierten Führern und Unterführern, die durchschnittlich alle über zehn Jahre im Katastrophenschutz mitarbeiten. Die Mannschaft wurde aus verschiedenen Gruppen ausgewählt, abgestimmt auf mögliche Einsatzfälle im Rahmen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes. Mit Sonderausbildungen als Sprengmeister, Katastrophenbrennschneider, Bootsführer, Funker u. a. stellen diese Helfer eine besonders „schlagkräftige Truppe“ für die erste Einsatzphase dar.

Für die Alarmübung wurde angenommen, daß große Teile des Burgwaldes seit mehreren Stunden brennen, viele Feuerwehreinheiten bereits im Einsatz sind und der HVB beim Landratsamt in Marburg die Mithilfe des THW angefordert hat.

Es soll versucht werden, das Überspringen des Feuers über die Kreisstraße Bracht-Rosenthal durch Schlagen von Schneisen zu verhindern und die Straße für nachrückende Hilfsmannschaften und Rettungsfahrzeuge freizuhalten.

Nach Bekanntgabe des Einsatzauftrages durch den Ortsbeauftragten des THW-OV Marburg und Einsatzleiters des SET, Gerhard Linne, rückte der SET mit drei Fahrzeugen, ausgestattet mit mehreren schweren Motorsägen und zusätzlichem Gerät für die Waldbrandbekämpfung aus.

Im Laufe der Übung wurden verschiedene Einlagen eingespielt, wobei u. a. weitere Hilfskräfte des THW angefordert und alarmiert wurden. Nach Funkalarmierung des Ortsverbandes Biedenkopf wurde ein weiterer Bergungszug zur Hilfeleistung und Ablösung der Marburger Kräfte zur Verfügung gestellt.

Der gesamte Übungseinsatz verlief reibungslos und entsprach nach Meinung der Führungskräfte des Ortsverbandes und des als Beobachter eingesetzten THW-Geschäftsführers des Bereiches Marburg-Biedenkopf, Karl-Heinz Hoffmann, der erwarteten Zielsetzung. W. B.

THW im sportlichen Einsatz

Frankfurt. Rekorde und Leistungen wurden nicht nur von den Teilnehmern des Deutschen Turnfestes 1983 erbracht. Auch die im Einsatz befindlichen ehrenamtlichen Helfer des THW-OV Frankfurt erbrachten täglich einen „Rekord“ im Umsetzen von Sportgeräten.

Als um sechs Uhr der Dienst der Helfer begann und runde 16 Stunden Einsatzzeit im Messegelände und anderen Veranstaltungsorten des Turnfestes bevorstand, mußte THW-Einsatzleiter Rudolf Könneke noch nicht, was ihn und seine Truppe erwartete und wie oft er „Feuerwehr“ für das Organisationskomitee spielen mußte. Die Hauptaufgabe der 15 Helfer bestand darin, den Transport vom Sammellager zum Veranstaltungsort



Das THW spielt „Feuerwehr“ für das Organisationskomitee des Deutschen Turnfestes 1983: Die Helfer transportieren das Sportgerät vom Sammellager zum Veranstaltungsort.

(Foto: Schwepfinger)

ort sowie den Auf- und Abbau von Turn- und Sportgeräten durchzuführen. Von Turnmatten – einmal waren es 200 Stück mit drei Tonnen Gewicht, die vom Taunus mit einem Lkw abgeholt werden mußten – bis hin zu Trampolins, Tischen und Stühlen wurde in den neun Tagen alles auf Fahrzeugen des THW transportiert. Dabei legten die Einsatzfahrzeuge runde 3000 km zurück.

Dank der guten und engen Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Organisationskomitees, die wiederholt die Leistungen der THW-Kräfte gewürdigt haben, konnten alle auftretenden Probleme schnell und reibungslos zur Zufriedenheit der Sportler gemeistert werden.

I. Sch.

Das THW-Luftballon-Wettfliegen fand seinen Abschluß

Darmstadt. Sieger des THW-Luftballon-Wettbewerbes aus Anlaß des 7. Bundeswettkampfes des THW am 18. Juni 1983 in Darmstadt wurde der zweijährige Darmstädter Alexander Kuchs. Sein Ballon flog 366 km und wurde in Landrecies, Nordfrankreich, aufgefunden.



Das Luftballon-Wettfliegen ist entschieden: Der zweijährige Sieger Alexander Kuchs ist stolz auf sein gewonnenes Fahrrad. (Foto: Schweglinger)

Claudia Hißl, 13 Jahre, kam mit 308 km – auch dieser Luftballon landete in Nordfrankreich – auf den zweiten Platz.

Den dritten Platz erreichte Matthias Scheithauer, 13 Jahre, mit 137 km – sein Ballon wurde von den Mitgliedern des Kegelclubs „Gut Holz“ in Weiskirchen/Saarland aufgefunden.

Auf den Plätzen vier bis zehn landeten die Teilnehmer, deren Ballons zwischen 134 und 104 km zurücklegten.

THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen überreichte in Anwesenheit des Oberbürgermeisters von Darmstadt, Günther Metzger, und des THW-Bundes- und Landessprechers, Peter Merck, den zehn Gewinnern die von Darmstädter Firmen gestifteten Preise: ein Kinderfahrrad, ein Stereo-Kofferradio, eine Werkzeugtasche sowie sechs Geschenkgutscheine.

Große Freude herrschte bei allen Gewinnern über die schönen Preise.

Lossen dankte denen, die durch die Rücksendung der Teilnehmerkarten diese schöne Abschlußfeier ermöglichten.

J. Sch.

Wissens- und Ausbildungsstand geprüft

Biedenkopf. Die praktische Prüfung der Grundausbildung war in diesem Jahr das Thema der jährlich stattfindenden Wochenendübung des THW-Bergungszuges Biedenkopf. Aus den unterschiedlichsten Aufgabenbereichen, wie z. B. Atemschutz, Arbeiten mit Faserseilen, Umgang mit Leitern, Holzbearbeitung usw., waren von jedem Prüfling insgesamt 24 Einzelaufgaben zu lösen. Gerät und Material lag jeweils bereit.

Bewertet wurde die fach- und sachgerechte Ausführung der gestellten Aufgabe. Hatte der Prüfling mindestens 75% der gestellten Aufgaben gelöst, galt die Prüfung als bestanden.

Sinn dieser Prüfung ist es, festzustellen, wie der Wissens- und Ausbildungsstand der Helfer ist. Da der Prüfling selbständig arbeiten muß, werden eventuelle Lücken in der Ausbildung sofort sichtbar.

Neben dem offiziellen Teil der Übung blieb genügend Zeit, bei herrlichem Sommerwetter die Ausbildung im Wasserdienst in praktischer Übung zu erweitern.

So wurde das Schlauchboot des THW-OV Biedenkopf und das Mehrzweckboot des THW-OV Bad Wildungen mit Außenbordmotor zu Wasser gelassen und aus einfachen Hilfsmitteln Behelfsfähren gebaut. Besonderen Spaß hatten die Helfer daran, die Fähren auf ihre Tragfähigkeit zu testen und dabei „baden zu gehen“.

Wie in jedem Jahr hatte das DRK Biedenkopf mit Zelten und Feldbetten die Ausrüstung des THW ergänzt. Verpflegt



Ein prüfender Blick – stimmt der Bund? (Foto: Schneider)

wurde der 38 Mann starke Bergungszug aus der eigenen Gulaschkanone.

Beobachter der Übung waren Oberinspektor Hamm, Sachbearbeiter „Katastrophenschutz“ des Kreises, und THW-Geschäftsführer Hoffmann, Kreis Marburg-Biedenkopf.

H. Sch.

Rheinland-Pfalz



Grundscheinprüfung abgelegt

Zell. Helfer der THW-OV Cochem und Zell legten die Grundscheinprüfung ab. Die noch jungen Mitglieder des Ortsver-



Eine der Aufgaben der Prüfung ist das Arbeiten mit dem Gesteinsbohrhammer. (Foto: Reiz)

bandes mußten vor neun überörtlichen Prüfern zeigen, was sie in 130 Stunden Grundausbildung gelernt hatten: Das Kartenlesen, das Arbeiten mit dem Gesteinsbohrhammer, den Aufbau einer Notbeleuchtung, das Anheben eines Lkw's mit der 40-Tonnen-Hydropresse, das Stemmen von Zapflöchern, das Abstützen einer einsturzfährdenden Hauswand, das Durchtrennen einer Abwasserleitung, das Sichern mit Leinen, den Umgang mit der Motorsäge und Metallbearbeitung.

Einige hatten es recht schwer, den Anforderungen gerecht zu werden.

Nach neunstündiger Prüfung konnte schließlich allen Kandidaten die Prüfbescheinigung auf dem Zeller Barl ausgehändigt werden. Nach bestandener Prüfung sind die Helfer berechtigt, an Fachlehrgängen der Katastrophenschutzschulen in Ahrweiler und Burg teilzunehmen.

E. R.

Eine Ehrung seltener Art

Speyer. In besonderer Weise ging der Oberbürgermeister von Speyer, Dr. Roßkopf, auf den großen Erfolg des THW-Instandsetzungszuges Speyer ein, der beim Leistungswettkampf des THW Rheinland-Pfalz unter 15 Konkurrenten unangefochten den ersten Platz belegte. Beteiligt am Wettbewerb war auch der Geheimtip und Favorit der Veranstaltung, die Katastrophenschutzschule Ahrweiler. Sie wurde aus dem Feld geschlagen, und dies mit altem Gerät, da Speyer noch keine neuen Werkzeuge besitzt. Zum Teil mußten fehlende Werkzeuge während des Wettkampfes von anderen Mitbewerbern ausgeliehen werden. Dies hat bewiesen, daß auch Improvisieren erfolgreich sein kann.

In Würdigung dieser Leistung übergab der Oberbürgermeister THW-Landesbeauftragten Dr. Dölbör einen Bildband. Dem Ortsverband überreichte Dr. Roßkopf ein Bild der Stadt Speyer.

Der Landesbeauftragte revanchierte sich mit der THW-Ehrenplakette des Landesverbandes Rheinland-Pfalz „als Dank für stete Verbundenheit mit dem THW-OV Speyer“.

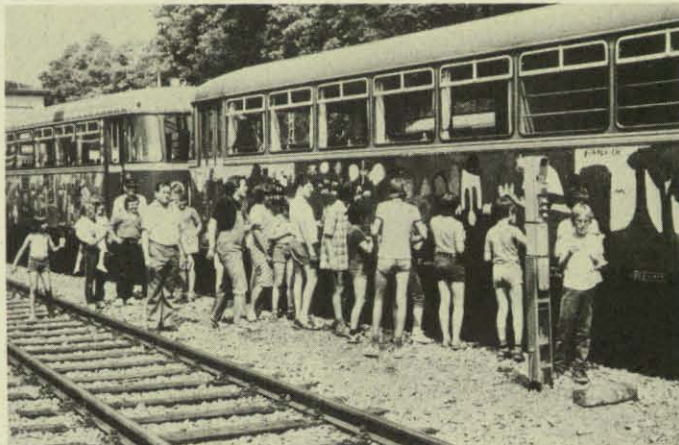
K. K.

Ferienfreizeit mit THW

Zell. Wie bereits im letzten Jahr veranstaltete der THW-OV Zell/Mosel in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des Landkreises Cochem-Zell Ferienfreizeiten für daheimgebliebene Schulkinder. Teilnahme an einer Wasserdienstausbildung, die Durchführung einer Orientierungswanderung und der Besuch der Karl-May-Festspiele in Elspe standen u. a. auf dem Programm. Höhepunkt der Veranstaltungsreihe war jedoch das Bemalen eines Schienenbusses auf dem Bullayer Bahnhof. Die Deutsche Bundesbahn hatte dankenswerterweise ein Fahrzeug auf einem Abstellgleis bereitgestellt. Drei Tage lang wurde der Triebwagen „künstlerisch umgestaltet“.

Damit das Malen nicht zu langweilig

Viel Spaß haben die Kinder am Bemalen des Schienenbusses.
(Foto: Reiz)



wurde, unterbrochen lustige Filme das Pinseln. Ein alter Güterwagen war zum Kino umfunktioniert. Zwischendurch erklärten auch freundliche Beamte der Bundesbahn das Funktionieren eines Stellwerkes und den gesamten Ablauf des Bahnbetriebes. Nach Fertigstellung des bunten Vehikels ging es auf die Jungfernfahrt, woran auch die Eltern der Schüler teilnahmen.

Als „Ferien-Expresß“ wird der Schienenbus auch künftig noch seinen fahrplanmäßigen Dienst zwischen Cochem und Traben-Trarbach tun. Kreisjugendamt und der THW-Helferverein e.V. Zell/Mosel unterstützen die Ferienaktion finanziell. Eine Wiederholung im nächsten Jahr ist sicher.

E. R.

Holzbearbeitung einmal anders

Traben-Trarbach. Vor einigen Wochen stürzte in der Nähe des Wolfer Weges in Traben-Trarbach eine rund fünf Tonnen schwere Esche von zehn Metern Länge ohne Sturmeinwirkung auf das Dach eines Appartementhauses mit 14 Wohnungen. Der Baum war von einer steilen Felswand oberhalb des Hauses umgestürzt, so daß der Stamm fast waagrecht auf dem Dach lag.

Glücklicherweise wurde der schwere Aufprall von einem doppelten Schornstein des Gebäudes abgefangen, was größeren Schaden verhinderte. Sonst wäre wohl der Riese mit Sicherheit in das oberste Geschloß des Appartementhauses eingeschlagen. Die Bewohner verließen fluchtartig das Gebäude, glaubten sie doch zunächst an ein Erdbeben.

Da sich niemand für die Beseitigung des Baumes zuständig erklärte und der Unternehmer hohe Räumungskosten befürchtete, bat er den THW-OV Zell um Hilfe. Im Rahmen von drei Ausbildungsveranstaltungen rückte eine Bergungsgruppe dem umgestürzten Ungetüm zu Leibe. Ein Tag verging, um den Baum vom Geäst zu befreien und im steilen Hang, von dem aus die Esche geborgen

werden sollte, das Unterholz zu beseitigen. Die Arbeit war recht gefährlich und konnte nur mit Rettungsgurten für die Helfer durchgeführt werden.

Anschließend wurden Berechnungen angestellt, wie man die Last vom Dach heben könne. Um den Baum am günstigsten den Hang hinaufzuziehen, wurde der Stamm kurzerhand zum Lastarm umfunktioniert: Die Wurzel wurde mit Ketten und Drahtseilen am Fels fixiert, das Drahtseil von der Seilwinde des Gerätekraftwagens und drei Greifzugseile am oberen Teil des auf dem Dach liegenden Baumstammes befestigt. So hoben die Helfer den Stamm wie den Arm eines Baggers an und drehten ihn zum Hang. In der Böschung wurde der Baumstamm horizontal hochgezogen, an mehreren Stellen gesichert und in fünf Teile zerschnitten. Das Spezialfahrzeug eines Rückebetriebes hob mit seinem Greifarm die Stammteile auf einen Weg. Nochmals mit der Motorsäge zerkleinert, traten die Holzstücke den Weg in den Kachelofen des Hausbesitzers an.

E. R.

Saarland



Einsatz nach Lkw-Unfall

Illingen. An einem Freitag wurden die Träger der Funkalarmempfänger im THW-OV Illingen gegen 8.45 Uhr zu einem Einsatz gerufen. Gegen 9 Uhr waren die ersten sechs Helfer am Einsatzort: Beim Einbiegen in die Hauptstraße in Illingen war der Anhänger eines Lkw's umgestürzt. Dabei war die Ladung auf den Bürgersteig und in das Schaufenster eines Geschäftes gerutscht. Der Spriegel des Anhängers wurde bei dem Unfall stark verbogen und war zum Teil ebenfalls in die Geschäftsauslagen gestürzt.

Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Daher konnte sofort mit der Bergung der Ladung, zwölf Tonnen Profilbretter, begonnen werden. 30 Minuten nach Alarmierung waren 13 Helfer des THW-OV Illingen im Einsatz. Nur ein ganz geringer Teil des Holzes war bei dem Unfall beschädigt worden. Daher wurde die Ladung sorgfältig auf Kraftfahrzeuge des THW umgeladen und in ein nahegelegenes Baustofflager gefahren.

Nachdem das Holz abtransportiert war, mußte der umgestürzte Hänger zuerst aus dem Bereich der unbeschädigten Schaufenster gezogen und dann mit Hilfe der Seilwinde des THW-Unimogs aufgerichtet werden. Danach wurden noch die Plane und der Spriegel des Hängers

Das THW übernimmt die Bergung der Ladung des verunglückten Lkw.

(Foto: Tschöpe)



verlastet und die Straße gereinigt. Insgesamt dauerte der Einsatz der Helfer 3,5 Stunden. M. T.

Entscheidende Hilfe

Saarlouis. Ein Bagger zerriß das Hauptzuleitungskabel für die neue Zentralkokerie der Dillinger Hüttenwerke. Auf der Baustelle im neuen 140 m hohen Kamin wurden auf einer Zwischenbühne in 90 m Höhe fünf Arbeiter eingeschlossen, die mit Innenausmauerungen beschäftigt waren.

Beim Versuch, im Dunkeln hinabzusteigen, wurde einer dieser Arbeiter durch herabfallende Steine verletzt. Er erlitt schwere Schädelverletzungen; hinzu kam eine starke Unterkühlung.

Das Bergen dieses Verletzten war kurzfristig ohne Notstromaggregat mit hoher Leistung nicht möglich. Den Hüttenwerken stand kein eigenes Aggregat zur Verfügung. Der beim Werkschutz der Hüttenwerke beschäftigte THW-Helfer des Ortsverbandes Dillingen, Helmut Wagner, informierte den THW-Geschäftsführer für Saarlouis. Dieser alarmierte die Helfer der Elektro-Gruppe, die binnen kürzester Zeit das 100 kVA-Notstromaggregat des THW-OV Saarlouis zur Unfallstelle brachten und dort in Betrieb setzten.

Durch diesen Einsatz konnte der Schwerverletzte 30 Minuten nach Alarmierung des THW geborgen und ärztlich versorgt werden.

Die Dillinger Hüttenwerke bedankten sich beim THW-Ortsbeauftragten für Saarlouis und den eingesetzten Helfern für die schnelle und entscheidende Hilfe. R. W.

Alarmübung mit umfangreichen Aufgaben

Illingen. Um den neuen Alarmierungsplan und die Einsatzbereitschaft des

THW-OV Illingen zu testen, wurde eine Alarmübung durchgeführt. Freitags wurde gegen 18.00 Uhr erst über Funkalarmempfänger und dann gemäß Alarmierungsplan alarmiert. Den in der Unterkunft eingetroffenen Gruppenführern erläuterte man die zu bewältigenden Aufgaben:

Auf dem Übungsgelände des Ortsverbandes ist ein Evakuierungsplatz für 50 Personen herzurichten. Die AÖ-Gruppe übernimmt den Aufbau der Toilettenanlage, das Füllen des Wasserbehälters und installiert einen Ablauf an der Waschanlage. Die Elektrogruppe sorgt für den elektrischen Anschluß des Küchen- und des Schlafzeltes. Die GW-Gruppe baut die Waschanlage auf, installiert den Wasserbehälter und stellt den Anschluß an die Waschanlage her. Die Jugendgruppe baut zusammen mit freien Helfern die beiden Zelte auf und richtet diese ein.

Die gestellten Aufgaben wurden von den Helfern zur vollsten Zufriedenheit von Zugführer Schuh gelöst. Gegen 22.30 Uhr war die offizielle Übung beendet. 15 Helfer wollten aber die Gelegenheit nutzen und zelteten bis Sonntagabend auf dem Übungsgelände. Samstags mußten dort einige notwendige Arbeiten auf dem Übungsgelände verrichtet werden. Es wurden ein überdachter Holzlagerplatz errichtet, größere Unebenheiten im Gelände beseitigt und Krafftfahrer auf dem Unimog ausgebildet. Bedingt durch große Hitze an diesem Wochenende waren die Arbeiten recht strapaziös und jeder freute sich auf den wohlverdienten Feierabend. Nach einem gemeinsamen Abstecher an einen Weiher wurde dann bis zum frühen Sonntagmorgen am Lagerfeuer gesungen und gefeiert.

Für Sonntag stand nur noch der Abbau des Lagers an, der zügig vonstatten ging. So wurde das Angenehme (Zeltlager) mit dem Nützlichen (Übung) zur Zufriedenheit alle Beteiligten verbunden. M. T.

Brückenschlag über den Köllerbach

Völklingen. Wieder einmal hat der THW-OV Völklingen sein Können und seinen hohen Ausbildungsstand unter Beweis gestellt. Als Ersatz für eine wegen Baufälligkeit gesperrte Brücke erstellte der Ortsverband in Absprache mit der Stadt Völklingen an gleicher Stelle eine neue elf Meter lange Stahlbrücke. Der Leistungsumfang bei diesem Einsatz beinhaltete die Planung der Konstruktion sowie den gesamten Aufbau; lediglich die Statik wurde vom zuständigen Tiefbauamt erstellt.

Die Einzelteile der insgesamt ca. drei Tonnen schweren Stahlkonstruktion wurden, nachdem sie von einer Firma verzinkt worden waren, auf dem Gelände des Ortsverbandes Völklingen zusammengesweißt. Die so vorgefertigte Brücke mußte danach zu ihrem Bestimmungsort transportiert und fertiggestellt werden.

Insgesamt kamen über 300 Helferstunden zusammen, bis die Brücke der Stadt Völklingen übergeben werden konnte. Der Oberbürgermeister der Stadt Völklingen, Durand, wies während der Übergabe auf die verkehrstechnische Bedeutung der Brücke als Fußgängerweg zu dem gewerblichen und kaufmännischen Bildungszentrum und als Verbindung des Stadtteils Heidstock zum Zentrum hin und lobte die schnelle und einwandfreie Abwicklung des Bauvorhabens durch das THW. J. W.

Brückenschlag als Selbstdarstellung

Lebach. Die Jahresübung des THW-OV Lebach in Form eines Brückenbaus über die Theel fand großen Anklang bei der Bevölkerung.

Die Vorbereitungen begannen bereits am Freitag: Das benötigte Material wurde an den Ort des Vorhabens, in der Nähe eines Trafohauses in der Innenstadt, befördert. Erste Fundamente wurden gelegt. Die Jugendgruppe baute ein Zelt am Theelufer auf, um ab Freitag darin zu übernachten.

Punkt 9.00 Uhr begann am Samstag der Brückenbau. Leiter des Projektes war Peter Serwe, der mit seinen Gruppenführern Martin Schöner und Michael Sehn die einzelnen Abschnitte zu leiten hatte. Schneller als vorgesehen formte sich aus Balken, Latten, Schrauben und Bohlen eine komplette Fußgängerbrücke über die Theel.

Die Jugendgruppe wollte natürlich nicht nachstehen. Unter der Leitung des Junghelfers Klaus Johäntgen demonstrierten die Helfer den Seilbahnbau und

den Bau einer Behelfsbrücke für Fußgänger über die Theel. Sie mußte natürlich etwas kleiner ausfallen, als die Brücke der „Profis“. Am Ende zollte man der Jugendgruppe viel Lob und Anerkennung für ihre geleistete Arbeit.

Unter den Jung Helfern befanden sich auch drei weibliche Teilnehmer, die genauso hart zapackten wie ihre männlichen Kameraden.

Der Ortsverband hatte auch einen Informationsstand aufgestellt und an einem Gerätekraftwagen konnte sich die Bevölkerung die Geräte und deren Handhabung erläutern lassen.

Punkt 18.00 Uhr durchschnitt Bürgermeister Jung das weiße Band der Brücke und übergab sie für einen Tag der Bestimmung. Erst mußte diese aber einer Belastungsprobe standhalten, doch konnte der Kleinbus des THW sie nicht zum Wanken bringen. Nach der Würdigung der Arbeit der Helfer durch den Bürgermeister, stellte dieser die Möglichkeit in Aussicht, in naher Zukunft solch eine Brücke nicht nur als Übungszweck, sondern als beständige Fußgängerbrücke durch das THW Lebach bauen zu lassen.

Am Sonntag wurde die Brücke wieder abgebaut. Nach Worten des Ortsbeauftragten Schmitt verlief die Übung optimal. Der Einsatz der Helfer sei vorbildlich gewesen, die Selbstdarstellung des THW Lebachs in der Öffentlichkeit zur vollsten Zufriedenheit verlaufen. Er hoffe auf gewecktes Interesse innerhalb der Bevölkerung und möglichst auf Nachwuchs für den Ortsverband.

Aufmerksame Beobachter waren neben Vertretern der Feuerwehr und des DRK auch Oberregierungsrat Henkel vom Referat „Ausbildung“ im Bundesamt für Zivildienst, Vertreter der Stadt und vom THW Landesbeauftragter Günter Fass und Geschäftsführer Werth. R. N.

Blockhütte für Angler und Wanderer errichtet

Dillingen. Erst kürzlich zeigte ein Sonntageinsatz des THW-OV Dillingen nach einem Erdbeben in der Gemeinde Rehlingen-Siersburg, daß der Wirkungsbereich des Ortsverbandes weit über die Grenzen der Stadt Dillingen hinausreicht.

Bestätigt wurde dies jetzt wieder durch den Bau einer Blockhütte in der Gemeinde Wallerfangen. Die THW-Helfer errichteten dort ein Holzhaus mit einer Gesamtfläche von ca. 60 qm oberhalb der Fischweiher in Rammelfangen.

Teile der Hütte wurden bereits von Helfern unter Leitung des Zugführers Rolf Zech in der Unterkunft in Dillingen vor-

gefertigt. Dies geschah alles außerhalb der normalen Ausbildungsabende, insbesondere nach Feierabend und an zahlreichen Samstagen.

Nachdem diese Arbeiten abgeschlossen waren, konnte die Hütte in der Zeit vom 12. bis 15. August von rund 30 Helfern unter der Bauleitung von Lothar Seiwert in Rammelfangen aufgebaut werden. Für die Jugendgruppe wurde für diese Zeit ein Zeltlager errichtet. Tagsüber halfen die Jugendlichen neben zahlreichen Fachkräften eifrig mit am Bau, und abends klang der Tag am gemütlichen Lagerfeuer aus. Für gute Verpflegung sorgte Chefkoch Werner Schaller in bewährter Weise.

Der zügige Fortgang der Arbeiten gestattete, bereits am zweiten Arbeitstag das Richtfest zu feiern. Die verbleibende Zeit wurde mit der Dacheindeckung, dem Anstrich der Hütte und anderen kleineren Arbeiten ausgefüllt.

Während des viertägigen Arbeitseinsatzes konnten die THW-Helfer viele Besucher begrüßen, insbesondere aus den Reihen des Anglervereins, dem das Blockhaus zur Verfügung stehen wird.

Außerdem überzeugten sich der Bürgermeister der Gemeinde Wallerfangen, Walter Hettinger, und der THW-Geschäftsführer des Kreises Saarlouis, Rudi Werth, vom Fortgang der Arbeiten. Beide waren beeindruckt von der Einsatzfreude der Helfer und Bürgermeister Hettinger hob den guten Kontakt seiner Gemeinde zum Ortsverband Dillingen besonders hervor.

Nach der Fertigstellung der Blockhütte dankte Ortsbeauftragter Heinz Kurt Labouvie allen Aktiven herzlich für die insgesamt über 1500 geleisteten Arbeitsstunden. Den Helfern selbst war es eine Freude, durch den Aufbau der Blockhütte in Rammelfangen zu einer weiteren Aufwartung des Saargaus im Hinblick auf seinen Naherholungscharakter beigetragen zu haben. M. S.

Baden-Württemberg



Zaunanlage für Tiergehege erneuert

Mühlacker. Der Instandsetzungszug des THW-OV Mühlacker ersetzte den schadhaften Zaun eines Tiergeheges auf einem Campingplatz in Knittlingen durch ein neues Weidegatter. Zehn THW-Helfer waren den gesamten Samstag über im Einsatz. Es wurde gebohrt, gehämmert und geschraubt, und am Abend war der schmucke neue Zaun im Eingangsbereich des Campingplatzes fertig. THW-Ortsbeauftragter Rudolf Keppler überzeugte sich an Ort und Stelle von der sauberen und soliden Arbeit der Helfer. R. H.

In der Schweiz den Ernstfall geprobt

Kirchheim. 44 Helfer des THW-OV Kirchheim folgten der Einladung des Schweizer Zivildienstverbandes des Kantons Luzern zu einer Wochenendausbildung auf dem Gelände des Schulungszentrums in Hitzkirch. Der seit einigen Jahren bestehende Kontakt zu der dortigen Schulleitung hatte den Kirchheimern sowie einigen Angehörigen des MHD diese Möglichkeit zur Überprüfung und Weiterführung des Ausbildungsstandes eröffnet.

Besonderes Augenmerk wurde auch der planmäßigen Durchführung einer Kolonnenfahrt gewidmet, die die Helfer mit ihren sechs Einsatzfahrzeugen über Singen und Zürich nach Hitzkirch führte.

Die Ausrichtung des Übungsablaufes an einem möglichen Ernstfall wurde durch einen von der Schweizer Ausbildungsleitung erarbeiteten Regieplan und durch eine wirklichkeitstreue Darstellung



Mit dem Schleifkorb werden „Verletzte“ abgelassen.

(Foto: Rösel)

des Schadensortes, einer dem Schulungszentrum angegliederten Trümmerstrecke, gewährleistet.

Jungen und Mädchen aus Hitzkirch waren für die Darstellung der zu bergenden „Verletzten“ gewonnen worden.

Nach einer Schadenserkundung durch den Zugtrupp übernahmen zwei Bergungs-, eine Räum- und Gerätegruppe die Aufgabe, die „Verletzten“ aufzufinden und unter Beseitigung der Hindernisse zu ihnen vorzudringen.

Es wurden Decken mit Hilfe des Öldruckhebers angehoben, Mauertrümmer mit Greifzügen und Seilwinden verschoben, Wände mit dem Aufbrechhammer durchbrochen, Stahlträger mit Brennschneidergerät durchtrennt, Kellergänge freigeräumt und blockierende Holzbohlen mit Motor- und Handsägen beseitigt. Auch ein Entstehungsbrand wurde unter Kontrolle gebracht und abgelöscht. Die anschließende Bergung der „Verletzten“ erfolgte mit dem Rollgliss-Gerät, Schleifkorb, Bergungstuch und -wanne sowie einigen Hilfskonstruktionen.

Ziel war es, eine verletzungsgerechte Versorgung der „Opfer“ zu gewährleisten. Hierbei bewährte sich die enge Zusammenarbeit mit den Sanitätern des MHD.

Die Übung endete in den Nachmittagsstunden nach der Errichtung einer befahrbaren Behelfsbrücke aus Freileitungsmasten über einen Bachlauf. Die verbleibenden Stunden wurden zum Wiederherrichten des Übungsgeländes sowie zu einem ausgedehnten Stadtbummel in Luzern genutzt.

THW-Ortsbeauftragter Gerd Frühling dankte sich bei der morgendlichen Verabschiedung beim Schulleiter für die Gelegenheit, das enge Zusammenwirken zweier Fachdienste im Katastrophenschutz zu erproben. Er hoffe, daß der Erfahrungsaustausch über die Grenzen hinweg fortgeführt werde. J. R.

Nachruf

Am 30. September 1983 verstarb nach schwerer Krankheit unser langjähriger Ortsbeauftragter

Karl Lang

im Alter von 64 Jahren.

Lang war Gründungsmitglied des THW-OV Waldshut-Tiengen und hat sich große Verdienste beim Aufbau des Ortsverbandes erworben. Sein Wirken im humanitären Dienst und seine Beliebtheit in der Helferschaft ist uns eine große Verpflichtung für die Zukunft.

Die Helfer des THW-OV Waldshut-Tiengen und der THW-Geschäftsstelle

Bayern



THW auf Höhlentour

München. Völlige Dunkelheit, enge Gänge sowie An- und Abstiege in den lehmverschmierten Klüften einer Höhle bieten ideale Voraussetzungen für eine Bergungsübung unter erschwerten Bedingungen.

Der THW-OV München I griff diese Möglichkeit der Ausbildung auf und führ-

Die THW-Helfer versammeln sich am tagfernten Punkt, bevor der Ausstieg aus der Höhle beginnt.
(Foto: Riering)



te mit Helfern des 1. Bergungszuges eine Tour in die „Angerloch-Höhle“ am Walchensee durch. Die Wahl der Höhle erfolgte auf Anraten einiger Helfer des Ortsverbandes, die sich in ihrer Freizeit als aktive Höhlenforscher betätigen.

Das Angerloch liegt verkehrstechnisch sehr günstig in der Nähe eines Parkplatzes an der Bundesstraße 11, kurz nach dem Walchensee. Von dort aus gelangt man nach einem halbstündigen Anstieg an das Portal der Höhle.

Klettertechnisch ist das 626 Meter lange Gangsystem mäßig leicht zu begehen, so daß die insgesamt 37 Meter Höhenunterschied innerhalb der Höhle auch für Ungeübte bezwingbar sind.

Der Transfer aller 15 Beteiligten vom Zentrum für Katastrophenschutz München zum Walchensee erfolgte mit einem Mannschaftskraftwagen und einem VW-Kombi. Nach einer 2½stündigen Fahrt erreichte das Team um 9.30 Uhr den Parkplatz, den Ausgangspunkt für die Höhlentour.

Von hier aus begann ein Fußmarsch zum Angerloch, der durch die stellenweise sehr steilen Anstiege die Kondition einiger Helfer auf eine harte Probe stellte.

Als Ausrüstungsgegenstände wurden mehrere Tragesätze, Halte- und Bindeleinen sowie als Beleuchtungsgeräte Handscheinwerfer und Kopf-Handleuchten mitgenommen. Das Tragen

von Schutzhelmen war unter den extremen Bedingungen unbedingt erforderlich.

Während des Einstiegs zum tagfernten Punkt der Höhle wurde keine Bergungsübung durchgeführt. Die Helfer mußten sich erst einmal an die ungewohnte, extreme Situation gewöhnen.

Bereits die ersten 20 Meter passierte man wegen des niedrigeren Höhlendekenniveaus in gebückter Haltung. Hier bewahrte der Helm viele vor Kopfverletzungen. Danach folgten steil abfallende Wandstufen, Gänge, Hallen und labyrin-

thische Gabelungen. Während der Passage der Steilstufen waren die Helfer mit Leinen gesichert.

Ein visueller Höhepunkt des Unternehmens war sicherlich das Erreichen des Höhlenbachs, der über mehrere schöne Sinterbecken aus einem Canon talwärts fällt.

Nach dieser Augenweide mußten noch einige schwierige Passagen überwunden werden. Ein kleiner See wurde auf einem Baumstamm überquert. Danach folgte eine sieben Meter hohe Wand, die es zu erklettern galt. Am sogenannten Kristallsyphon erreichten die Helfer ihren tagfernten Punkt.

Auf dem Rückweg zum Eingangsbereich der Höhle wurde das Sichern von noch gehfähigen „Verletzten“ mit Behelfsmitteln und dem Bergetuch geübt.

Alle an der Übung beteiligten Helfer waren vor dieser Exkursion in die Unterwelt begeistert. Die erhöhten physischen und psychischen Anforderungen bewirkten eine Festigung des Teamgeistes innerhalb der Gruppe.

Die mit der Höhlentour gewonnenen Erfahrungen sollen 1984 in einem größeren Höhlenprojekt angewendet werden.

Der Ortsverband München I plant eine umfassende Säuberungsaktion in der Salzgrabenhöhle am Königssee (Berchtesgaden), die von leichtfertigen Höhlentouristen immer wieder stark verschmutzt wird. I. v. W. + P. M. B.

Münchner Theaterfestival – THW sichert Stromversorgung

München. Im Münchner Englischen Garten, auf der Wiese, die 1972 Austragungsort des olympischen Bogenschießens war, schuf der THW-OV München I die Voraussetzungen für die Strom- und Wasserversorgung des Theaterfestivals 1983.

Unter der Leitung von Roland Eck wurde zuerst die Strecke vermessen und mit Markierungsfähnchen abgesteckt. Danach begann man die Mastabstände von 15 Metern „auszupflocken“. An diesen markierten Stellen setzte eine Firma die Masten.

Benötigt wurden vier unterschiedliche Masttypen mit jeweils sieben Metern Höhe. Die Garnierung aller vier Masttypen mit Tragösen sowie ihr Zusammenbau erfolgte ebenfalls durch Helfer des Instandsetzungsdienstes.

An einem Samstag zogen Helfer sechs Millimeter starke Stahlseile mit Textilseele durch die Ösen der mittlerweile aufgestellten Masten. Im Abstand von drei bis fünf Metern wurden die Elektro-schlauchleitungen mit Erdungsschellen



Die benötigten Masten werden von den THW-Helfern zusammengebaut. (Foto: Busler)

an den Stahlseilen befestigt. Der Instandsetzungsdienst verlegte auf diese Weise insgesamt an die 1700 Meter Energieversorgungskabel mit einer Maximalleistung von 0,5 Megawatt.

Am letzten Arbeitswochenende wurde zusätzlich an jedem zweiten Masten eine Neonpeitschenleuchte befestigt und angeschlossen.

Der Ortsverband München I war nicht für den Anschluß an die Trafostation und an die Endverteiler zuständig. Diese Aufgabe übernahmen Mitarbeiter des Theaterfestivals.

Parallel zur Montage der Neonleuchten installierte der 1. Zug des Ortsverbandes die Wasserleitung.



Helfer des THW-OV München II bergen die Ladung. (Foto: Ramsauer)

Ecke Mandl/Thiemestraße befand sich die Entnahmestelle für das Wasser. Von dort aus wurde eine Schlauchbrücke über den Eisbach gelegt. Am Rand des Englischen Gartens mündete dann dieser Schlauch in einen Verteiler, von dem aus Rohrleitungen zu den einzelnen Verbrauchern führten.

Mit ca. 450 Meter verlegter Leitung war die Wasserversorgung des Casinos der auf dem Gelände lebenden Künstler und des vorbeugenden Brandschutzes gesichert.

Die Montage der Strom- und Wasserversorgung bereitete keine Schwierigkeiten. Gesamtkoordinator Werner Rochelmeyer, stv. THW-Ortsbeauftragter, äußerte sich über den Ausgang des Unternehmens positiv: „... alle Einrichtungen funktionierten auf Anhieb!“

P. M. B.

Umgestürzter Lkw auf Autobahn

München. Auf der Autobahn München – Salzburg stürzte ein mit Holzpaneelen beladener Lkw um. Zugmaschine und Hänger waren offenbar nach einem Bremsmanöver während eines Überholvorganges ins Schleudern geraten, hatten sich um 180 Grad gedreht und kippen um. Der Fahrer hatte Glück – er blieb unverletzt.



Viele Zuschauer zieht die Bergungsübung des THW an. (Foto: Ramsauer)

Helfer des 4. Bergungszuges des THW-OV München II (Ost) konnten die Ladung des 18-Tonnern bergen, nachdem die Formalitäten durch Zoll und Haveriekommissar abgeschlossen waren.

Ein Teil der Ladung konnte dabei mit dem aufgestellten Zugfahrzeug abtransportiert werden, der Rest mit zwei Containern.

K. R.

„Tag der offenen Tür“

München. Als guten Erfolg läßt sich der diesjährige „Tag der offenen Tür“ bezeichnen, bei dem sich der THW-OV München II (Ost) der Bevölkerung vorstellte.

Die Veranstaltung, bei der auf Initiative des Ortsverbandes auch die Freiwillige Feuerwehr und die JUH teilnahm, fand diesmal in der Nähe eines Einkaufszentrums in München-Perlach statt.

Weit über 1000 Besucher konnten begrüßt werden, wovon ca. zwei Drittel Kostproben aus der Feldküche genossen. Die Qualität des Eintopfgerichts wurde von allen „Testessen“ gelobt.

Reges Interesse fand auch die mehrmals gezeigte Zusammenarbeit der Fachdienste anlässlich eines gestellten Verkehrsunfalls, bei dem ein „Verletzter“, nach dem Löschen eines Fahr-

zeugbrandes durch die Feuerwehr, vom Bergungsschnelltrupp des THW aus dem Pkw geborgen und anschließend von den „Johannitern“ versorgt und abtransportiert wurde.

Neben Löschvorführungen der Feuerwehr und Demonstration des Sprungtuches führte die JUH Blutdruckmessungen durch und zeigte in ihrem eigenen Filmzelt u. a. Bilder von Sanitätseinheiten.

Ständig gut besucht war auch das Filmzelt des THW, in dem Filme über die Arbeit der Feuerwehr und des THW gezeigt wurden.

Rege interessiert waren die Besucher auch an den ausgestellten Fahrzeugen der Organisationen. Das THW stellte diesmal einen kompletten Bergungszug vor.

Mancher der 30 eingesetzten THW-Helfer fühlte sich als „Ersatzvater“, wenn die zahlreichen Kinder der Gäste die THW-Fahrzeuge inspizierten und „Helfer“ spielten. K. R.

THW und JUH probten den Ernstfall

Fürstenfeldbruck. Rund 80 Helferinnen und Helfer der JUH und des THW stellten an einem Wochenende unter Beweis, was sie bis jetzt gelernt und an Fertigkeiten erlangt haben. Zu diesem Zweck haben die beiden Organisationen erstmals in einer großangelegten gemeinsamen Übung den Ausbildungsstand ihrer Helferinnen und Helfer getestet.

Für die THW-Helfer begann der Einsatz bereits in der Nacht zum Samstag. Sie mußten für einen angenommenen Hochwasserfall zwei Behelfsstege über die Amper bauen, und zwar zwei vollkommen unterschiedliche Konstruktionen.

Während eine Gruppe den Tonnensteg (aus Schwimmkörpern und Fertigteilen) errichtete, bei dem die größte Schwierigkeit darin liegt, ihn auch bei starker Strömung ausreichend zu fixieren, mußte eine andere Gruppe den sogenannten Beseler-Steg bauen. Der Steg besteht ausschließlich aus Holz (Bohlen und Telegraphenmasten) sowie Tauwerk und wartet gleich mit mehreren größeren Schwierigkeiten auf: Die Verbindungen aus Tauwerk müssen extremen Beanspruchungen standhalten und millimetergenau sitzen. Dafür müssen die Wicklungen und Knoten (in der Fachsprache „Stiche“ und „Bunde“ genannt) peinlich genau nach Vorschrift erfolgen. Der fertige Steg enthält dann ca. 20 solcher komplizierten Verbindungen. Zuletzt wird dann das gesamte Bauwerk, das nun aus zwei Brückenteilen von enormem

Den Einsatzkräften wird bei der Übung viel abverlangt. Die Bedingungen kommen einem Ernstfall sehr nahe.

(Foto: Schneider)



Gewicht besteht, mit Muskelkraft über das Gewässer geschoben.

Beide Stege hielten allen geforderten Beanspruchungen sowie den „Argusaugen“ des THW-Ortsbeauftragten Dieter Mayer stand und wurden daraufhin noch in derselben Nacht wieder entfernt.

Samstag früh ging es dann gemeinsam mit der JUH weiter. Freilich waren die Führungen der beiden Organisationen bereits etwas früher aufgestanden. Sie hatten sich nämlich etwas Besonderes einfallen lassen: Um die Übung so realistisch wie möglich zu gestalten, wurden 15 Personen als Verletztendarsteller geschminkt und mit Kopf- und Schädelverletzungen, offenen Brüchen und Schlagaderverletzungen (aus denen mit Hilfe einer kleinen Pumpe noch „richtig Blut“ floß) zu verschiedenen Unfallstellen gebracht.

In einer Kiesgrube wurde eigens ein Schrottauto zum Absturz gebracht und mit zwei Verletztendarstellern ausgestattet. Die restlichen „Verletzten“ kamen ins alte Kreis Krankenhaus an der Ludwigshöhe. In diesem Gebäude mußte nichts mehr extra auf Katastrophe getrimmt werden, denn das seit langem leerstehende Haus ist hochgradig baufällig, einsturzgefährdet und ein Treppenhaus existiert nicht mehr.

Hier konnten die Helferinnen und Helfer so richtig zeigen, was in ihnen steckt. Und obwohl die Mitglieder der beiden Organisationen sich noch gar nicht kannten, denn der Jugendzug der JUH besteht aus lauter Neulingen, die teilweise erst seit August im Dienst sind, klappte die Zusammenarbeit vorbildlich.

Die JUH war mit 25 Sanitätern, zwei Rettungsfahrzeugen und einem Transporter angerückt. Sogleich begannen die Helfer mit dem Aufbau eines großen Zeltes, das als Verletzten-Sammelstelle diente, und bevor die Ausbilder und Schiedsrichter noch richtig schauen konnten, war der Aufbau bereits perfekt erledigt. Für diese Meisterleistung bekamen die Helferinnen und Helfer dann

auch das größte Lob von Gruppenführer Reinhold Striegler.

Anschließend wurden im Zelt die zwölf Verletztendarsteller, die zuvor vom THW erstversorgt und mit Hilfe des Rollgliss-Geräts und Leiter-Hebeln geborgen wurden, von der JUH umgebettet, fachkundig untersucht und entsprechend der angenommenen Verletzung versorgt.

Die Helferinnen und Helfer der JUH mußten Verbände anlegen, Brüche schienen, Schocks behandeln sowie Infusionen und Beatmung vorbereiten. Danach wurden die „Verletzten“ – ebenfalls von der JUH – abtransportiert.

Während der Jugendzug der JUH mit den vielen „Verletzten“ alle Hände voll zu tun hatte, kam auch deren Führungsmannschaft ganz schön ins Schwitzen. Außer der Kontrolle ihrer eigenen Helfer hatten sie nämlich auch die Begutachtung der Erste-Hilfe-Maßnahmen und der Bergungsarbeiten der THW-Helfer übernommen. Und das gleich an mehreren Einsatzstellen, denn das THW hatte ja außer der Bergung an der Ludwigshöhe auch noch das abgestürzte Fahrzeug in der Kiesgrube auf ihrem Programm stehen.

Die Befreiung der „Verletzten“ aus ihrem Auto sowie die Bergung des Fahrzeuges über die ca. zehn Meter hohe Böschung erfolgte durch eine zweite Gruppe des THW parallel zu der Aktion an der Ludwigshöhe.

Nachdem hier die „Verletzten“ geborgen und versorgt waren, wurde das Auto mit Hilfe eines Dreibockes (aus Telegraphenmasten und Tauwerk gebunden), einer Umlenkrolle, Stahlseil und Greifzug geborgen und auf einen Lastwagen verladen.

Da der Erfolg der Übung von beiden Organisationen äußerst positiv bewertet wurde, sollen solche Aktionen in den nächsten Jahren regelmäßig stattfinden und die gute Zusammenarbeit in der Ausbildung noch weiter ausgebaut werden.

F. W. Sch.

Der Warndienst und das IV. Genfer Abkommen

Fortsetzung
aus Heft 10/83

Diese Aufgaben sind:

- Warndienst
 - Evakuierung
 - Bereitstellen und Verwaltung von Schutzräumen
 - Durchführung von Verdunklungsmaßnahmen
 - Bergung
 - medizinische Versorgung einschließlich Erster Hilfe und geistlichen Beistands
 - Brandbekämpfung
 - Aufspüren und Kennzeichnung von Gefahrenzonen
 - Dekontamination und ähnliche Schutzmaßnahmen
 - Bereitstellung von Notunterkünften und -verpflegungsgütern
 - Notdienst zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung in notleidenden Gebieten
 - Notinstandsetzung unentbehrlicher öffentlicher Versorgungseinrichtungen
 - Bestattungsdienst
 - Hilfsdienste bei der Erhaltung lebensnotwendiger Objekte
 - Planung und Organisation der vorstehenden Aufgaben
- Entscheidendes Gewicht kommt hierbei
- humanitären Aufgaben zum Schutze der Zivilbevölkerung,
 - der Überwindung der unmittelbaren Auswirkungen von Feindseligkeiten und

- der Schaffung der für das Überleben der Zivilbevölkerung notwendigen Voraussetzungen zu.

Zivilschutzorganisationen im Sinne dieses Protokolls sind hierbei die von den zuständigen Behörden einer der am Konflikt beteiligten Parteien zur Wahrnehmung einer der vorstehend genannten Aufgaben geschaffenen oder zugelassenen Einrichtungen und Einheiten, denen ausschließlich diese Aufgaben zugewiesen sind und die ausschließlich dafür eingesetzt werden. Die zivilen Schutzorganisationen und ihr Personal werden ausdrücklich geschont und geschützt. Außer im Falle zwingender militärischer Notwendigkeit sind sie berechtigt, ihre Zivilschutzaufgaben wahrzunehmen.

Der Warndienst ist hierbei nicht nur als die technische Einrichtung eines Warnamtes oder eines Netzes von Luftschutzsirenen zu verstehen. Seine Spannweite umfaßt nicht nur die Warnung vor Gefahren aus der Luft, sondern auch das Warnsystem des ABC-Dienstes. Außer den technischen Geräten ist zur Warnung der Zivilbevölkerung der Einsatz von geschultem Personal des Zivilschutzes erforderlich, sei es in den Warnämtern und Meßstellen, sei es im mobilen Warndienst oder bei der Umsetzung von Warnungen in konkrete Maßnahmen. Hierbei ist auch an die vorübergehende Räumung gefährdeter Teilgebiete oder Stadtgebiete, aber auch an Evakuierungsmaßnahmen größeren und kleineren Umfangs zu denken. Die Benachrichtigung der Zivilbevölkerung kann in diesen Fällen eine Funktion des Warndienstes sein.

Es ist aber zu beachten, daß der Warndienst nur als humanitäre Aufgabe zum Schutze der Zivilbevölkerung unter Schutz steht und daß er diesen Schutz verliert, wenn er benutzt wird, um den Feind schädigende Handlungen zu begehen. Das bedeutet aber nicht, daß die Warnungen nur an die besonders geschützte Zivilbevölkerung, nicht aber an Fabriken, Rüstungsbetriebe, Verkehrsträger oder sonstige nicht geschützte Unternehmungen gegeben werden dürfen. Auch dort arbeitende Zivilpersonen haben Anspruch auf Schutz und verlieren ihn prinzipiell auch nicht durch ihre Tätigkeit an einem besonders gefährdeten Arbeitsplatz. Da von der Planung und der Organisation nicht gewollt wird, nichts dagegen einzuwenden sein, daß die allgemeine Warnung natürlich auch die Streitkräfte erreicht und sie mög-

licherweise zu militärischen Reaktionen veranlaßt. Der Schutzanspruch des Warndienstes wird durch diese unvermeidlichen Begleiterscheinungen nicht verringert.

Der Warndienst der Bundesrepublik Deutschland auf der Rechtsgrundlage des Gesetzes über den Zivilschutz vom 9. August 1976 entspricht in allen Einzelheiten auch dem I. Zusatzprotokoll zu dem Genfer Abkommen vom 12. August 1949. Lediglich das Führen des im I. Zusatzprotokoll vorgesehenen internationalen Schutzzeichens ist noch nicht geregelt. Es soll ein gleichseitiges Dreieck auf orangefarbenem Grund sein.

Empfohlen wird,

- daß, wenn sich das blaue Dreieck auf einer Fahne, einer Armbinde oder einer Brust- bzw. Rückenmarkierung befindet, diese den orangefarbenen Grund bilden,
- daß eine Spitze des Dreiecks nach oben zeigt,
- daß keine Spitze des Dreiecks bis zum Rand des orangefarbenen Grundes reicht.

Das internationale Schutzzeichen muß eine den Umständen angemessene Größe besitzen. Das Zeichen wird nach Möglichkeit auf einer glatten Fläche oder auf Fahnen angebracht, die nach möglichst allen Seiten und möglichst weithin sichtbar sind. Bei Nacht oder bei beschränkter Sicht kann das Zeichen erleuchtet sein oder angestrahlt werden. Es kann auch aus Material bestehen, das seine Erkennung durch technische Hilfsmittel ermöglicht. Vorbehaltlich der Anweisungen der zuständigen Behörde hat das Zivilschutzpersonal nach Möglichkeit eine mit dem internationalen Schutzzeichen versehene Kopfbedeckung und Kleidung zu tragen.

Folgerungen meines Vortrages

1. Die Furcht vor einer militärischen Auseinandersetzung in Europa ist solange unberechtigt, solange das Gleichgewicht der Kräfte im Rüstungsbereich erhalten bleibt und in den freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Staatswesen die Bereitschaft zur Verteidigung der Freiheit und der Menschenrechte besteht.

2. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, es wird nach wie vor von über 90 % unserer Mitbürger bejaht, verpflichtet jeden einzelnen Bürger beizutragen, daß die nationale und staatliche Einheit gewahrt bleibt und seine Bürger als gleichberechtigte Mitglieder in einem vereinten Europa dem Frieden

der Welt dienen. Hieran darf nicht gerüttelt werden.

3. Die Unterstellung, an Vorbereitungen zur Führung eines Angriffskrieges sich zu beteiligen, Artikel 26 des Grundgesetzes verbietet dies, ist bösartig und durch nichts, aber auch nichts gerechtfertigt oder beweisbar. Solchen Unterstellungen ist entschieden entgegenzutreten.

4. Für jeden vernünftig denkenden Menschen müßte nach wie vor die Aussage der Präambel zum Nordatlantikvertrag gelten, die lautet: Die Parteien dieses Vertrages bekräftigen ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Satzungen der Vereinten Nationen (UNO) und ihren Wunsch, mit allen Völkern und Regierungen in Frieden zu leben. Sie sind entschlossen die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten. Sie sind bestrebt, die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet zu fördern.

Sie sind entschlossen, ihre Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu vereinigen.

Ich bitte Sie daher, sich nicht Gegenteiliges unterstellen oder einreden zu lassen, sondern in Ihrer zuverlässigen Mitarbeit im Warndienst, dessen humanitären Aufgaben und Zielen Sie sich zu erfüllen entschlossen haben, nicht nachzulassen. Damit tragen Sie mit Sicherheit zum Frieden in dieser Welt bei.

Öffentlichkeitsarbeit mit praktischem Nutzen

In Durchführung der in regelmäßigen Zeitabständen angeordneten Erprobung und Prüfung der brandschutztechnischen Einrichtungen des Warnamtes VII wurde mit dem Verbandswehrliefer der Verbandsgemeinde Rüdesheim/Nahe eine Übung mit den Feuerwehren der Nachbargemeinden des Warnamtes VII vereinbart.

Angenommen wurde ein Großbrand des Unterkunftsgebäudes des Warnamtes mit der Möglichkeit des Überspringens des Feuers auf den unmittelbar angrenzenden Wald. Das Warnamtsgelände mit den vorhandenen Löscheinrichtungen bot eine ideale Übungsstätte.

In den beiden im Kreisgebiet verbreiteten Zeitungen „Allgemeine Zeitung“ und „Öffentlicher Anzeiger“ war darüber zu lesen

„Von Sirenengeheul aufgeschreckt wurden die Weinsheimer Bürger. Feuerwehrleute eilten zum Gerätehaus, wo es hieß, im Warnamt VII brenne es.

Als dann in zeitlichen Abständen die Sirenen in den Nachbargemeinden aufheulten, wurde sofort von einem größeren Brand gesprochen.

Am Einsatzort angekommen, wurde aber dann festgestellt, daß es sich um eine Übung auf größerer Ebene handelt. Vom Verbandswehrlieferer Alois Schild, Gutenberg, war als Vorgabe ein Dachstuhlbrand in der Mitte des Gebäudes angenommen worden.

Die Weinsheimer Wehr, die nach wenigen Minuten am ‚Brandort‘ war, begann sofort mit den Löschangriff von außen, während die Feuerwehr aus Rüdesheim und Waldböckelheim wenige Minuten später den Brand im Gebäudeinnern zu bekämpfen begann. Ihre hauptsächliche Aufgabe bestand darin, mit schwerem Atemschutzgerät in das Innere des Hauses vorzudringen und aus den bereits verqualmten Räumen zwei Weinsheimer Feuerwehrkameraden zu retten.

Die Wehr aus Hüffelsheim wurde ebenfalls wie die aus Weinsheim mit dem Löschangriff von außen beauftragt, während die Mandeler Mannschaft ein Übergreifen des Feuers auf den angrenzenden Wald verhindern sollte. Allgemein



Die anrückenden Löscheinheiten werden durch die mobile Einsatzleitung (vorn rechts) in ihre Einsatzorte eingewiesen. (Foto: Scheick)

positiven Anklang fand das Erscheinen einer dreiköpfigen Sanitätlergruppe vom DRK Hüffelsheim, das mit seinem Wehrliefer übereingekommen war, daß auch sie ausrückten, wenn die Hüffelsheimer Feuerwehr alarmiert werde.

Die Großübung wurde aufmerksam beobachtet von Verbandsbürgermeister Haas, dem stv. Verbandswehrliefer Hermann Andrae aus Waldböckelheim, dem stv. Kreisfeuerwehrinspektor Heinz Schmitz aus Sobernheim und den Verantwortlichen des Warnamtes VII.

Insgesamt waren 60 Feuerwehrmänner im Einsatz. Nach Abschluß der Übung wurde eine Manöverkritik durchgeführt, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Veranstaltung rundum positiv bewertet werden kann. Verbandswehrlieferer Alois Schild war mit dem zeitlichen Ablauf zufrieden, und der stv. Kreisfeuerwehrinspekteur lobte insbesondere die technische Ausrüstung und die angelegte Schutzbekleidung.

Nach Abschluß des offiziellen Teils lud der Leiter des Warnamtes VII, Diplomingenieur Utischill, alle eingesetzten Feuerwehrmänner zu einer Besichtigung und einem kleinen Umtrunk ein. Unter Führung des Sicherheitsbeauftragten Diplomingenieur Erasmus konnten sich die Gäste von den Einrichtungen des Brandschutzes im Innern der Gebäude überzeugen und auch sonst die interessanten technischen Einrichtungen besichtigen.“

Mit dieser Übung sollte der Öffentlichkeit auch gezeigt werden, daß insbesondere in ländlichen Gebieten die vom Bund aufgebauten und unterhaltenen Warnanlagen (Sirenen), die im Frieden den Feuerwehren, z. B. bei Bränden, zum Zwecke der Alarmierung zur Verfügung gestellt werden, auch der Bevölkerung zum Vorteil gereichen. Wie in den Ausführungen der Zeitungen dargestellt, ist dies auch gelungen. K.-E. U.

Nachrufe

Für alle plötzlich und unerwartet verstarb die Bürosachbearbeiterin I im Warnamt IV

Anita Schilk

Im September 1965 trat sie als Mitarbeiterin der ersten Stunde in den Dienst des Warnamtes ein. Sie gehörte somit zu den Kollegen und Kolleginnen, die ihren Dienst schon kurz nach Fertigstellung des Warnamtes in Meinerzhagen aufgenommen hatten.

Nach einer kurzen Zeit als Verwaltungshilfsfachbearbeiterin II in der Zeit von 1979 bis 1980 nahm sie die Aufgaben der Bürosachbearbeiterin I wahr.

Wir werden sie als freundliche und hilfreiche Kollegin vermissen.

*

Durch einen tragischen Unfall verstarb der Helfer

Andreas Däumer

Er war als Helfer in der ABC-Auswertung eingesetzt. Durch seinen Heimgang verlieren wir einen geschätzten Mitarbeiter und Freund.

Helfer und Mitarbeiter im Warnamt IV

*

Am 24. September 1983 verstarb während des Warnbereitschaftsdienstes der Amtsmeister

Siegfried Schmid

im Alter von 47 Jahren.

Schmid war seit dem 5. Oktober 1968 im Warnamt VIII tätig. Seine aufrichtige, freundliche und hilfsbereite Art machten ihn zu einem beliebten und geschätzten Mitarbeiter, den wir in Ehren halten.



Aus Übungen Erkenntnisse für den Einsatz gewinnen

350 Rotkreuzler probten den Ernstfall im Raum Köln/Bergisch Gladbach

Die Devise heißt: So lange üben, so oft, bis jeder Handgriff sitzt, bis jede Meldung ordnungsgemäß abgefaßt und in entsprechende Handlung umgesetzt wird, bis Organisation und Kommunikation vor und im Verlaufe der Übung reibungslos klappen. Ein Wunschtraum, der aus zeitlichen und finanziellen Gründen auch für das Deutsche Rote Kreuz nicht zu verwirklichen ist.

Der DRK-Landesverband Nordrhein setzt deshalb auch jeden realen Einsatz der Helferinnen und Helfer aus den 32 Kreisverbänden als Übung an, deren Auswertung wertvolle Hilfe bei den nächsten Übungen oder Einsätzen liefert. Auch beim 87. Deutschen Katholikentag 1982 in Düsseldorf waren rund 800 ehrenamtliche Hilfskräfte des DRK Nordrhein eingesetzt. Damals wurden in einem voll funktionsfähigen Kochbereich rund 71.000 Portionen Warmverpflegung zubereitet und an den Ausgabestellen rund 87.000 Portionen Kaltverpflegung verteilt.

Übungsannahme: Erdbeben

Jüngst konnte der Landesverband wiederum eine Übung ansetzen, mit der die Funktionsfähigkeit der Hilfszugabteilung VI überprüft werden sollte. Die angenommene Lage hieß: „In der Zeit vom 10. bis zum 14. September kam es im Raum Köln/Bergisch Gladbach mehrere Male zu heftigen Erdstößen. Hierbei wurden in übersehbarem Rahmen Gebäude, Anlagen usw. beschädigt, Personen verletzt und obdachlos. Die Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes der Stadt Köln und des Rheinisch-Bergischen Kreises waren in der Lage, die anfallenden Aufgaben zu bewältigen. Da ein Abklingen der Erdstöße nicht zu erwarten ist und mit weiteren Schäden gerechnet werden muß, veranlaßte die Katastrophenschutzleitung Köln über die zuständigen Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen vorsorglich die Bereitstellung von personellen und materiellen Reserven.“

Im gedachten Zusammenspiel von der Katastrophenschutzleitung Köln, dem Land NRW und dem Roten Kreuz begann die Übung bereits am 12. September im Lager Neersen (Kreis Viersen) mit den Vorbereitungen für einen eventuellen Einsatz der Hilfszugabteilung VI. Die beteiligten Kreisverbände wurden vorsorglich alarmiert, damit sich die Einsatzkräfte in ständiger Rufbereitschaft halten konnten.

Verletzte, Obdachlose und Tote

Am 16. September wurde durch den Regierungspräsidenten Düsseldorf die Meldung an das Rote Kreuz durchgege-



Schnell wurden die Zelte von den Helfern des DRK aufgebaut.

ben, daß im Raum Köln/Bergisch Gladbach durch ein starkes Erdbeben schwere Schäden entstanden sind. Mit vielen Verletzten, Obdachlosen und Toten sei zu rechnen, die Versorgung im Schadensgebiet sei zusammengebrochen, die Bevölkerung sei auf der Flucht in den Staats- und Königsforst südöstlich von Köln.



120 Fahrzeuge und 350 Helfer waren in der Wahner Heide bei der Übung im Einsatz.

Innerhalb weniger Stunden konnte die Einsatzbereitschaft der Hilfszugabteilung VI hergestellt werden. Am 17. September, morgens früh, setzte sich der Konvoi aus rund 120 Fahrzeugen und 350 Helferinnen und Helfer in Richtung Köln, Wahner Heide, in Marsch.

„Die Marschorganisation konnte im Gegensatz zu früheren Übungen verbessert werden“, resümierte Landesbereit-



Vorbereitungen für die Erste Hilfe.

schaftsführer Toni Blankerts nach Abschluß der Übung. Die Fahrzeuge kamen in vorbildlicher Ordnung und pünktlich am Einsatzort an, so daß unverzüglich mit dem Aufbau der Unterkünfte, des Verbandplatzes, des Küchenbereichs, der Wasser- und Stromversorgung sowie der Betriebsstoffversorgung begonnen werden konnte.

Ab Mittag hatte sich das Rote Kreuz auf dem für die Übung vorgesehenen geräumigen Areal etabliert. Die Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit eines solchen Platzes war ein wesentlicher Teil der Übung.



Gäste beobachten die Übung mit großem Interesse.

Gute Arbeit der Rotkreuzler

Aber das „Drehbuch“ für die Übung sah auch „Verletzte“ vor und „Flüchtlinge“, die zu versorgen waren. Die örtliche Polizei meldete eine starke Explosion in einem Silberbergwerk in der Nähe von Bergisch Gladbach, in das zuvor rund 30 Menschen geflüchtet waren. Das Rote Kreuz wurde gebeten, sich um die „Opfer“ zu kümmern.



Helferinnen waren damit beschäftigt, die Verpflegung sicherzustellen.

Die Verletztendarsteller aus dem DRK-Kreisverband Rhein-Sieg waren so lebensecht geschminkt, ihre Schmerzensschreie klangen so überzeugend, so daß die beeindruckten Zuschauer an der tatsächlichen ehemaligen Bergwerksruine vergaßen, daß es sich „nur“ um Mimen handelte.

Die Rotkreuzler leisteten gute Arbeit: Die Sanitäter bargen die „Verletzten“, stellten ihre Transportfähigkeit her und brachten sie zum Verbandplatz in die Wahner Heide.

Erst nachdem auch die „Obdachlosen“ gefunden, registriert, gepflegt und untergebracht waren, ging die große Herbstübung des DRK-Landesverbandes und der Kreisverbände zu Ende. Der letzte Teil der Übung begann am Sonntagmittag mit dem Rückmarsch der Hilfszugabteilung in das Lager Neersen.

Großübung der Katastrophenschutz- einheiten des BRK-Kreisverbandes Erlangen-Höchstadt

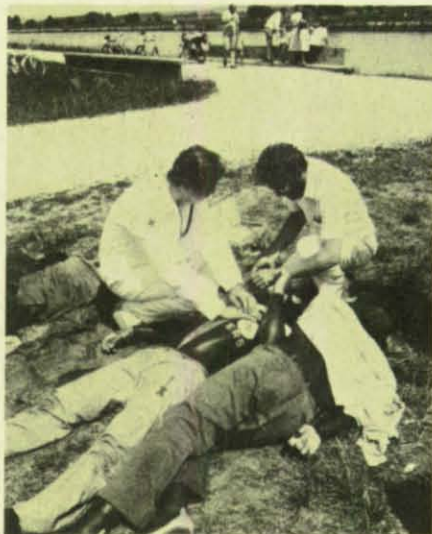
Das Bayerische Rote Kreuz, Kreisverband Erlangen-Höchstadt, führte am 9. Juli 1983 im Landkreis Erlangen eine Großübung durch. Beteiligt waren drei Sanitätszüge, ein Betreuungszug sowie eine Behandlungsstelle; ferner die Wasserwacht, Ortsgruppe Erlangen, im besonderen die Tauchergruppe, sowie die Freiwillige Feuerwehr Baiersdorf. Die Übungsorte lagen zum Teil bis zu 30 km voneinander entfernt.

Folgender Ablauf wurde geübt: Um 9.00 Uhr ging beim BRK Erlangen ein Anruf ein, daß bei einer Ausbildungsveranstaltung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Baiersdorf mehrere Gas- und Sauerstoff-Flaschen explodiert waren. Über die Anzahl der Verletzten konnte der Anrufer keine genauen Angaben machen, so daß zunächst ein Rettungswagen sowie ein Krankentransportfahrzeug die Unfallstelle anfuhr.

Nach deren Eintreffen kam über Funk die Meldung, daß es sich um mehr als 15 zum Teil schwer- und schwerstverletzte Personen handelte, die über das große Gelände verstreut lagen. Da die Rettungsleitstelle keine Möglichkeit sah, mit den ihr zur Verfügung stehenden Fahrzeugen und ihrem Personal die Bergung, Versorgung und den Abtransport allein durchzuführen, wurde ein San-Zug des Katastrophenschutzes sowie die Rotkreuz-Beauftragten für den Katastrophenschutz alarmiert. Sie sollten den weiteren Einsatz leiten. Kurz darauf trafen an der Unglücksstelle weitere fünf Krankentransportfahrzeuge des Katastrophenschutzes ein. Sofort wurde mit

dem Aufbau einer Verletztensammelstelle begonnen.

Während dieser Maßnahmen ging erneut ein Anruf ein, daß ein vollbesetzter Kleinbus einer Fußgängergruppe, die die Uferstraße des Main-Donau-Kanals entlanglief, ausweichen mußte, dabei ins Schleudern kam, mehrere Fußgänger schwer verletzt und schließlich in den Kanal stürzte. Die bereits gebildete Einsatzleitung zog daraufhin zwei Fahrzeuge vom ersten Schadensort ab, um genaue Bericht über die Anzahl der Verletzten zu erhalten. Es waren zwölf verletzte Fußgänger zu beklagen, außerdem waren in dem im Kanal liegenden Bus noch fünf Personen eingeschlossen. Ein weiterer San-Zug des Katastrophenschutzes wurde alarmiert sowie die Wasserwacht, die mit mehreren Tauchern die Eingeschlossenen barg. Auf Grund der hohen Zahl von Verletzten wurde durch den Betreuungszug ein Hauptverbandplatz mit OP-Einrichtung erstellt, der mit einer Arztgruppe des K-Zuges und drei Ärzten besetzt wurde.



Nun ging eine Meldung der Polizeiinspektion Erlangen ein, daß sich, ca. 10 km vom Kanal entfernt, in einem Waldstück eine Pfadfindergruppe aufhielt, die vermutlich ein giftiges Pilzgericht verzehrt hatte. Es mußten von den zwei San-Zügen des Katastrophenschutzes wiederum Fahrzeuge und Personal abgezogen werden, um auch dort Hilfe zu leisten. An Ort und Stelle wurden sofort Magenausspülungen simuliert, das dazu benötigte Wasser wurde von der Feuerwehr der Stadt Baiersdorf an den Unglücksort gebracht.

Niemand wußte zu diesem Zeitpunkt, daß ein ehemaliger Patient einer psychiatrischen Klinik in Adelsdorf, ca. 20 km von dem Hauptverbandplatz entfernt, damit drohte, wenn nicht binnen einer Stunde ein gewisser Patient freigelassen werde, er einen Anschlag auf diese Klinik verüben werde. Die Polizeiinspektion Erlangen-Höchstadt ordnete die sofortige Evakuierung an. Die Behandlungsstelle

Adelsdorf wurde beauftragt, mit einem Großraumkranwagen und einem Behindertenbus die Patienten in das 8 km entfernt liegende Rot-Kreuz-Haus der Stadt Höchstadt zu bringen. Hier wurden zwischenzeitlich von einem weiteren San-Zug die Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen.

Während des Mittagessens ging ein Funkspruch der Rettungsleitstelle Nürnberg bei der mobilen Einsatzleitung ein, daß sich ein schweres Busunglück zwischen Erlangen und Dechendorf ereignete. Es wurde ausdrücklich betont, daß es sich hier nicht um eine Übungseinlage handelte, sondern Realität war. Über Außenlautsprecher wurden sofort alle an der Übung beteiligten Ärzte sowie ausgesuchte Rettungssanitäter aufgefordert, mit den Rettungsfahrzeugen und einem Vorausfahrzeug die Unglücksstelle anzufahren. Die Übung wurde zur Wirklichkeit: Ein Kleinbus, mit Kindern voll besetzt, war ins Schleudern geraten und umgestürzt. Neben einem schwerverletzten Kind gab es noch acht leichter Verletzte zu versorgen und in die Uniklinik Erlangen zu bringen. Das THW wurde ebenfalls mit herangezogen. Zu erwähnen ist, daß an diesem Tag die Temperaturen bei 36 Grad Celsius lagen, was für alle Beteiligten belastend war, so daß leider auch in den eigenen Reihen drei Ausfälle zu verzeichnen waren.

Durch diesen Ernstfall bedingt, mußte die Übung etwas verändert werden, so daß am Nachmittag nur noch kleinere Einlagen absolviert werden mußten. Sinn und Zweck der Übung waren, die Zusammenarbeit mehrerer Züge sowie die Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen unter Beweis zu stellen. Ein ganz wichtiger Punkt war auch die Kommunikation. Hier hat sich gezeigt, wie schwierig es ist, auf den zugewiesenen Kanälen im 4-m-Band sowie im 2-m-Band die richtige Funkdisziplin zu wahren, damit derartige Einsätze gut gesteuert werden können. Von ganz besonderer Bedeutung war, wie Zug- und Gruppenführer bei hoher Beanspruchung reagieren, wenn mehrere Unglücksfälle zusammen auftreten.

Es hat sich auch gezeigt, wie entscheidend es ist, guten Kontakt zu den Behörden herzustellen bzw. zu vertiefen. Es war durchweg erfreulich, wie positiv die Einstellung der verschiedenen Ämter, Bürgermeisterämter, Polizeibehörden, Forstverwaltungen, Wasser- und Wirtschaftsamt, Rhein-Main-Donau AG, zu diesen Übungen ist. Das gleiche gilt für die hervorragende Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen.

Erhard Scharl,
Rot-Kreuz-Beauftragter für den
Katastrophenschutz
BRK-Kreisverband Erlangen-Höchstadt

Der ASB sprach mit dem ev. Landespfarrer für Zivildienstseelsorge

„Zivildienst ist keine leichte Aufgabe . . .“

Beratungsarbeit der Kirche muß intensiver werden als bisher

Helmut Schlüter ist Landespfarrer für Zivildienstseelsorge der Evangelischen Kirche im Rheinland. Über seine Aufgaben und über die neue Kriegsdienstverweigerer- und Zivildienstregelung unterhielt sich mit ihm Iris Schatz, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der ASB-Bundesgeschäftsstelle Köln.

asb: Seit wann gibt es die Einrichtung der Zivildienstseelsorge?

Pfr. Schlüter: Innerhalb der Evangelischen Kirche im Rheinland gibt es diese Stelle seit dem 1. Januar 1972. An unser Büro kann sich jeder Zivildienstleistende wenden, gleich ob er konfessionell gebunden ist oder nicht. Ähnliche Beratungsstellen gibt es auch in anderen Landeskirchen – hier sind sie meist verbunden mit der Seelsorge für Kriegsdienstverweigerer. Die Katholische Kirche hat in Bonn ein Referat Zivildienstseelsorge und in den einzelnen Diözesen Beauftragte, die dort vergleichbare Arbeit machen. Daneben gibt es in beiden Kirchen Arbeitsgemeinschaften für Kriegsdienstverweigerer, die EAK und die KAK. Diese sind überregional organisiert.

asb: Für welches Gebiet sind Sie zuständig?

Pfr. Schlüter: Das ist das Gebiet der Evangelischen Kirche im Rheinland, in den Grenzen der früheren preußischen Rheinprovinz, die von Emmerich im Norden bis Saarbrücken im Süden und von Aachen im Westen bis Gummersbach im Osten reicht. Da sind z. Z. 4000 Zivildienstleistende zu betreuen.

asb: Wo sehen Sie Ihre Hauptaufgabe?

Pfr. Schlüter: Seelsorge hat zu tun mit dem ganzen Menschen. In der speziellen Situation möchte ich mich um den ganzen Menschen kümmern, ihn in seiner gesamten Umgebung, in seiner Dienststelle, in seinen politischen, wirtschaftlichen und privaten Bezügen, kurzum, ihn in seinem ganzen Lebensabschnitt sehen.

Zivildienstleistende sind anerkannte Kriegsdienstverweigerer. Und dieser Hintergrund ist sehr wichtig: Hier hat ein junger Mensch eine Entscheidung getroffen gegen den Kriegsdienst mit der

Vor allem im sozialen Bereich werden Zivildienstleistende eingesetzt. (Foto: Simon)



Waffe und möchte diese Entscheidung positiv umsetzen in das, was er unter Friedensdienst versteht. Das ist aber oft nur begrenzt möglich. Und ein Problem im Zivildienst ist, daß der Kriegsdienstverweigerer meint, er könne das nicht umsetzen, was er im Verfahren hat darlegen müssen, nämlich seine Absicht, für den Frieden etwas konkret zu tun. Deshalb ist er oft vom Ersatzdienstcharakter seines Dienstes frustriert.

Wir versuchen, das aufzufangen, indem wir von seiten der Kirche immer gesagt haben, wir möchten einen sozialen Friedensdienst durchführen, also im sozialen Bereich Friedensstrukturen aufbauen oder hinterfragen, was hier an unfriedlichen Konflikten vorhanden ist, und daß man sie auf andere Weise löst.

asb: Wo werden Zivildienstleistende eingesetzt?

Pfr. Schlüter: Vor allem im sozialen Bereich. Aber dies hat – nach Meinung staatlicher Stellen – nie ausgereicht, um alle Zivildienstleistende unterbringen zu können, und deshalb ist man dazu übergegangen, z. B. im Umweltschutz oder in der Landschaftspflege Zivildienstleistende einzusetzen. Dies kann Arbeitsdienstcharakter annehmen! Andererseits sind die Verbände nicht einfach bereit, immer mehr Plätze zur Verfügung zu stellen, wenn die vorhandenen Plätze noch nicht einmal besetzt werden können.

Zivildienst selbst ist keine leichte Aufgabe, wenn man an die schwere psychi-

sche Belastung denkt, und das ist gerade dann der Fall, wenn die jungen Menschen im Bereich Krankenhaus, Altenheim oder in psychiatrischen Einrichtungen eingesetzt werden. Und das ist dann eine andere Situation, als wenn der Wehrpflichtige in der Kaserne ist. Hier müssen viele Dinge aufgefangen werden, und dies gibt oft ganz massive Probleme. Darum finde ich auch Vergleiche Wehrdienst/Zivildienst unangebracht, denn die Strukturen in beiden Diensten sind viel zu verschieden. Ich kann also Befehls- und Gehorsamsstrukturen, die bei der Bundeswehr notwendig sind, nicht in einen sozialen Dienst übertragen. Da muß man anders miteinander umgehen, und dies ist eben eine Sache, um die wir uns ganz besonders kümmern.

Ich meine, unsere Gesellschaft hat von den jungen Leuten eine ganze Menge, und die jungen Leute haben von dem, was sie in dieser Zeit tun, auch eine ganze Menge, was mit in das weitere Leben hineingeht. Deshalb ist uns sozialer Friedensdienst so wichtig.

asb: Was halten Sie von der neuen Kriegsdienstverweigerer- und Zivildienstregelung?

Pfr. Schlüter: Aufs Ganze gesehen wenig! Sehen Sie, das KDV-Verfahren wird ja nicht abgeschafft. Bisher mußte der junge Mann vor einem Ausschuß mündlich noch einmal seinen KDV-Antrag begründen. Es wurde dabei zwar immer gesagt: Hier wird nicht Gewissen ge-

prüft, sondern die Glaubwürdigkeit. Aber da war sehr viel Ermessensspielraum. Ob jemand anerkannt wurde, war immer ein Lotteriespiel. Nach neuem Recht kommen alle sogenannten „Ungedienten“ – das sind wohl ca. 90% aller Antragsteller – in ein schriftliches Verfahren hinein. Dieses schriftliche Verfahren beinhaltet die Berufung auf Artikel 4/3 des Grundgesetzes, die Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses, einen ausführlichen Lebenslauf und eine schlüssige Begründung. Und da liegen massive Schwierigkeiten. Jeder junge Mann muß nun praktisch zwei Aufsätze schreiben: seinen Lebenslauf und die Begründung. So ist wieder der im Nachteil, der sich nicht so gut ausdrücken kann. Das ist doppelt schlimm, weil die Begründung ja auch noch übereinstimmen soll mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung – was immer das ist.

Ich denke, daß die Beratungsarbeit der Kirche hier noch viel intensiver werden muß als bisher, weil die jungen Leute nicht wissen, was dürfen wir jetzt reinschreiben und was nicht. Und noch etwas: Für mich entspricht das neue Gesetz einfach nicht dem Karlsruher Urteil vom 13. April 1978. Ich halte es nicht für verfassungskonform, weil die Verlängerung des Zivildienstes ja in Karlsruhe auch nur angesprochen worden ist als eine Möglichkeit, die dann eintreten könne, wenn das Verfahren abgeschafft wird und der Zivildienst zur Prüfung der Echtheit einer Gewissensentscheidung wird. Das Verfahren wird aber nicht abgeschafft, es wird zwar im Grunde genommen umgestaltet, aber es bleibt nach wie vor ein Verfahren bestehen, das außerdem noch recht unübersichtlich und kompliziert ist.

asb: Wirkt sich dieses Gesetz auch auf die Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen aus?

Pfr. Schlüter: Mit Sicherheit. Ich weiß, daß in der Bundesarbeitsgemeinschaft die Dinge sehr kritisch gesehen werden, und daß es auch zahlreicher Verhandlungen bedurft hat, um bestimmte Dinge zurückzudrehen und nicht zum Tragen kommen zu lassen. Ich erinnere etwa daran, daß die meisten Zivildienststellen den Dienstleistenden erst sehen wollen, bevor sie ihr Einverständnis zu seiner Beschäftigung geben. Auch wollen sie den ZDL in seinen Dienst über den eigenen Verband einführen lassen. Das kann doch nur positiv für den Dienst und alle davon Betroffenen sein.

asb: Glauben Sie, daß dieses Gesetz eine Änderung der Einstellung zum Zivildienst bewirkt?

Pfr. Schlüter: Im Augenblick ist in dieser Generation spürbar, daß sie in Richtung Zukunft so wenig Perspektive hat. Da komme ich auf die 20 Monate. Dies

ist ja wohl von seiten des Staates auch als eine massive Abschreckung gedacht, eben fünf Monate länger dienen zu müssen als der Bundeswehrosoldat. Ich erlebe jetzt aber überraschend viele junge Leute, die sagen, daß ihnen das gar nichts ausmacht. Sie meinen, sie hätten eh keine Zukunft, würden keinen Arbeitsplatz bekommen, keinen Studienplatz, dann machen sie eben fünf Monate länger, haben Geld und sind von der Straße weg.

asb: Augenblicklich herrscht ja ein Mangel an Zivildienstleistenden, viele Plätze sind nicht besetzt. Wird sich da in Zukunft was dran ändern?

Pfr. Schlüter: Ich denke ja. Wir werden 1984 sehr viel mehr Anerkennungen haben, das ergibt sich aus dem Interesse,

die freien Plätze zu besetzen. Ich glaube, daß die Leute, die im ersten Halbjahr 1984 mit ihrer Akte auf dem Schreibtisch beim Bundesamt sind, die größten Chancen haben, anerkannt zu werden. Danach wird es wieder enger werden. Es drängt sich außerdem der Verdacht auf, daß die bisherigen Anträge, und da liegen ja noch 70000 bis 80000 vor, die nicht bearbeitet sind und deren Antragsteller alle noch durch das mündliche Verfahren durch müssen, daß diese zurückgehalten werden, um sie aufzuheben für die Zeit, wo die geburtschwachen Jahrgänge kommen, denn diese Leute kann man dann in drei Jahren, wenn vielleicht weniger Anträge kommen, nachschieben. Also ein echter Mangel wird in nächster Zeit sicher nicht zu erwarten sein.

Großübung von ASB und Feuerwehr

„Nach einer Explosion in einem Chemiewerk sind mehrere Brände in der Umgebung ausgebrochen. Menschen sind in Gefahr“, hieß die Ausgangslage für eine kombinierte Nacht- und Tagesübung des Bereichs Bergedorf der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg und des Arbeiter-Samariter-Bundes in Bergedorf.

Am Freitagabend rückten die Katastrophenschutz-Züge der Feuerwehr und des ASB, insgesamt rund 140 Helfer, ins

Übungseinlage: Ein Fahrzeug war unterwegs verunglückt und hatte mehrere „Verletzte“ unter sich begraben.

Den Abschluß des Abends bildete ein – nicht sofort zu löschendes – Lagerfeuer. Die Versorgung hatte inzwischen für ein deftiges Abendessen aus der Gulaschkanone gesorgt.

Am Sonnabendvormittag übten die Züge im Gelände der ehemaligen Düneberger Munitionsfabrik bei Altengamme. Feuer-

Die „Verletzten“ werden von Feuerwehr- und ASB-Sanitätern für den Abtransport ins Krankenhaus vorbereitet.

(Foto: von Essen)



„Katastrophengebiet“ auf dem Bundeswehr-Übungsplatz Wentorfer Lohe aus. Hier galt es, Verletzte – täuschend ähnlich von ASB-Trupps geschminkt – zu bergen und zu versorgen sowie Brände in den Häusern des Übungsplatzes zu löschen. Besondere Schwierigkeiten beim Löschen: Das Wasser war in Schlauchleitungen über eine Strecke von fast einem Kilometer heranzutransportieren. Die „Verletzten“ bildeten junge ASB-Helfer und Mitglieder der Jugendfeuerwehr Lohbrügge. Besondere

wehr-Bereichsführer Ernst Schokolinski, der die Übung leitete: „Hier kam auch unser ABC-Zug zum Einsatz. Die Männer mußten eine Dekontaminierungsstelle aufbauen. Außerdem mußten chemische Flüssigkeiten erkannt und beseitigt werden.“

Für die Bergung bot das Gelände mit seinen zerstörten Bunkern eine gute Gelegenheit, Gesteinsbohrhammer, Greifzüge und Heber einzusetzen und an diesen Geräten zu üben.

Nach dem schweren Erdbeben in der Osttürkei

„Zu helfen in Not und Gefahr“

Johanniter organisierten Hilfsaktion für die betroffenen Menschen in Erzurum

Bonn. Seit dem Katastropheneinsatz der Johanniter-Unfall-Hilfe nach dem schweren Erdbeben 1970 in der Türkei sind die freundschaftlichen Beziehungen nach dort immer enger geworden. Mehrere Einsätze in den siebziger Jahren festigten diese Freundschaft und führten auch nach der letzten Erdbebenkatastrophe in Erzurum zur umgehenden Hilfsaktion durch die JUH.

Partner hier in Deutschland ist der „Freiheitlich türkisch-deutsche Freundschaftsverein e. V.“ mit Sitz in Bonn. Nach den ersten Meldungen über die Katastrophe wollten auch viele tausend Türken in der Bundesrepublik ihren vom Erdbeben betroffenen Landsleuten – oft auch Freunden und Verwandten – helfen. Art und Weise diese Hilfeleistungen und Durchführung wurde mit der Bundesleitung der JUH in Bonn besprochen und vereinbart. Geld- und Sachspenden galt es sinnvoll einzusetzen und zu verwerthen.

19 Orts- und Kreisverbände der JUH, von Kiel bis München, erklärten sich sofort zur Mitarbeit bereit. Presseaufrufe der türkischen Zeitungen in Deutschland sowie in der deutschen Presse wiesen auf die „Anlaufstationen“ für die Abgabe von Winterkleidung, Decken, Schlafsäcke und festem Schuhwerk hin.

Einen selten erlebten Ansturm von Spendern hatten die JUH-Stationen zu verzeichnen. Innerhalb weniger Stunden türmten sich tonnenweise Wintersachen, die von der in Zelten und Hütten vom Winter überraschten Bevölkerung dringend benötigt werden.

Die Vertreter des „Freiheitlich türkisch-deutschen Freundschaftsvereins“ stellten aus ihren Reihen Hilfskräfte zur Verfügung, die gemeinsam mit JUH-Helfern und Zivildienstleistenden der JUH die Spenden sortierten und zum fluggerechten Weitertransport in die Türkei verpackten. Von sechs Flughäfen in der Bundesrepublik – Berlin, Hamburg,

Halk'a ve olaylara Tercüman

HER SABAH DUNYA YENIDEN KURULUR, HER SABAH TAZE BIR BASLANGICTIR

Deprem bölgesine yardım bütün hızı ile sürüyor

BONN (Akajans) Lice, Kulp ve Van depremlerinde tam inçizantlı hastahane, ilk yardım istasyonunu ve prefabrik konut gibi önemli yardımlarda bulunan „Johanniter Unfall Hilfe“ adlı Federal Kaza Yardım Teskilati, yapılacak aynı yardımların Erzurum bölgesine süratle ulaşmasını sağlamak amacıyla, ülke çapında 19 istasyon kurarak faaliyete geçirdi.

Johanniter Unfall Hilfe teskilati Federal başkanı **Paul-Georg Kieffel** Bonn'da Akajans'a bir açıklama yaparak, yardımsever Türk ve Alman kişi ve kuruluşlarına, giyecek, çadır, battaniye gibi ilk ve acil yardım malzemelerini, faaliyete geçirdikleri bu istasyonlara teslim etmelerini istedi. Başkan **Kieffel**, Teskilat Genel Müdürü **Wilfried Voigt**, Afetler Şube Başkanı **Burkhard Kuhn** ile **Georg Reinhold** ve Hür-Türk yöneticilerinden **Nihat Ulköl** ile birlikte yaptığı açıklamada: „Ülke çapında 19 bölgede faaliyete geçen istasyonlara teslim edilecek yardım malzemesi, özel ambalajlara konularak hava alanlarına taşınarak Erzurum'a ulaştırılmak üzere Türk Hava Yollarına teslim edileceğini“ söyledi.

ISTASYONLAR

Ottobrunn: Rosenheimer Landstr. 25 8012 Ottobrunn Tel: 089/606160

Kaifertal Mannheim: Rieslingweg 4.6, 6800 Mannheim 31 Tel: 0621/721330

Hamburg: Barmbeker Str. 19 2000 Hamburg 60 Tel: 040/2791071

Berlin: Bernerstr. 2-3, 1000 Berlin 45 Tel: 030/813031

Köln: Siegburger Str. 197, 5000 Köln 91 Tel: 0221/814041

Frankfurt: Karl-von-drais Str. 20, 6000 Frankfurt 50 Tel: 0611/543002

Hannover: Lilienthalstr. 15/a 3000 Hannover 1 Tel: 0511/630166

Bremen: Buntentsteinweg 592, 2800 Bremen 1 Tel: 0421/874050

Leverkusen: Elbestr. 8, 5090 Leverkusen 1

Reutlingen: Gartenstr. 43/a 7410 Reutlingen, Tel: 0721/300668

Duisburg: Altenbroucher Damm 72, 4100 Duisburg 28 Tel: 0211/8221283

Aalen: Bischof-fischer Str. 71 7080 Aalen

Esslingen: Neckarstr. 54, 7300 Esslingen

Karlsruhe: Insterburger Str. 13 7500 Karlsruhe

Heilbronn: Neckarmulmer Str. 38, 7100 Heilbronn

Ravensburg: Rastatt: Scheffelstr. 1

Würzburg: Nürnberger Str. 80 8700 Würzburg

Federal Kaza yardım teşkilatı Almanya'da 19 yardım merkezi kurdu

(Habert 10. sayfa)

Spendenaufwurf in der türkischen Zeitung „Tercüman“ wenige Tage nach der Erdbebenkatastrophe in Erzurum.

Köln, Hannover, Frankfurt und München – transportierten Chartermaschinen, und als „Beipack“ auch Linienmaschinen der türkischen Fluginien, die Hilfsgüter in die Türkei, teilweise direkt nach Erzurum. Die Verteilung an die Bevölkerung wird durch die Organisation des „Türkischen Halbmond“ vorgenommen.

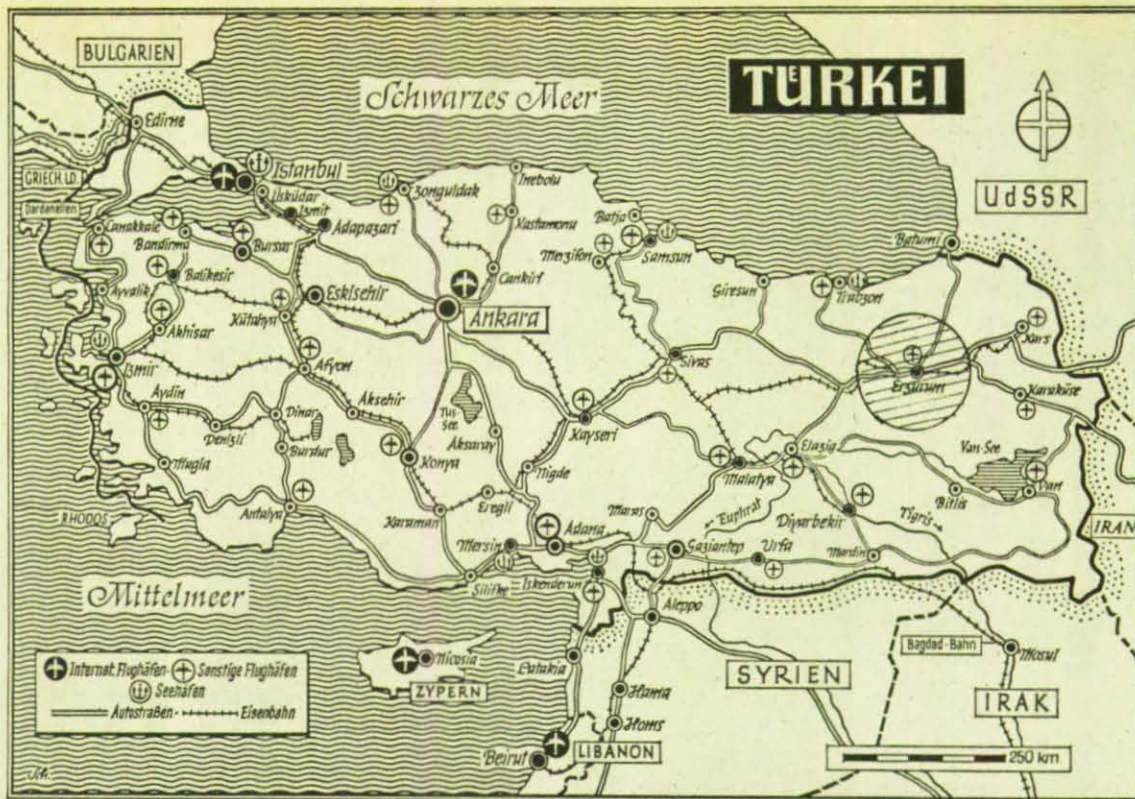
Nach Berichten aus der vom Erdbeben heimgesuchten Region hat der Winterbeginn die Folgeschäden für die Bevölkerung unermeßlich gesteigert. Behelfsunterkünfte mildern nur ungenügend die

Auswirkung von Regen, Schnee und Frost. Zuwenig und unzureichende Kleidung bedrohen gleichermaßen Kinder wie Alte und Kranke. Die Aufräumarbeiten werden durch die Witterung stark beeinträchtigt und lassen ein Ende der Not noch nicht erkennen.

Der Spendenfluß läuft weiter. Türken und Johanniter werden ihre gemeinsam begonnene Hilfsaktion fortsetzen, um der Hilfe wegen für die Erdbebenopfer von Erzurum.

G. Reinhold

Weit im Osten der Türkei lag das Zentrum des schweren Erdbebens.



Erste Einsatzbesprechung bei der JUH in Bonn (von rechts): Bundesgeschäftsführer P.-G. Kleffel, Nihat Ülkekel, stv. Bundesgeschäftsführer W. Voigt und Referent B. Kühtz.



Mittlerweile deckt der Schnee die Trümmer zu und vergrößert die Not der betroffenen Menschen.



Unermeßliches Leid einer Mutter, die den Tod ihrer Kinder beklagt. (Foto: dpa)



Nach dem Verlust ihrer Kinder, Mütter und Freunde folgt nun die große Notzeit für die Überlebenden. (Foto: dpa)

DreiBig Jahre Malteser-Hilfsdienst

Von der Erste-Hilfe-Unterweisung zur leistungsfähigen Hilfsorganisation

Ein Interview mit MHD-Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen

Frage: Vor 30 Jahren, im Jahre 1953, wurde der Malteser-Hilfsdienst gegründet. Gab es damals einen besonderen Anlaß, den MHD ins Leben zu rufen, und wie hat damals die Arbeit begonnen?

Graf Landsberg-Velen: Die heutigen Mitglieder des MHD kennen das 900jährige Malteser-Leitwort „Wahrung des Glaubens und Hilfe den Bedürftigen“. Jeder, der dieses Leitwort auf seinen inneren Gehalt prüft, vermag auch seinen zeitlosen Aussagewert zu erkennen. Mit anderen Worten: Das Leitwort ist ein gültiger Auftrag an die Christen der Gegenwart, also an uns. Er nimmt uns in die Pflicht, ihn in unserer Zeit und mit zeitgemäßen Mitteln auszuführen.

So war es folgerichtig, wenn die beiden deutschen Maltesergenossenschaften, die während der Hitlerdiktatur ihre caritativen Einrichtungen und Aktionsfelder überwiegend verloren hatten, im Jahre 1952 bereitwillig die Aufforderung der damaligen Bundesregierung unter Konrad Adenauer akzeptiert haben, sich an der Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe zu beteiligen. Damit wurde unserem geistigen Auftrag ein neues, konkretes Ziel gesetzt.

Jedoch bedurfte es zur Erreichung des Zieles auch einer neuen Organisation. Darum gründeten die Rheinisch-Westfälische und die Schlesische Malteser-Assoziation gemeinsam mit dem Deutschen Caritasverband den Malteser-Hilfsdienst. Die Gründer schlossen damit ein Bündnis, das erfreulicherweise inzwischen dem caritativen Werk der Kirche Früchte einbringt, wie sie damals kaum zu erahnen waren.

Und wie hat nun vor 30 Jahren die praktische Arbeit begonnen? Ganz einfach in der Weise, daß zunächst in Münster und bald darauf auch in Köln und anderen Orten einige beherzte Malteser das notwendige Ausbildungsgerät für Erste-Hilfe-Kurse besorgten und in Koffer verstauten, gleich Handelsreisenden an die Türen von Pfarrern und Ärzten klopfen, diese um ihre Mitwirkung bei der Durch-

führung von Erste-Hilfe-Kursen bitten, aus den Kursen die ersten Helferinnen und Helfer gewannen und so aus der Idee vom MHD die erste bescheidene Wirklichkeit werden ließen.

Frage: Im Verlauf seiner 30jährigen Geschichte wurden unterschiedliche Anforderungen an den MHD gestellt. Welche Einsätze – beispielsweise im Bereich der Auslandshilfe – sind besonders erwähnenswert?



Von Beginn an ist Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen im MHD engagiert.

Graf Landsberg-Velen: Um noch bei der historischen Aufzeichnung zu bleiben: Bevor überhaupt an Einsätze gedacht werden konnte, ging es zunächst einmal darum, durch unsere Tätigkeit in der Grundausbildung und nachfolgend in den qualifizierten Ausbildungssparten, von denen beispielhaft die Schwesternhelferinnen sowie Pflegediensthelfer und die Rettungssanitäter genannt seien, ein tragfähiges Fundament zu schaffen, auf dem die aktiven Einheiten erstellt, ausgerüstet und durch beständige Übungen einsatzbereit gemacht werden konnten. Dementsprechend wuchsen auch die Einsätze aus anfänglich kleinen, kaum beachteten Aktivitäten erst nach und

nach zu den heute möglichen und realisierten Größenordnungen. Wollte man sie bildlich darstellen, würden sie einer auf der Spitze stehenden Pyramide gleichen.

Auf die Frage nach besonders erwähnenswerten Einsätzen ist vorab ganz allgemein zu antworten: Hinsichtlich des Wertes jeder eingebrachten Hilfsbereitschaft und jeder erbrachten Hilfeleistung sind alle Einsätze gleichermaßen erwähnenswert. Andererseits gibt es natürlich, je nach Umfang, Dauer, Wirkungsgrad und auch persönlicher Erinnerung, Differenzierungen.

So zähle ich aus meiner Erinnerung zu den markantesten Einsätzen im kirchlichen Raum den mehrmonatigen Sanitätsdienst anlässlich der Ausstellung des Hl. Rocks in Trier 1959 und beim Eucharistischen Weltkongreß in München 1960, zumal diese noch alle verfügbaren Kräfte und Mittel des MHD forderten.

Im außerkirchlichen, inländischen Bereich wären mehrere große Katastropheneinsätze – z. B. bei der Flutkatastrophe in Hamburg 1962 – zu nennen; und unter den ebenfalls schon vielzähligen Auslandseinsätzen gehören für mich zur bleibenden Erinnerung der erste, nämlich die Ungarn-Flüchtlingshilfe im Winter 1956/57 an der österreichisch-ungarischen Grenze, und ganz gewiß unser neunjähriges Engagement im Kriegsgebiet von Vietnam, das uns bislang die härtesten Bedingungen gestellt und die schwersten Opfer – auch an Menschenleben – abverlangt hat.

Frage: Bei der Lektüre des MHD-Jahresberichts 1982 stellt man fest, daß die sozialen und caritativen Dienste für den MHD mehr und mehr an Bedeutung gewinnen. Wie haben sich die Aufgaben und Schwerpunkte des MHD seit 1953 verändert?

Graf Landsberg-Velen: Die angesprochenen sozialen und caritativen Dienste sind seit Anbeginn satzungsgemäße Aufgaben des MHD. Wenn sie in unserer rückliegenden Aufbauphase vielleicht nicht überall im wünschenswerten Um-

fang wahrgenommen wurden, dann hat dies vorwiegend strukturelle Ursachen. Denn die Initiative zu solchen Diensten muß bei unseren Basisgliederungen vor Ort liegen. Unsere Ortsbeauftragten haben jedoch, um initiativ werden zu können, vorab ihre Gliederung funktionsfähig zu gestalten. Das ist weitgehend geschehen, so daß nunmehr Kopf und Hände frei werden, sich jenen Aktivitäten zuzuwenden, die unserem ideellen Konzept, dem ganz persönlichen Dienst am Mitmenschen, besonders nahekommen.

Die Betrachtung dieser Dienste bedarf aber noch einer Anmerkung: Im Lebensbewußtsein unserer Gesellschaft zeichnet sich ein Wandel ab. Der Traum von einer Wohlstandsgesellschaft, in der die Lebensqualität des einzelnen allein durch materielle Leistungen gesichert werden kann, beginnt zu zerrinnen. Es kehrt die Erkenntnis wieder, daß damit nur ein Teil der Lebensbedürfnisse – und vor allem nur ein Teil der Hilfsbedürftigkeit – abgedeckt werden kann. Mit

Sinn einer jeden Übung: im Katastrophenfall schnell und wirkungsvoll helfen können.
(Foto: v. Richthofen)



der Erkenntnis verbindet sich vermehrt der Wunsch nach den erwähnten Diensten und werden wir vermehrt in die Pflicht genommen.

Frage: Die Malteser-Jugend will sich insbesondere an den sozialen Diensten des MHD beteiligen. Wo sehen Sie spezifische Aktionsfelder für Jugendgruppen?

Graf Landsberg-Velen: Diese Frage sollte uns nicht dazu verleiten, das ganze Spektrum der sozialen oder – nennen wir es ruhig in der Terminologie unseres Glaubens – caritativen Aktionsmöglichkeiten der Malteser-Jugend durch die Aufzählung bestimmter Aktionsfelder einzuengen. Gerade junge Menschen wollen und sollen sich selbst die Orientierungspunkte suchen, die sie in ihrer Hinwendung zum Mitmenschen leiten. Folglich scheinen mir alle Aktionsfelder geeignet, soweit sie der Jugend den ihr geltenden Anruf aus leiblicher oder seelischer Not verständlich machen und sie den Sinn unseres gemeinsamen Handelns erfahren lassen, andererseits aber ihren Ausbildungsstand und ihre psychische Belastbarkeit nicht überfordern.

Frage: In der Bundesrepublik gibt es mehrere Hilfsorganisationen, die u. a. die Bevölkerung in Erster Hilfe ausbilden und im Rettungs- und Krankentransport sowie der Katastrophenhilfe im In- und Ausland aktiv sind. Was zeichnet nun den MHD als katholische Hilfsorganisation aus?

Graf Landsberg-Velen: Wir leben in einer pluralen Gesellschaft, die grundsätzlich jeder organisierten Hilfswilligkeit – aus welcher Motivation auch immer – einen gewissen Freiraum gewährt. Er steht auch dem MHD zu. Doch verschafft ihm nicht etwa dieser Freiraum die Legitimation für sein Dasein und schon gar nicht für sein Dasein auf den geistigen Grundlagen, wie sie in unserem Leitfadens zu lesen sind. Die Legitimation des MHD besteht – und das möge ihn als katholische Hilfsorganisation auszeichnen – einzig und allein darin, daß er sich durch sein und seiner Mitglieder Handeln als wahres Glied der Kirche ausweist und den Glauben an Christus glaubwürdig macht.

Frage: Wir beurteilen Sie im Rückblick des Jahres 1983 die Arbeit und Leistungen des MHD, und welche Herausforderungen kommen zukünftig auf den MHD zu?

Graf Landsberg-Velen: Es sind im wesentlichen drei Herausforderungen, die uns 1983 beschäftigt haben und auf absehbare Zeit mit unverminderter Gewichtung beschäftigen werden:

- Unsere Leistungen in den verschiedenen Ausbildungssparten und die Leistungsbereitschaft unserer ehrenamtlichen Ausbilder trotz Kürzung der öffentlichen Zuschüsse und trotz mancher unverständlichen, diese Kürzung begleitenden Maßnahmen auf möglichst hohem Niveau zu halten. Ob und wie weit das im auslaufenden Jahr gelungen ist, vermag ich zum Zeitpunkt dieses Interviews noch nicht zu überblicken.

- In einem Zeitabschnitt der Konsolidierung des Erreichten – ohne damit etwa einem Rasten das Wort reden zu wollen – den organisatorischen und administrativen Unterbau festigen, soweit er mit dem raschen Anwachsen des MHD während der vergangenen Jahre nicht

Schritt halten konnte. Auf diesem Wege wurden 1983 beachtliche Fortschritte erzielt; es gilt nun, ihn konsequent weiter zu gehen.

- Im Sinne der Antwort auf die vorherige Frage unseren Nachweis als aktive Gemeinschaft der Kirche Christi zu erbringen. Wohl mehr als je zuvor haben wir den geistigen Standort im Glauben vonnöten, um angesichts der Bedrängnisse unserer Tage inneren Halt und Hoffnung zu finden, die der Menschenverstand kaum noch zu geben weiß. Wohl weniger Menschen als je zuvor besitzen diesen Standort, und nicht zuletzt auch deswegen beherrscht sie völlige Unsicherheit und deren Begleiter, die Angst.

Darum brauchen wir unser Rüstzeug, denn man braucht uns.

Das Interview führte Monika Windbergs.

Pflegedienst-Ausbildung für arbeitslose Jugendliche

In Zusammenarbeit und mit finanzieller Förderung durch das Arbeitsamt Kempten (Allgäu) begann der MHD Augsburg am 12. September 1983 mit einem Pilotlehrgang für arbeitslose Jugendliche mit dem Ziel, diesen nach Absolvierung einer Pflegedienst-Ausbildung den beruflichen Einstieg im sozialen Bereich zu erleichtern.

Für die jugendlichen Arbeitslosen wurde vom MHD Augsburg ein spezieller Lehrgang in der Kranken- und Altenpflege entwickelt, der eine ca. 260stündige theoretische Ausbildung und ein 30wöchiges Praktikum in Altenpflegeheimen umfaßt. Allein in Kempten haben sich fünf Altenheime spontan entschlossen, dieses Modellprojekt des Arbeitsamtes und des MHD durch Einrichtung von Praktikumsstellen zu unterstützen. Die theoretisch-praktische Schulung bei dieser Maßnahme umfaßt folgende Themenbereiche: Grundausbildung in Erster Hilfe, Sanitäts-Ausbildung, Themen der Grund- und Behandlungspflege, Einführung in die Anatomie und Physiologie, ausgewählte Themen der Krankheitslehre und -vorbeugung, spezielle Fragen der Diätetik und Ernährungslehre, psychologische und soziologische Einblicke in die spezielle Problematik des alten und kranken Menschen.

Der Lehrgang wird von Ärzten, Krankenschwestern/-pflegern und Ausbildern des MHD Augsburg und Kempten durchgeführt. Die Lehrgangsführung obliegt der SH-Diözesanreferentin und Lehrschwester, Sr. Anni Roser. Am 17. Juli 1984 werden die Teilnehmer die Schulung mit einer Abschlußprüfung beenden.

Steckkreuzverleihung in Bayern

Der altehrwürdige Rathaussaal in Passau bot bei der diesjährigen Verleihung des Steckkreuzes zum Feuerwehrereichen in Bayern am 5. November 1983 einen feierlichen Rahmen. Im vollbesetzten Rathaussaal konnte Bürgermeister Hösl neben zahlreichen Feuerwehrmännern des Kreises und den Kreisbrandräten der Kreise und Städte des Freistaates Bayern auch zahlreiche Ehrengäste begrüßen, an ihrer Spitze der Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Karl Hillermeier, Präsident Hinrich Struve als Vertreter des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Geschäftsführende Sprecher der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns, Rudolf Vierheilig.

Traditionsgemäß erfolgt diese Zentralveranstaltung der Verleihung des Steckkreuzes zum Feuerwehrereichen in Bayern in einem zweijährigen Rhythmus. Der Geschäftsführende Sprecher, Rudolf Vierheilig, betonte in seiner Ansprache, daß der Grund dafür, diese Veranstaltung nicht wie sonst üblich in der Abgeschlossenheit des Bayerischen Feuerwehr-Erholungsheimes durchzuführen, darin zu sehen sei, daß die Feuerwehren auch bei solchen festlichen Veranstaltungen mehr an die Öffentlichkeit treten sollen. Dieser Gedanke erwies sich durch die diesjährige repräsentative Veranstaltung in Passau als richtiger Schritt zur Selbstdarstellung der Feuerwehren in der Öffentlichkeit.

Anläßlich der Verleihung des Steckkreuzes zum Feuerwehrereichen in Bayern sagte der Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Karl Hillermeier, u. a.: „Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einiges zu einem Problem sagen, das uns allen auf den Nägeln brennt: Ich meine die Finanzen. Auf einen Nenner gebracht, sehe ich die dringende Notwendigkeit, die Förderung der Feuerwehren in den nächsten Jahren finanziell zu konsolidieren. Die Schere zwischen dem Zuschußbedarf einerseits – am 1. Januar dieses Jahres (1983) waren das fast 121 Millionen DM – und den verfügbaren Haushaltsmitteln andererseits – das sind heuer etwa 34 Millionen DM – ist zu weit, und das Beunruhigende daran ist vor allem die Tatsache, daß sie sich in den letzten Jahren immer weiter geöffnet hat.“

Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer ist seit der Neufassung des Feuerschutzsteuergesetzes 1979 ungefähr gleichgeblieben. Nicht gleichgeblieben

ist aber leider der Bedarf, der sich vor allem durch die Kostensteigerungen bei den Feuerwehrgeräthäusern enorm nach oben entwickelt hat. Nun, meine Damen und Herren, in dieser Situation gibt es zwei Möglichkeiten, die sich nicht unbedingt ausschließen müssen: mehr Geld beschaffen und sparen!



DFV-Präsident Struve erhält die hohe Auszeichnung aus der Hand des Bayerischen Staatsministers des Innern, Dr. Hillermeier.

Was die erste Möglichkeit angeht, kann ich Ihnen heute einige erfreuliche Lichtblicke aufzeigen. Einige unter Ihnen werden sich an ein Gespräch bei mir im Ministerium erinnern, in dem es um Wünsche für den Nachtragshaushalt 1984 ging. Dieses Gespräch hat Früchte getragen: Ohne dem Etatrecht des Landtags vorgreifen zu wollen, kann ich Ihnen mitteilen, daß der Entwurf des Nachtragshaushalts eine Aufstockung der Zuschußmittel für die Feuerwehren um etwas mehr als 4 Millionen DM und eine Anhebung der Verpflichtungsermächtigungen um 5 Millionen DM enthalten wird.

Darüber hinaus habe ich die begründete Hoffnung, daß die bevorstehende Änderung des Schlüssels für die Aufteilung des Feuerschutzsteueraufkommens zwischen den Ländern für Bayern Verbesserungen in Millionenhöhe bringen wird. Eine solche Lösung könnte dazu beitragen, daß sich die Zuschußsituation spürbar entspannt. Sie könnte zu einer Entspannung beitragen – dieser Beitrag müßte allerdings ergänzt werden durch Bemühungen, Beschaffungen auf das wirklich Notwendige und Wirtschaftliche zu beschränken.

Gestatten Sie mir hierzu auch eine kritische Bemerkung: Man muß sich schon fragen, ob die Entwicklungstendenzen, die z. B. die Feuerwehrfahrzeuge in den letzten Jahren genommen haben, immer auch sinnvoll waren. Manche Fahrzeuge wurden immer größer, immer schwerer, immer komplizierter und als Folge davon schließlich auch immer teurer. Dieser Trend ist von der Einsatzpraxis sicher nur zum Teil zu begründen. Es gibt bereits seit einigen Jahren, insbesondere aus dem Bereich der Normung und der Feuerwehrpraxis, mahnende Stimmen, die davor warnen, auf diesem Wege weiter zu gehen.

Um es noch deutlicher auszudrücken: Das, was technisch möglich ist, muß deswegen für den Anwender keineswegs auch sinnvoll sein. Schließlich müssen die Feuerwehrgeräte auch auf Dauer bezahlbar sein.

Soviel, meine Damen und Herren, zu den leidigen Finanzen. Ich habe mich deswegen etwas ausführlicher zu die-



Innenminister Dr. Hillermeier mit den von ihm mit dem Steckkreuz zum Feuerwehrereichen in Bayern ausgezeichneten Feuerwehrmännern: Stadtbrandinspektor Fritz Tiefenthaler-Haagn (Bad Reichenhall), Löschmeister Manfred Wauschek (Neustadt), Stadtbrandinspektor Franz Schieder (Weiden), Kreisbrandmeister Heinrich Kießling (Wunsiedel), Kreisbrandrat Heinz Meier (Gunzenhausen), Kreisbrandrat Helmut Leykauf (Zell), Kreisbrandinspektor Erwin Rogg (Senden), Präsident Hinrich Struve (Sönke-Nissen-Koog).

sem Thema geäußert, weil ich deutlich machen wollte, daß wir nach der Neuordnung des Feuerwehrrechts nun die Konsolidierung der Feuerwehrförderung als vordringliche Aufgabe ansehen."

Der Geschäftsführende Sprecher der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns, Stadtbrandrat Rudolf Vierheilig, sagte in seiner Ansprache u. a.:

„Das Steckkreuz ist die höchste bayerische Feuerwehrauszeichnung und wird nur alle zwei Jahre in einer sehr begrenzten Zahl an besonders um das Feuerwehrwesen verdiente Personen vergeben. Um so größer sind deshalb die Verdienste der damit geehrten Männer zu bewerten.

Besonders freut es uns aber auch, daß sich unter den geehrten Personen der Präsident des DFV befindet. Sie, Herr Präsident Struve, haben bereits in den zwei Jahren seit Ihrem Amtsantritt einen klaren Führungsstil – das erlaube ich mir als Mitglied des Präsidiums zu beurteilen – erkennen lassen. Die Vielschichtigkeit der Feuerwehren, FF, BF, WF, Bundeswehrfeuerwehren, Jugendfeuerwehren und nicht zuletzt auch feuerwehrdienstleistende Frauen, noch dazu aus elf Ländern bzw. Stadt-Staaten, macht nur zu deutlich, wie schwierig und umfangreich die Tätigkeit des Präsidenten des DFV ist.

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einen Punkt ansprechen, der fast täglich in mehr oder weniger verständlicher Weise durch die Medien dargestellt wird: Die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Situation bei Bund, Ländern und Gemeinden. Auch wir Feuerwehren sind bereit, die mageren Zeiten mitzutragen und gehören nicht zu den Gruppen, die nur bei anderen sparen wollen, nicht jedoch bei sich selbst.

Wir Sprecher der bayerischen Feuerwehren fordern deshalb im Hinblick auf die derzeit desolante Finanzlage unsere Führungskräfte auf, zum jetzigen Zeitpunkt nicht das Wünschenswerte, sondern nur das technisch und taktisch wirklich Notwendige zu beschaffen.

Dieses technisch und einsatztaktisch Notwendige muß aber im Interesse der Sicherheit unserer Mitmenschen unaufschiebbar finanziert werden; die Haushaltsschere zwischen Aufkommen und Bedarf läßt derzeit allerdings nicht einmal mehr diese notwendigen Beschaffungen zu.

Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf, wie in den anderen Bundesländern, den Feuerwehren das volle Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer zukommen zu lassen. Der alte Zopf aus den 50er Jahren, nach dem vom Aufkommen der

Feuerschutzsteuer noch 25% an die Wasserversorgung abgezweigt werden, muß auch bei uns in Bayern endlich der Vergangenheit angehören."

Aufgrund seiner Verdienste um die Feuerwehren des Freistaates Bayern wurde Präsident Hinrich Struve durch Innenminister Dr. Hillermeier mit dem Steckkreuz geehrt. Der Minister sagte in seiner Laudatio:

„Sie sind seit mehreren Jahren Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes. In diesem wichtigen Amt vertreten Sie auch die Interessen der bayerischen Feuerwehren. Dabei haben Sie den Besonderheiten der bayerischen Feuerwehren, die keinen Landesverband haben, sondern deren gewählte Sprecher als Landesgruppe organisiert sind, stets Verständnis und Entgegenkommen gezeigt und damit die Zusammenarbeit der bayerischen Feuerwehren mit den Feuerwehren der anderen Länder wesentlich erleichtert. Vor allem haben Sie es verstanden, in den wenigen Jahren Ihrer Tätigkeit zu den bayerischen Feuerwehren ein sachbezogenes, von kameradschaftlichem Zusammengehörigkeitsgefühl getragenes Vertrauensverhältnis zu finden. Durch Ihre Tätigkeit im nationalen und vor allem auch im internationalen Bereich haben Sie sich besondere Verdienste um die bayerischen Feuerwehren erworben. Hierfür zeichne ich Sie mit dem Steckkreuz des Feuerwehr-Ehrenzeichens aus."

Ehrenkreuz für Major Wuttke

DFV-Präsident Stuve nahm in der Bundesgeschäftsstelle des DFV die Auszeichnung von Major Dietmar Wuttke (Heeresamt Köln) mit dem „Deutschen Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber“ vor. Diese Auszeichnung wurde dem Brandschutz-Staboffizier des Heeres auf Empfehlung des „Verbandes der Bundeswehr-Feuerwehren“ zuteil. Struve hob in der Laudatio hervor, daß Major Wuttke sich um die Gründung dieses Bundeswehrverbandes verdient gemacht habe und daß dank seines Wirkens der Brandschutz in der gesamten Bundes-



wehr verbessert wurde. Nicht zuletzt sei es ein Verdienst des Ausgezeichneten, daß heute alle Brandschutzgruppen (zivilen Bereich) der Bundeswehr über den „Verband der Bundeswehr-Feuerwehren“ dem Deutschen Feuerwehrverband angehören.

Feuerwehr-Jahrbuch 1983/84 liegt vor

Mit der Herausgabe des Feuerwehr-Jahrbuches 1983/84 ist ein kleines Jubiläum verbunden, denn es erscheint nun zum 20. Male. Die erste Ausgabe mit dem Titel „Die Freiwilligen Feuerwehren 1963“ beinhaltete den Jahresbericht für das Jahr 1963 über das freiwillige Feuerwehrwesen in der Bundesrepublik Deutschland und den Deutschen Feuerwehrverband. Im Vorwort des damaligen Präsidenten und heutigen Ehrenpräsidenten, Albert Bürger, ist u. a. noch zu lesen: „Vor allen Dingen soll mit diesem Jahresbericht nicht nur über das Verbandsleben gesprochen, sondern auch die Leistungen und die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren in der Bundesrepublik skizziert werden. Ich glaube, daß wir diese Form der Berichterstattung aus dem Leben der Freiwilligen Feuerwehren auch in der Zukunft beibehalten müssen, wenn die Leistungen unserer Kameraden in der Öffentlichkeit bewertet werden sollen.“



Für die Jahre 1963 bis 1967 trug diese Dokumentation den Titel „Die Freiwilligen Feuerwehren“, im Jahre 1968 nannte es sich „Feuerschutz-Jahrbuch“ und seit 1969 trägt es den heutigen, zu einem festen Begriff gewordenen Titel „Feuerwehr-Jahrbuch“. In all diesen Jahren hat sich der Inhalt des Buches stets verändert und wurde im Jahre 1979 mit einem umfassenden Anschrittenteil ergänzt.

Das Feuerwehr-Jahrbuch stellt heute ein wichtiges Nachschlagewerk für alle Feuerwehren und ihre Verbände sowie für Organisationen, Behörden, Institutionen

und die Fachindustrie dar. Daß es mehr und mehr als Quelle für mannigfaltige Aufgaben zitiert wird, bestätigt seine heutige Bedeutung.

Obwohl das letztjährige Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83 mit der Gestaltung seine künftige Grundkonzeption erreichte, sind im diesjährigen nochmals wichtig erscheinende Neuerungen aufgenommen worden. Dies betrifft insbesondere den Abschnitt „Normen“, in dem viele als „Regeln der Technik“ geltende Vorschriften zu finden sind. Eine Umstellung wurde im Abschnitt „Statistik“ vorgenommen. Auf den hierzu erläuternden Text dieses Abschnittes wird verwiesen. Wir hoffen, daß all diese Veränderungen das Feuerwehr-Jahrbuch als Dokumentation und Nachschlagewerk noch bedeutsamer machen und daß es dem Leser die in seinem täglichen Feuerwehrbereich benötigten „Fundstellen“ bietet.

Unser Feuerwehr-Jahrbuch kann nur mit Unterstützung der Feuerwehren, ihrer Verbände sowie anderer Dienststellen, Institutionen und Organisationen erstellt werden. Bei allen Mitarbeitern möchte ich mich für die Unterstützung bedanken. Hinweise zur Verbesserung des Jahrbuches sind uns jederzeit wichtig und willkommen, damit wir im Rahmen unserer Möglichkeiten auch künftig weitere Verbesserungen vornehmen können.

Voßmeier, BGFü

Feuerwehr-Statistik 1982 im neuen Jahrbuch

Das diesjährige Feuerwehr-Jahrbuch 1983/84 beinhaltet wiederum die derzeit einzige Gesamtübersicht über statistische Angaben des Feuerwehrwesens in der Bundesrepublik Deutschland. Bei dieser vom Deutschen Feuerwehrverband auf Bundesebene zusammengestellten „Feuerwehr-Statistik“ handelt es sich um Zahlen, die nur die organisatorischen Verhältnisse der Feuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland darstellen und nicht um die vom Verband seit über 20 Jahren geforderte und leider noch immer fehlende „Brandstatistik“. Ob die im Auftrag der Bundesländer zwischenzeitlich begonnenen Modellversuche zu einem positiven Ergebnis kommen, läßt sich derzeit abschließend noch nicht beurteilen. Es bleibt die Hoffnung, daß es aufgrund des Modellversuches in zwei bis drei Jahren bundesweit zur Einführung einer Brandstatistik kommt.

Die vorliegende „Feuerwehr-Statistik“ wird vom Deutschen Feuerwehrverband aufgrund der von den Innenministern/-senatoren der Länder zur Verfügung gestellten Landesstatistik erstellt.

Feuerwehrstatistik Prozentuale Verteilung der Statistikdaten 1982

(Auszug aus Feuerwehr-Jahrbuch 1983/84)

Mitglieder:

893 900 (84,6%)	in Freiwilligen Feuerwehren (in Städten mit BF = ca. 30 000 Aktive der FF)
21 981 (2,1%)	in Berufsfeuerwehren
40 699 (3,8%)	in Werkfeuerwehren
99 906 (9,5%)	in Jugendfeuerwehren (in Städten mit BF = ca. 4 400 Mitglieder der JF)

1 056 486 (100,0%) Gesamtmitglieder

Anteil der hauptberuflichen Aktiven:

3 995 (0,5%)	in Freiwilligen Feuerwehren
20 674 (94,1%)	in Berufsfeuerwehren
6 827 (16,8%)	in Werkfeuerwehren
31 199 (3,3%)	in der Gesamtzahl der Mitglieder

Anteil der weiblichen Mitglieder:

11 947 (1,3%)	in Freiwilligen Feuerwehren
8 628 (8,6%)	in Jugendfeuerwehren
20 575 (1,9%)	in der Gesamtzahl der Aktiven

Feuerwehrfahrzeuge/Gesamt: (ohne „Geräte“)

48 484 (83,4%)	in den Freiwilligen Feuerwehren
4 945 (8,5%)	in den Berufsfeuerwehren
4 698 (8,1%)	in den Werkfeuerwehren

58 127 (100,0%) Gesamt

Löschfahrzeuge:

27 388 (91,6%)	in den Freiwilligen Feuerwehren
894 (3,0%)	in den Berufsfeuerwehren
1 627 (5,4%)	in den Werkfeuerwehren

29 909 (100,0%) Gesamt

Einsätze/Gesamt:

141 933 (22,4%)	Brände
287 179 (44,6%)	Technische Hilfeleistungen
16 972 (2,6%)	Tiere/Insekten
82 487 (12,8%)	Sonstige Einsätze
114 853 (17,6%)	Fehlalarmierungen (davon 16,3% böswillige Fehlalarme und 15,4% durch Brandmeldeanlagen)

643 424 (100,0%)

+1 614 589 Notfall-/Krankentransporte

2 258 013 Gesamt-Einsätze

Anteil der Gesamt-Einsätze (ohne Notfall- und Krankentransporte):

233 955 (36,4%)	in den Freiwilligen Feuerwehren
312 704 (48,6%)	in den Berufsfeuerwehren
96 765 (15,0%)	in den Werkfeuerwehren

643 424 (100,0%) Gesamt

Anteil der Notfall- und Krankentransporte:

441 470 (27,3%)	in den Freiwilligen Feuerwehren
1 050 560 (65,1%)	in den Berufsfeuerwehren
122 559 (7,6%)	in den Werkfeuerwehren

1 614 589 (100,0%) Gesamtzahl

Gesamt-Statistik 1982

(Auszug aus Feuerwehr-Jahrbuch 1983/84)

Einsätze der Feuerwehren

Art der Einsätze	Freiwillige Feuerwehren	Berufsfeuerwehren	Werkfeuerwehren	Summen
Brände und Explosionen	73 996	54 300	13 604	141 900
Katastropheneinsätze (Alarme)	23	5	5	33
Technische Hilfeleistungen	111 795	143 691	31 693	287 179
Tiere/Insekten	3 862	12 916	194	16 972
Sonstige Einsätze	23 584	15 210	43 693	82 487
Fehlalarmierungen	20 695	86 582	7 576	114 853
Notfalleinsätze-/Krankentransporte	441 470	1 050 560	122 559	1 614 589
Einsätze insgesamt / 1982	675 425	1 363 264	219 324	2 258 013
Vorjahre / 1981	761 440	1 353 186	233 523	2 348 149
/ 1979	799 353	1 408 599	209 133	2 417 085
/ 1977	682 787	1 264 819	149 840	2 097 446
/ 1975	800 841	1 215 807	135 050	2 151 698

Fahrzeuge und Geräte

- Kommunale -

Art der Fahrzeuge und Geräte	Freiw. Feuerwehren	Berufsfeuerwehren	Werkfeuerwehren	Summen
Löschfahrzeuge	27 388	894	1 627	29 909
Hubrettungsfahrzeuge	1 129	308	121	1 558
Rüst- und Gerätewagen	2 095	416	292	2 803
Sonstige Fahrzeuge (Straße/Wasser)	17 219	2 396	2 340	21 955
Sanitätsfahrzeuge (Straße/Wasser)	653	931	318	1 902
Geräte	28 771	833	1 500	31 104
Gesamt / 1982	77 255	5 778	6 198	89 231
Vorjahre / 1981	49 804	4 827	4 907	59 538
/ 1979	45 491	4 487	4 644	54 622
/ 1977	43 406	4 237	4 577	52 220

Zwecks einer einheitlichen Erfassung aller Daten soll hierfür laut Beschluß des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“ des AK V der Arbeitsgemeinschaft der Innenminister der Bundesländer der Meldevordruck „Feu 905“ Verwendung finden.

Infolge veränderter Normen mußte dieser Meldevordruck geändert werden und sollte laut Beschluß des Unterausschusses erstmals zur Erfassung der Statistik-Daten für das Jahr 1982 eingesetzt werden. Obwohl noch nicht alle Bundesländer ihre Daten des Jahres 1982 nach dem geänderten Vordruck ermittelt haben, läßt sich schon jetzt der bessere Aussagewert dieser Statistik bejahen. Die erstmals in abgeänderter Form ver-

öffentlichte Statistik beinhaltet neben veränderten Gruppierungen auch gänzlich neue Daten und Tabellen. Daß an verschiedenen Positionen einzelner Tabellen noch Fragezeichen (?) eingesetzt sind, hat den Grund darin, daß dem DFV seitens dieser Bundesländer die Zahlen für 1982 noch nicht übermittelt wurden.

Der Deutsche Feuerwehrverband hofft im Interesse des Aussagewertes dieser bundesweiten Statistik, daß für 1983 alle Bundesländer den geänderten Meldevordruck „Feu 905“ verwenden und alle Positionen mit entsprechendem Zahlenmaterial beantworten. Insbesondere betrifft der derzeitige „Fehlbestand“ Angaben in Tabellen der Werkfeuerwehren. Diese Lücken zu schließen, ist eine Auf-

gabe, wozu die Unterstützung der Innenminister/-senatoren der Länder zwangsläufig notwendig ist.

Die Feuerwehren der einzelnen Bundesländer bitten wir, ihre Ministerien bei dieser sicherlich nicht leichten Aufgabe zu unterstützen und Verständnis dafür aufzubringen, wenn jährlich einmal die Bitte an sie herangetragen wird, den Kreisen bzw. Ländern diese gewünschten Angaben zu machen. An die Werk-/Betriebsfeuerwehren ergeht die besondere Bitte, sich dieser Aufgabe nicht zu verschließen, denn ohne Angaben aus dieser Feuerwehrsparte kann keine „Feuerwehr-Statistik“ Anspruch auf Vollständigkeit haben.

Voßmeier, BGFü

Vollversammlung der DLRG tagte in Bonn

Deutschlands größte Wasserrettungsorganisation unter neuer Leitung

Prof. Dr. Siegfried John, Berlin, neuer DLRG-Präsident – zahlreiche Repräsentanten aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft würdigten das Engagement der 450 000 Mitglieder der DLRG

Mit der Wahl eines neuen Präsidiums endete am 2. Oktober die alle drei Jahre stattfindende Bundestagung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Neuer Präsident der DLRG wurde Prof. Dr. Siegfried John, Berlin. Prof. Dr. John ist Leiter der in Berlin ansässigen Bundes-Lehr- und Forschungsstätte der DLRG. Der bisherige Präsident Prof. Dr. J. N. Schmitz, Saarbrücken, wurde zum Ehrenpräsidenten der DLRG berufen.

Im Rahmen der Bundestagung in Bonn, zu der die 14 Landesverbände insgesamt 130 Delegierte entsandt hatten, traf die DLRG wesentliche Entscheidungen für ihre Arbeit in den nächsten drei Jahren. So untermauerten die DLRG-Vertreter erneut den Anspruch nach bundesweiter Mitwirkung der DLRG im erweiterten Katastrophenschutz und forderten in einer Resolution die Kommunen auf, die Nutzungsmöglichkeiten von Schwimmbädern aufgrund finanzieller Erwägungen nicht weiter einzuschränken. Man sei auch weiterhin bereit, die Träger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der Richtlinien für den Einsatz von Rettungsschwimmern in öffentlichen Bädern zu unterstützen.

Die Neuwahlen zum DLRG-Präsidium ergaben folgendes Ergebnis:

Prof. Dr. Siegfried John, Berlin (Präsident), Richard Winkels, MdL, Warendorf (Vizepräsident), Hans-Joachim Barthold, Hann. Münden (Vizepräsident), Joachim Praßer, Essen (Schatzmeister), Dr. Klaus Wilkens, Adendorf (Technischer Leiter), Dr. Armin Wandel, Schwangau (Arzt), Bernd Schäfer, Siegen (Leiter der Öffentlichkeitsarbeit), Senta Fricke, Krefeld (Justitiarin), Jürgen Illing, Frankfurt (Vorsitzender der DLRG-Jugend). Zum Ehrenpräsidenten wurde Prof. Dr. J. N. Schmitz, Saarbrücken, und zum Ehrenmitglied des Präsidiums der bisherige Vizepräsident Klaus Bartnitzke, Flensburg, gewählt. Ebenfalls Mitglied des Präsidiums ist Otto Zimmermann, Stuttgart, der bereits 1980 bei der DLRG-



Der neue Präsident der DLRG, Prof. Dr. Siegfried John, Berlin, Leiter der DLRG-Bundes-Lehr- und Forschungsstätte.

Bundestagung in Oldenburg zum Ehrenmitglied berufen wurde.

Äußerlicher Höhepunkt der Bundestagung war eine Kundgebung an der Beethovenhalle, zu der zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens gekommen waren.

450 000 DLRG-Mitglieder geben ein Beispiel für Bürgersinn

Die Grüße für den Deutschen Bundestag überbrachte Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger. Frau Renger sagte u. a.:

„Das Zeichen des ‚Spähenden Adlers‘ ist das Zeichen für den ehrenamtlichen Einsatz so vieler Helfer geworden, die es sich zur Aufgabe gemacht haben,



Beethovenhalle Bonn: Das „alte DLRG-Präsidium“ trat letztmalig in seiner alten Besetzung zusammen (hintere Reihe).



Bundstags-Vizepräsidentin Annemarie Renger (links), Dr. Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium (rechts).

Menschen vor dem Tod durch Ertrinken zu bewahren, oft unter eigener Lebensgefahr, Rettungsschwimmer auszubilden und überhaupt das Schwimmen zu lehren. Rund 450000 Mitglieder der DLRG geben ein gutes Beispiel dafür, was Bürgerschaft heißt und was die Bereitschaft, sich in und für unser Gemeinwesen zu engagieren, bewirken kann.

Das gilt auch und besonders für die vielen jungen Menschen, die sich in Sportvereinen, caritativen Verbänden oder musischen und politischen Gruppen zusammenfinden und damit aktiv an unserem gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihren Gestaltungswillen ausdrücken. Alle diese großen und kleinen Verbände und Gemeinschaften sind der Beweis dafür, daß in der Bundesrepublik die mitmenschlichen Tugenden nicht verschüttet sind."

Neben Worten des Lobes und des Dankes wies Frau Renger jedoch auch auf die Notwendigkeit hin, der DLRG für ihre Arbeit die notwendigen Mittel bereitzustellen:

„Eine Organisation, die weitestgehend von der Mitwirkung ihrer ehrenamtlichen Mitglieder lebt, spricht nicht gern von unakdingen. Aber es muß laut werden, daß die DLRG in einem wichtigen Bereich öffentliche Aufgaben erfüllt. Ich hoffe, daß bei aller Sparsamkeit die öffentlichen Haushalte auch an ihre Verpflichtung denken."

Grüße für den Bundesminister des Inneren überbrachte Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Dr. Waffenschmidt zu den Kundgebungsteilnehmern u. a.:

„Die Zahl von 250000 geretteten Menschen macht mehr als große Worte deutlich, wie segensreich eine Rettungsorganisation wirken kann."



Willy Weyer, Präsident des Deutschen Sportbundes (links), Prof. Dr. J. N. Schmitz, Ehrenpräsident der DLRG (rechts).



130 Delegierte aus 14 DLRG-Landesverbänden bewältigten ein umfangreiches Tagungsprogramm.



Bonn's Oberbürgermeister Dr. Daniels (Bildvordergrund) gab einen Empfang für den Präsidialrat der DLRG.



DLRG-Präsident Prof. Dr. S. John sprach zu den Kundgebungs- und Sternfahrtteilnehmern.

Die Arbeit der DLRG erstreckt sich aber nicht nur auf den bloßen Rettungsdienst, auch wenn die Rettungsstationen mit dem spähenden Adler in Bädern, an Seen und an der Ost- und Nordseeküste vielleicht am meisten ins Auge springen. Mindestens genauso wichtig und verdienstvoll ist die vorbeugende Arbeit der DLRG in Form einer breit angelegten Schwimmausbildung

Dies alles wird bewältigt von einer großen Zahl ehrenamtlicher Mitarbeiter und Helfer. Ohne deren großes zeitliches und häufig auch finanzielles Engagement wäre eine solche Arbeit gar nicht vorstellbar.

Mit Recht hat Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß jede Selbsthilfe von jung und alt das Selbstbewußtsein weckt und damit den Elan des einzelnen und der Gemeinschaft. Über diesen Einsatz müßte in der Öffentlichkeit noch viel mehr berichtet werden.

Aber geradezu beispielhaft hat der Bundeskanzler in diesem Zusammenhang die Turn- und Sportbewegung unseres Landes bezeichnet. Darin ist auch die DLRG mit eingeschlossen, die ja bekanntlich Mitgliedsverband des Deutschen Sportbundes ist.

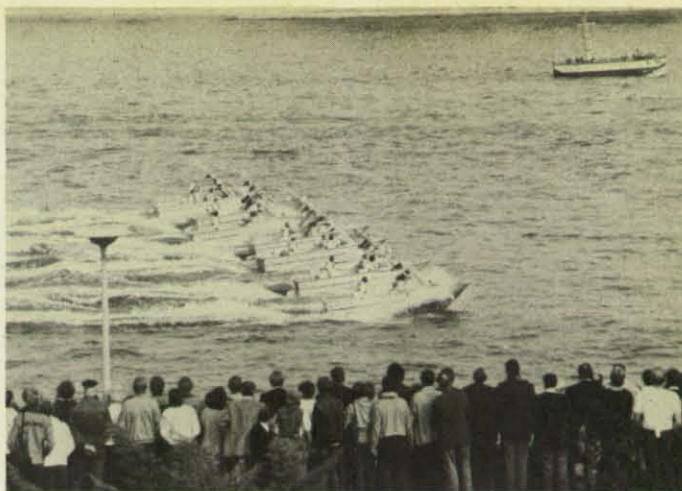
Wenn ich an dieser Stelle den besonderen Wert des ehrenamtlichen Engagements unterstreiche, dann deshalb, weil mir gerade die DLRG in dieser Hinsicht beispielgebend erscheint. In einer Zeit, in der sich immer stärker eine Anspruchs- und Versorgungsmentalität breitzumachen begonnen hat, ist es besonders erfreulich, auch ‚Kontrastprogramme‘ zu sehen.

Ein Verband, der seine Finanzierung ganz überwiegend aus eigenen Kräften bestreitet und seine Arbeit durch die ehrenamtliche Tätigkeit von vielen Tausenden aktiver Mitglieder versieht, ein solcher Verband steht nicht nur gegen

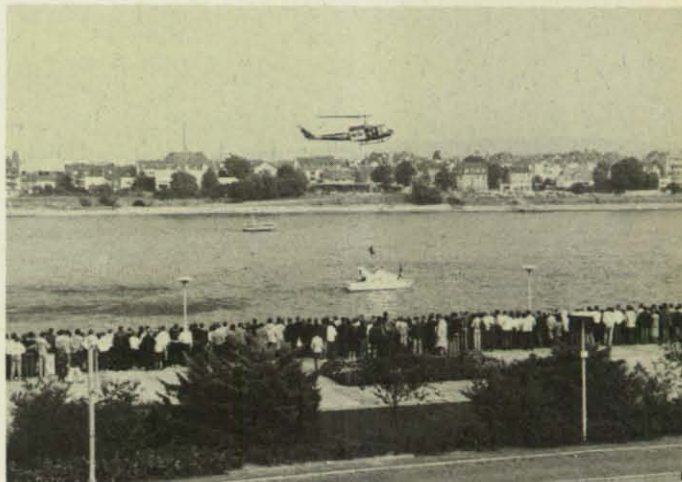


Seglerkenterung: DLRG-Rettungsschwimmer borgen die Besatzung des Segelbootes und machten das Boot wieder klar.

Motor-Rettungsboote, hier eine Gruppe aus Rheinland-Pfalz, demonstrieren Rettungseinsätze.



Die Rettung eines Menschen aus einem Boot durch einen Hubschrauber gehörte zu den attraktivsten Darbietungen.



Nahezu 1000 Rettungsschwimmer aus dem gesamten Bundesgebiet prägten das Bild am Rheinufer vor der Beethovenhalle.



Zahlreiche „Einsätze“ im Rahmen der Rhein-Rettungs-Demonstrationen verdeutlichten die Einsatzbereitschaft der DLRG.



manche Strömungen des Zeitgeistes, er verdient es auch, öffentlich gewürdigt zu werden. Denn hier sieht man nicht eine Vereinigung von Egoisten, die im Grunde den Staat als einen Dienstleistungsbetrieb begreifen, dem möglichst viel abzufordern ist, sondern hier wird zuerst einmal gefragt: Was kann ich selbst leisten? und erst, soweit die eigenen Kräfte nicht ausreichen, wird der Staat, die öffentliche Hand, um ergänzende Hilfe gebeten.

Auch künftig ein „offenes Ohr“ für die Belange der DLRG

Angesichts der wichtigen humanitären und gesellschaftspolitischen Aufgaben, die die DLRG erfüllt, will die Bundesregierung – wie bisher – ihren Teil dazu beitragen, daß diese Aufgaben auch nachhaltig wahrgenommen werden können. Allerdings sind dem guten Willen durch die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Finanzierungskompetenz des Bundes und die Zuständigkeiten für das Rettungswesen Grenzen gesetzt.

Im Bereich der Sportförderung haben wir vor einigen Jahren erfreulicherweise gemeinsam ein Konzept gefunden, das die Bezuschussung Ihrer rettungssportlichen Arbeit, vor allem auf internationalem Feld, ermöglicht. Sie können gewiß sein, daß die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister des Inneren, für die Probleme der DLRG auch künftig ein offenes Ohr haben und sich bemühen wird, Ihre Arbeit im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu unterstützen.“

Für den Deutschen Sportbund, dem die DLRG als Spitzenverband angehört, überbrachte dessen Präsident Willi Weyer herzliche Grüße.

Bad-Benutzungsgebühren für DLRG-Gruppen kritisiert

Neben einer Würdigung der DLRG-Arbeit im Bereich Breiten- und Leistungssport hob Weyer mit deutlichen Worten auf die nach seiner Meinung mangelhafte Unterstützung der DLRG-Arbeit vor Ort ab. Weyer: „Man kann nicht auf der einen Seite das Wirken der DLRG für Staat und Gesellschaft als segensreich kennzeichnen, auf der anderen Seite dann aber den DLRG-Gruppen im Land eine Gebühr für die Benutzung der öffentlichen Bäder abverlangen.“

Weitere Grußworte sprachen für den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes DRK-Vizepräsident Dr. H. Schlegelberger, E. Förster für den Deutschen Schwimmverband und S. Eike für die Barmer Ersatzkasse.

Imposanter Abschluß der Vorführungen: DLRG-Rettungstauer bildeten eine „Wasserkette“.



Der neugewählte Präsident Prof. Dr. S. John nahm die Glückwünsche der Delegierten entgegen.



Alt-Präsident Prof. Dr. J. N. Schmitz (links) erhielt aus der Hand von Prof. Dr. S. John die Ernennung zum DLRG-Ehrenpräsidenten sowie das DLRG-Ehrenkreuz in Gold.



Alt-Vizepräsident Klaus Bartnitzke (links) erhielt das DLRG-Ehrenkreuz in Gold und wurde zum Ehrenmitglied des DLRG-Präsidiums auf Lebenszeit berufen.



(Fotos: Günter Wieland, Eduard N. Fiegel und Bernd Schäfer)

Presseschau des Inlands

DRK: Schutz der Zivilbevölkerung verbessern

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat die Hoffnung, daß nach Zusicherungen der Bundesregierung nun auch der Deutsche Bundestag die Zusatzprotokolle der Genfer Konvention ratifiziert, um, wie sein Präsident, Prinz zu Sayn-Wittgenstein, in Bonn sagte, mit „Mut zur Utopie“ die Auswirkungen jedes Konfliktes auf die Zivilbevölkerung zu mindern oder zu vermeiden. Bisher haben von den Nato-Staaten Dänemark und Norwegen ratifiziert, die Niederlande und Belgien folgen im nächsten Jahr. Der Schutz der Zivilbevölkerung müsse verbessert werden, denn seit dem Zweiten Weltkrieg sei in den vielen sogenannten konventionellen Kriegen vor allem die zivile Bevölkerung das Opfer gewesen. Die Soldaten des schweizerischen Heeres sowie der Bundeswehr würden schon auf die Zusatzabkommen vorbereitet. Die Fraktion der Grünen im Bundestag brachte einen entsprechenden Gesetzesantrag auf Ratifizierung des Abkommens ein . . .

Das DRK ist nach wie vor auf Spenden angewiesen. Sie kämen eher, wenn Nachrichten die Menschen ergriffen, womit angedeutet wurde, daß die alltäglichen Zuwendungen schwieriger zu erhalten sind. Das Deutsche Rote Kreuz als Hilfsorganisation in einem immer noch wohlhabenden Staat hat in der letzten Zeit die „Hilfe zur Selbsthilfe“ für die Hilfsorganisationen in der Dritten Welt verstärkt. So ist jetzt das Hilfsschiff „Flora“ im notleidenden Äthiopien mit zwölf Fahrzeugen an Bord eingetroffen. Dabei wurde es von Saudi-Arabien unterstützt, indem es Öl im Werte von 100000 Mark erhielt. Nun hofft das DRK, daß sich auch Ägypten großzügig erweist und die Gebühren für die Benutzung des Suez-Kanals nicht kassiert. Außerdem beteiligt sich das DRK am „Red Cross Watch“, an der internationalen Koordinierung bei rascher Katastrophenhilfe. Dabei geht es zunächst um die Erkundung dessen, was am dringendsten notwendig ist, um dann die schnelle internationale Hilfe zu organi-

sieren. In den nächsten Monaten wechseln sich in der internationalen Alarmbereitschaft das DRK (September) mit den Norwegern (Oktober), den Dänen (November), den Schweizern (Dezember), den Schweden (Januar 1984) und den Finnen (Februar 1984) ab.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Erweiterung des Küsten- meeres zur Verhinderung von Tankerunfällen

Das Bundeskabinett hat am 12. Oktober 1983 in seiner Sitzung die „Erweiterung des Küstenmeeres der Bundesrepublik Deutschland in der Nordsee zur Verhinderung von Tankerunfällen in der Deutschen Bucht“ beschlossen:

Das Seegebiet südlich und westlich von Helgoland bis zu der Tiefwasserreede, die nördlich der Inseln Baltrum und Langeoog liegt, gehört zu den dichtest befahrenen Seegebieten der Welt. Auf engstem Raum treffen hier Schiffe aller Größenklassen bis hin zu Supertankern aufeinander.

Diese schwierigen und gefährlichen Verkehrsverhältnisse erfordern eine klare und eindeutige Verkehrsregelung und Verkehrslenkung, die insbesondere die langen Manövrierwege der großen Tanker genügend berücksichtigt und, gestützt auf eine zentrale Radarüberwachung, auch direkte Anweisungen an einzelne Schiffe zuläßt.

Diesem Erfordernis werden die gegenwärtig dort geltenden internationalen Regeln für den Schiffsverkehr, die auf die besonderen Verhältnisse in der Deutschen Bucht nicht zugeschnitten sind, nicht in vollem Umfang gerecht. Deshalb ist es in der Vergangenheit verschiedentlich zu Beinahe-Zusammenstößen gekommen. Die dringend notwendige Gefahrenvorsorge kann vor allem durch die Anwendung geeigneter Verkehrsvorschriften und eine strenge Verkehrsüberwachung geleistet werden.

Voraussetzung dafür aber ist, daß das betreffende Seegebiet zum deutschen Hoheitsgebiet erklärt wird, in dem von deutschen Stellen allgemein bindende Anordnungen fremder Flagge erzwungen werden kann.

Die Bundesregierung hat daher am 12. Oktober 1983 beschlossen, das deutsche Küstenmeer in dem besonders

gefahrenträchtigen Teil der Nordsee auszudehnen. Die Maßnahme ist erforderlich, um den Schiffsverkehr in der Deutschen Bucht in Anwendung der Seeschiffahrtsstraßen-Ordnung so zu regeln, daß der Gefahr folgenschwerer Unfälle mit Beteiligung von Tankschiffen wirksam begegnet werden kann.

Die Bundesregierung hat diesen Schritt getan, um den Schutz der Deutschen Bucht und der deutschen Nordseeküste vor der Gefahr eines Tankerunfalls und damit einer Ölkatastrophe mit allen ihren verheerenden ökologischen und wirtschaftlichen Folgen wirksam zu erhöhen.

In Übereinstimmung mit ihrer bisherigen Politik, die sich entschieden gegen immer weitere Einschränkungen der Freiheit der Hohen See zugunsten nationaler Vor- und Hoheitsrechte wendet, hat die Bundesregierung aber darauf verzichtet, das Küstenmeer in der Nordsee insgesamt bis zur 12-sm-Grenze auszuweiten. Die Erweiterung des Küstenmeeres beschränkt sich vielmehr auf das bezeichnete Seegebiet, in dem die Gefahr eines Tankerunfalls am größten ist.

(Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung)

Betriebe sind auf Notfälle oft nicht vorbereitet

„Erschreckende Gleichgültigkeit“ bei den Vorkehrungen für Notmaßnahmen am Arbeitsplatz haben Sonderaktionen der nordrhein-westfälischen Gewerbeaufsicht aufgedeckt. Wie der NRW-Arbeitsminister in Düsseldorf mitteilte, hat eine Überprüfung der Erste-Hilfe-Maßnahmen in 220 Betrieben verschiedener Gewerbebereiche ergeben, daß in jedem dritten Unternehmen nicht genügend Helfer für Erste Hilfe ausgebildet waren.

In 38 weiteren Unternehmen finde keine regelmäßige Fortbildung der Helfer statt. In einer Reihe weiterer Betriebe sei der Inhalt der Verbandskästen bei Überprüfung unvollständig gewesen. Ferner hätten oft auf den Aushängen die Angaben über wichtige Notrufnummern gefehlt. Bemängelt wurde auch, daß in über der Hälfte der untersuchten Betriebe die Flucht- und Rettungswege sowie die Notausgänge nicht eindeutig gekennzeichnet waren.

(Düsseldorfer Nachrichten)

Presseschau des Auslands

Schweiz: Appell zur privaten Notbevorratung

Um für Krisenzeiten gewappnet zu sein, werden gegenwärtig in der Schweiz flüssige Treib- und Brennstoffe sowie Lebensmittel im Wert von über 10 Milliarden Franken gelagert. Auf den Einzelnen umgerechnet, macht dies ein Warenlager von rund 1600 Franken an Gütern aller Art aus. Dabei darf es aber nach Ansicht der für die Landesversorgung Verantwortlichen nicht bleiben. Bundesrat Kurt Furgler appellierte in einer Pressekonferenz in Bern an alle Bürger, durch einen angemessenen Notvorrat zu Hause ihren Teil zur wirtschaftlichen Sicherung des Landes zu leisten. Inserate, Plakate und eine in allen vier Landessprachen gedruckte Broschüre werden in den nächsten Wochen den Notvorratsgedanken möglichst in alle Haushaltungen tragen.

Zusammen mit dem Zivilschutz sei die wirtschaftliche Landesversorgung die wichtigste zivile Säule der Gesamtverteidigung, meinte der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements. Und Werner Flachs, Delegierter für wirtschaftliche Landesversorgung, erklärt: „Jede Familie, jeder Haushalt sollte ein bestimmtes Quantum an Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs zu Hause aufbewahren, so wie jeder Wehrmann sein Gewehr.“

Die neue Kampagne für die Krisenvorsorge ist auf dem Hintergrund des am 1. September in Kraft getretenen neuen Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung (LVG) gestartet worden. Der neue Erlaß hat – nicht zuletzt als Folge der Erdölkrise 1973/74 – das bisherige Bundesgesetz über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge aus dem Jahre 1955 ersetzt. Er trägt der Tatsache Rechnung, daß die stark importabhängige Schweiz heute durch viele neue Bedrohungsformen in ihrer Versorgungslage gestört werden kann. Im Mittelpunkt steht nach wie vor die Pflichtlagerhaltung. Die Eidgenossenschaft hat über 2000 Pflichtlagerverträge mit Importeuren und Produzenten abgeschlossen.

Zu dem vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung empfohlenen Grundvorrat gehören Zucker, Reis, Teigwaren, Öl und Fett. Daneben wird auch ein Vorrat von Artikeln des täglichen Hygienebedarfs, gewisser Medikamente und ein Ergänzungsvorrat von Lebensmitteln angeregt, der auf die persönlichen Verhältnisse zugeschnitten ist.

(Neue Zürcher Zeitung)

„Einen absoluten Schutz gibt es nicht“

20 Jahre Zivilschutzgesetz und 20 Jahre Bundesamt für Zivilschutz in der Schweiz – Anlässe für H. Mumenthaler, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, sich Gedanken zu machen über die Möglichkeiten, das Erreichte und die Zukunft des Zivilschutzes.

„... Es gab, gibt und wird immer Leute geben, die an der Wirksamkeit von Schutzanstrengungen zweifeln. Tatsache ist aber, daß durch unsere Schutzmaßnahmen die Zahl der Verluste in einem Konflikt wesentlich herabgesetzt werden könnten... Zwar gibt es gegen Vortreffer durch sogenannte konventionelle Waffen bzw. in einem bestimmten Umkreis vom Einsatzpunkt moderner Massenvernichtungsmittel keinen Schutz, doch außerhalb dieser Zonen können durch Schutzvorkehrungen Menschen gerettet werden.

Mit anderen Worten: Einen absoluten Schutz gibt es nicht. Ein solcher wird auch nicht behauptet. Aber die Überlebenswahrscheinlichkeit der Bevölkerung im betroffenen Gebiet kann durch geeignete Maßnahmen bedeutend erhöht werden.

Mir will scheinen, daß der Bürger Anspruch darauf hat, daß alles vorgekehrt wird, was vernünftigerweise vorkehrbar erscheint. Das hat nichts damit zu tun, daß damit ein Krieg verharmlost werden soll. Das heißt nur, daß wir die Bedrohung ernst nehmen und für den Fall, daß Dritte eine solche Auseinandersetzung als führbar erachten sollten, unsererseits das aus schweizerischer Sicht Nötige und Mögliche für Bevölkerung und Land vorkehren wollen.“

Weiter äußert H. Mumenthaler, im Bereich des Zivilschutzes müsse noch einiges getan werden, „daß wir noch nicht dort sind, wo wir sein möchten“. Allerdings:

„Wenn in Berücksichtigung dieser Voraussetzungen davon ausgegangen wird, daß der Aufbau eines Werkes, wie es der Zivilschutz darstellt, ... seine Zeit braucht, daß für die Entwicklung unseres

Zivilschutzes die Zivilschutzkonzeption 1971 die eigentliche Grundlage lieferte, daß die konkreten organisatorischen und ausbildungsmäßigen Folgemaßnahmen aus der Konzeption erst einige Jahre später einsetzen konnten, daß ferner etwa 1800 unserer insgesamt rund 3000 Gemeinden der Organisationspflicht erst nach dem 1. Februar 1978 unterstellt worden sind und daß der Zivilschutz auf allen Ebenen sowohl im personellen als auch im finanziellen Bereich innerhalb enger Grenzen arbeiten mußte, so darf sich der erreichte Stand sehen lassen.

Wir können heute rund drei Viertel unserer Bevölkerung in modernen Schutzräumen aufnehmen. Rund 50 Prozent der als nötig erachteten Organisationsbauten der Führung und des Sanitätsdienstes sind erstellt. In den meisten der bisher organisationspflichtigen Gemeinden wird seriös am Aufbau ihrer Zivilschutzorganisation gearbeitet. Ungefähr 60 Prozent der Schutzdienstpflichtigen haben mindestens ihre Grundausbildung erhalten...“

Für die Zukunft setzt Mumenthaler vier Schwerpunkte:

„An erster Stelle sei die Notwendigkeit einer verbesserten Verankerung des Zivilschutzes in der Bevölkerung erwähnt. In unserem demokratischen Staatssystem muß letztlich eine so umfassende Organisation wie der Zivilschutz vom Volk verstanden und getragen werden. Dazu ist eine zielgerichtete, seriöse Information unerlässlich...“

An zweiter Stelle sei die Ausbildung angeführt. Unsere Schutzdienstpflichtigen und die zur Vervollständigung der Bestände zu gewinnenden Frauen haben Anspruch darauf, konsequent und möglichst gründlich auf ihre Aufgabe vorbereitet zu werden. Vermehrt geht es dabei darum, das in der Grundausbildung Erlernte in den jährlichen Übungen in den Gemeinden, in den Leitungen und Formationen, das heißt im Einteilungsverband, praktisch anzuwenden...“

An dritter Stelle ist auf das noch vorhandene Schutzplatzdefizit zu verweisen. Der Schutzraum wird zu Recht als das Rückgrat des Zivilschutzes bezeichnet. Um so belastender ist es, daß es immer noch Gegenden und Gemeinden gibt, die über zahlenmäßig ungenügende und zum Teil sogar über keine Schutzräume verfügen...“

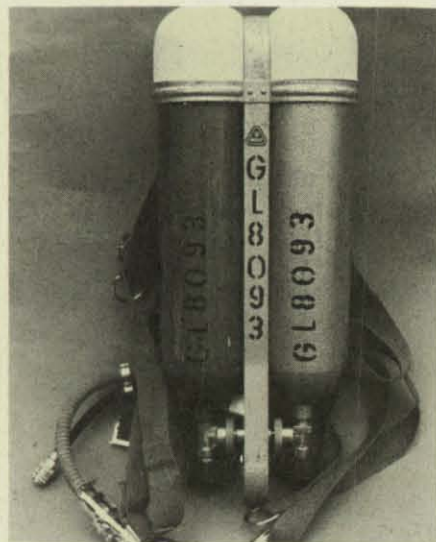
An vierter Stelle sei hier schließlich die Schließung der Lücken in der Ausrüstung der Organisationen und, wo nötig, auch der Bevölkerung angeführt. Hierzu sind zusätzliche finanzielle Mittel nötig...“

(Zivilschutz, Bern, 10/83)

Wissenschaft & Technik

Sicherheitskappen für Atemschutzgeräte

Helfer der Feuerwehr und anderer Organisationen benötigen für ihre Einsätze oft Atemschutzgeräte. Um auch unter schlechten Sichtbedingungen einen guten Sichtkontakt unter den Helfern herzustellen, entwickelte ein Industrie-Designer aus Wuppertal Sicherheitskappen für Atemschutzgeräte. Die Kappen sind vorgesehen, das Atemschutzgerät DA 58/1600 auf einfache Weise auszurüsten. Dabei brauchen keine baulichen oder technischen Veränderungen vorgenommen zu werden; es entfällt die farbige Lackierung der Preßluftflaschen.

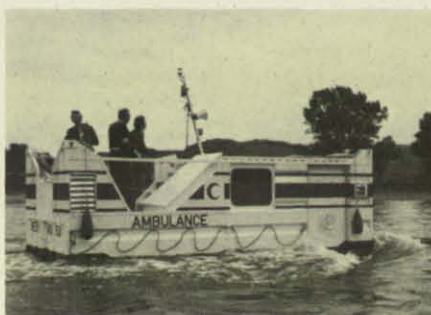


Die Kappen können leicht angebracht und entfernt werden, ein versehentliches Entfernen oder Verlieren ist nicht möglich. Die Handhabung der Geräte wird durch die Anbringung der Sicherheitskappen nicht beeinträchtigt.

(Foto: Günter Springsfeld)

Ein schwimmender Notoperationsraum

Als „Weltneuheit“ auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und der medizinischen Versorgung wurde auf der Internationalen Automobilausstellung in



Frankfurt eine Ambulanz vorgestellt, die zu Wasser und an Land eingesetzt werden kann (siehe Abbildungen). Es handelt sich dabei um einen Container, der einen voll ausgebauten Notoperationsraum enthält und mit einem Wasserstrahltrieb ausgerüstet ist. Das Fahrzeug kann als Boot oder aber aufgesetzt auf ein Abrollkipperfahrzeug – wie vielfach von den Feuerwehren verwendet – als Notarztfahrzeug eingesetzt werden.

Einfache Handhabung und geringe Betriebskosten sowie nahezu unbeschränkte Ausbaumöglichkeit werden von den beiden Herstellern als besondere Vorzüge genannt. Mit diesen Containern können komplette Pflegestationen oder ein Notlazarett aufgebaut werden. Die Hersteller glauben, nicht nur einen Beitrag zur Verbesserung des Katastrophenschutzes mit dieser Neuentwicklung zu leisten, sondern auch Nutzeffekte für die Entwicklungshilfe zu bieten.

Neben einem Schwebetisch und einer Krankentrage gehören verschiedene Geräte für die Intensivbehandlung in Notfällen zur medizinischen Ausrüstung des Containers.

(Fotos: Hilgers AG)

Moderne Faser für Feuerwehruniformen

Eine Schweizer Firma entwickelte eine hochtemperaturfeste Aramidfaser, aus der die neuen Uniformen für Italiens 19000 Mann starke nationale Feuerwehr hergestellt sind.

Der Zivilschutz- und Feuerwehrdienst, eine Behörde des italienischen Innenmi-

nisteriums mit Sitz in Rom, die für Italiens nationale Feuerwehr zuständig ist, entschied sich wegen der speziell eingestellten Flammenbeständigkeit dieser Faser für das Gewebe der Schweizer Firma. Die Flammenbeständigkeit ist durch die Molekularstruktur der Faser selbst gegeben und kann im Gegensatz zu Fasern mit flammenbeständiger Ausrüstung nicht ausgewaschen oder abgenutzt werden. Die neuen, leichten und bequemen Uniformen ersetzen den traditionellen Schutzanzug der Feuerwehrleute aus schwerer wasserfester Baumwolle.

Bei der Gestaltung der Uniformen berücksichtigte die Behörde die typischen Situationen, denen italienische Feuerwehrleute ausgesetzt sind, beispielsweise, daß sie schnell steile, enge Treppenhäuser in älteren Gebäuden hochsteigen müssen. Gewebe aus der speziellen Faser des Herstellers aus der Schweiz sind bis zu 40 Prozent leichter als Baumwollgewebe mit Flammenbeständigkeitsausrüstung. Sie sind daher ideal für die Uniformen geeignet.

Auch schmilzt die Faser nicht, und Chemikalien sowie Säuren können nicht angreifen. Untersuchungen haben überdies gezeigt, daß derartige Kleidungsstücke eine mehr als sechsmal so hohe Tragedauer bieten als entsprechende Baumwollartikel.



Die neue Uniform der nationalen italienischen Feuerwehr besteht aus einer knielangen Jacke und einer Hose. Die Jacke enthält einen herausnehmbaren Innenteil, der mit flammwidrigem Polyurethan zur Wasserabdichtung beschichtet ist. Ein drittes Teil aus flammwidrig ausgerüsteter Wolle zur Verwendung bei kaltem Wetter kann ebenfalls herausgenommen werden. Eine Haube und ein kurzer Umhang, ebenfalls aus dem neuen Gewebe, bieten zusätzlichen Schutz.

(Foto: Du Pont)

Neue Bücher

Handbuch des Deutschen Roten Kreuzes zum IV. Genfer Rotkreuz-Abkommen und zu den Zusatzprotokollen

(Heft 6 „Polizei – Vollzugspolizei der Länder, Bundesgrenzschutz“; bearbeitet von Dr. Ernst Rasch, Kassel)

Das Deutsche Rote Kreuz veröffentlicht seit 1980 ein Handbuch über das IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten sowie über die 1977 beschlossenen beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen über den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte. Als Vertragspartner der Genfer Abkommen und der Zusatzprotokolle hat sich die Bundesregierung zur weitestmöglichen Verbreitung des Inhalts dieser Abkommen verpflichtet. Sie wird dabei durch die nationale Rotkreuzgesellschaft, mittels diesem in laufender Folge erscheinenden Handbuch, unterstützt.

Kernstück der Serie sind die bereits veröffentlichten Bände I (IV. Genfer Abkommen) und II (Zusatzprotokolle), die jeweils die authentischen französischen und englischen Texte sowie die amtlichen deutschen und russischen Übersetzungen enthalten. Sie werden durch zahlreiche Hinweise, die weiteren Entschlüsselungen der Diplomatischen Konferenz von Genf (1974–1977) über die Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts, durch eine Liste der Vertragsstaaten, Interpretationserklärungen und Sachregister ergänzt.

Weitere bereits erschienene Bände bzw. Einzelhefte behandeln die Bedeutung dieser Abkommen für den Bereich der Zivilkrankenhäuser und ihres Personals, des Zivilschutzes sowie des Schutzes im Bereich der öffentlichen Verwaltung, und zwar an Hand der für die jeweilige Zielgruppe einschlägigen Bestimmungen des IV. Genfer Abkommens und der beiden Zusatzprotokolle nebst entsprechenden Erläuterungen. Gut ausgewählte Fallbeispiele tragen zum besseren

Verständnis der Anwendung der Bestimmungen bei.

Der soeben erschienene Band „Polizei (Vollzugspolizei der Länder, Bundesgrenzschutz)“, dessen Bearbeiter Dr. Ernst Rasch, Kassel – unter Mitarbeit von Polizeidirektor H. Joppich, Bonn, für den Bundesgrenzschutz –, ist, setzt die Veröffentlichungsreihe für diese Zielgruppe auf derselben Grundlage fort. Er faßt in übersichtlicher Weise die für alle Behörden und Dienststellen der Vollzugspolizei der Länder und des Bundesgrenzschutzes maßgebenden Bestimmungen der Abkommen und Protokolle, z. B. im Falle der Besetzung des Staatsgebietes durch eine fremde Macht, zusammen. Die Verfasser erläutern ferner den Kombattantenstatus und die Stellung der Polizei im Kampfgebiet und verweisen auf mögliche Maßnahmen in Friedenszeiten, die Verwendung der Kennzeichen des Roten Kreuzes und des Zivilschutzes, die Kennzeichnung von Sanitätseinheiten, Objektschutzsätze – um nur einige Beispiele zu zitieren. Auch dieser Band enthält wiederum einen Anhang mit Fällen und Lösungen.

Es kann zusammenfassend gesagt werden, daß der vom DRK veröffentlichten Serie ein hoher Wert bei der Verbreitung der Kenntnis der Bestimmungen der Genfer Abkommen und Protokolle zukommt, und daß insbesondere das letztgenannte Heft ein wichtiger Baustein für die in den Bundes- und Länderverwaltungen für die Verbreitung dieses Kenntnis zuständigen Beamten ist. Die einzelnen Bände sind beim Vertrieb des DRK, Bonn, erhältlich.

H. Kaltenecker

Katastrophenschutz-Handbuch 83/84

E. Thomé-Verlag, 5880 Lüdenscheid

„Katastrophenschutz-Handbuch 83/84“ lautet der Titel des umfangreichen Ausrüstungswegweisers mit Tabellenwerk. Band A und B (in einem Werk zusammengefaßt) enthalten Informationen über Brandschutz-, Bergungs-, Instandsetzungs-, Fernmelde-, ABC-, Sanitäts-, Betreuungs- und Versorgungsdienst. Wichtige Adressen, z. B. der Hilfsorganisationen, werden ebenso aufgeführt wie die Stützpunkte der Luftrettung, Wissenswertes über Rettungshubschrauber oder Sirensignale. Ausführlich geht es um das Feuerwehrwesen in der Bundesrepublik Deutschland und um die Sanitätsorganisationen im Katastrophenschutz. Im Anschluß folgen Produkttabellen: Fahrzeuge, Bekleidung und persönliche Ausrüstung, Fernmeldeaus-

rüstung, ABC- und Fachdienstausrüstung sowie Ausbildungsmaterial werden aufgeführt.

Im Vorwort wird erklärt, daß „mit diesem tabellarisch gegliederten Leitfaden ein Ausrüstungswegweiser und Einkaufsführer für die Katastrophenschutzämter der Kommunen, die Beschaffungsstellen der Hilfsorganisationen, die Feuerwehren sowie für die Sicherheitsbeauftragten in Firmen, Verwaltungen und Berufsgenossenschaft geschaffen“ wurde. Geleitworte schrieben Dr. Herbert Günther, Hessischer Minister des Innern, und Hermann Ahrens, Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz und Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. Ferner stellen sich die Hilfsorganisationen einleitend kurz selbst vor und berichten über ihre Arbeitsschwerpunkte.

Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, das Handbuch in gewissen zeitlichen Abständen zu aktualisieren.

„Die Roten Hefte“

Feuerwehreinsatz bei Kraftfahrzeug-Unfällen

Von Heinrich Schläfer
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Über eineinhalb Millionen Straßenverkehrsunfälle ereignen sich jährlich in der Bundesrepublik. Dabei werden 15000 Menschen getötet und über eine halbe Million verletzt. Diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig die schnelle und fachkundige Hilfe bei Verkehrsunfällen ist. In dem reichhaltig illustrierten Heft sollen dem Feuerwehrmann Hinweise für den Rettungseinsatz gegeben werden, wobei auch der Einsatz einfacher Werkzeuge und Hilfsmittel erläutert wird.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Müller
Druckgase
34. Ergänzungslieferung
Deutscher Fachschriften-Verlag
Braun & Co. KG, Wiesbaden

Die Ergänzungslieferung enthält neben Aktualisierungen und Ergänzungen die Bauartzulassungen nach der Druckbehälterverordnung vom 6. Oktober 1982, die registrierten Baumusterprüfungen von Druckbehältern vom 28. Januar 1983 und die 4. ADR-Änderungsverordnung. Neben dem Chemikaliengesetz wurden verschiedene Verordnungen der Bundesländer neu aufgenommen.

Winfried Hoffmann

Das Minimagazin

Safety first – im Bergungsdienst

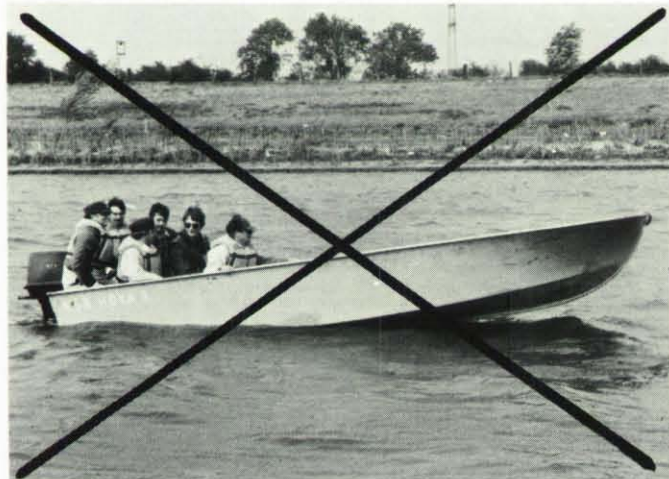
Die nachfolgenden wichtigen Sicherheitshinweise für den Bergungsdienst sind dargestellt durch Teilnehmer an THW-Lehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.



Motorisierte Wasserfahrzeuge sind mit mindestens zwei Helfern, Bootsführer und Bootsmann, zu besetzen (KatS DV 282, Seite 89).

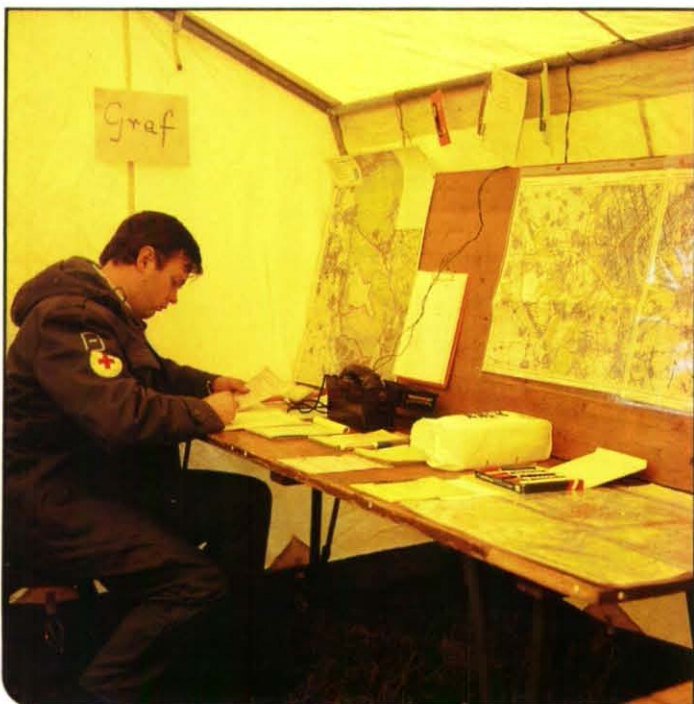


Negatives Fahrverhalten durch „Buglastiges Beladen“ (KatS DV 282, Seite 66).



Negatives Fahrverhalten durch „Hecklastiges Beladen“ (KatS DV 282, Seite 66).

DRK überprüfte Einsatzbereitschaft



„Schwere Verwüstungen nach Erdbeben im Raum Köln“ hieß die angenommene Lage für eine Einsatzübung, die der DRK-Landesverband Nordrhein im September angesetzt hatte. Ort der großangelegten Übung, mit der die Funktionsfähigkeit der DRK-Hilfszugabteilung VI überprüft werden sollte, war das südöstlich von Köln gelegene Heidegebiet „Wahner Heide“.

350 Helferinnen und Helfer mit rund 120 Fahrzeugen waren in Marsch gesetzt worden, um die örtlichen Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes zu verstärken. Die DRK-Helfer bauten Unterkünfte, einen Verbandplatz und einen Küchenbereich auf und stellten die Strom-, Wasser- und Betriebsstoffversorgung her.

Nachdem der so geschaffene Platz in Betrieb genommen worden war, mußten dem „Drehbuch“ gemäß Verletzte versorgt sowie Flüchtlinge gefunden, registriert, gepflegt und untergebracht werden. Nach zweitägiger Dauer konnte die Übung mit dem Rückmarsch der Hilfszugabteilung in das Lager Neersen (Kreis Viersen) abgeschlossen werden.

Ein ausführlicher Bericht im Innern des Heftes schildert den Ablauf der Übung.